

d'Lëtzeburger **Land**

Ordnung

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#17 65. Jahrgang 27. April 2018



5 453000 174663



18017

4,00€

Supplément *Finances*

Vor den Wahlen erklären Abgeordnete von LSAP, CSV und Grünen, wie idyllisch sie sich die Zukunft der Finanzbranche vorstellen: sauber, grün, digital...

26 Wochen Nachschlag

Zum Glück für die LSAP kann ihr Sozialminister rechtzeitig zu den Wahlen eine Lösung für Langzeitkranke präsentieren

Ordentliche Geschäftsübergabe

Die Lage der Nation: Die liberale Koalition legte ihre Abwicklungsbilanz, die CSV ihr Regierungsprogramm vor

Foto: Sven Becker

Die DP bereitet ihr Wahlprogramm vor

Steuergeschenke erhalten die Freundschaft

Romain Hilgert

Die Demokratische Partei heißt zwar so, aber die „Discussion des rapports d'activité“ ist ein Tagesordnungspunkt, der auf den Kongressen bloß der Form halber aufgerufen wird. Als sich am Sonntag wider Erwarten eine Hand hob, um das Wort zu beantragen, übersah Corinne Cahen sie zuerst einmal. Dann schien die Parteipräsidentin dem Redner nur ungern das Mikrofon zu überlassen, denn sie stellte sich sicherheitshalber dicht hinter ihn. Die über 300 Kongressteilnehmer in dem stählernen Mausoleum des Limpertsberger *Tramsschapp* warteten gespannt.

Denn es war Marc Ruppert, der sich zu Wort gemeldet hatte. Der Limpertsberger Geschichtslehrer hatte die Partei als Generalsekretär in den Wahlkampf führen sollen, war aber im November zurückgetreten und hatte sich „auf inakzeptable Weise“ von seiner Parteipräsidentin „unter Druck gesetzt“ gefühlt. Doch Marc Ruppert verzichtete auf eine öffentliche Abrechnung. Artig lobte er in allgemeinen Worten die „Basisdemokratie“, wünschte sich, dass die Diskussionskultur in der Partei auch außerhalb des Wahlkampfs weiterentwickelt werde, und rief zur Gradlinigkeit auf, sich nicht zum „Spielball“ machen zu lassen.

Die Kongressteilnehmer applaudierten ihm sehr lange. Vielleicht wollten sie ihm ihre Unterstützung versichern und waren gleichzeitig dankbar, dass er keine schmutzige Wäsche in der Öffentlichkeit wusch. Schließlich hat die DP Sorgen genug. Die Meinungsumfragen berichten von enttäuschten CSV-Wählern, die vor fünf Jahren liberal wählten und dann enttäuschte DP-Wähler wurden. Sicher waren auch unter den Kongressteilnehmern welche, die ihre Anfangseuphorie verloren hatten, die fanden, dass die Regierung mit ihren Steuererhöhungen und ihrem Referendum ihre Chancen verspielt hatte, die klagten, dass der liberale Premier zwar ein netter Typ sei, aber den Koalitionspartnern die politische Bühne überlasse.

Premierminister und Spitzenkandidat Xavier Bettel musste deshalb beteuern, dass er keineswegs defätistisch sei, sondern „hoch motiviert und zuversichtlich“, weil die DP „exzellent auf die Wahlkampagne vorbereitet“ sei. Dass die Regierung nach fünf Jahren vielleicht etwas mehr aufweisen könnte, führte er auf die Altlasten der CSV zurück: Er erinnerte noch einmal daran, welche desolate Lage er und Finanzminister Pierre Gramegna von ihren CSV-Vorgängern überlassen bekommen hätten, mehr als einmal hätten sie sich „die Augen gerieben“, als sie in die Staatskasse blickten. Nach den Luxleaks-Enthüllungen habe ein ausländischer Politiker auf einem Treffen gefragt, ob er „wirklich neben den Luxemburgern stehen“ müsse. Statt über die Zukunft zu reden, habe man die Vergangenheit verteidigen müssen. Doch „objektiv steht das Land besser da als vor vier Jahren“, die „MS Lëtzebuerg“ sei renoviert, das nationale Motorschiff sei wieder sauber gestrichen, vollgetankt und erneut auf den Weltmeeren unterwegs.

Am Bühnenrand standen die liberalen Wahlkampfthemen: „Arbeit und Leben“, „Mobilität und Infrastrukturen“, „Kinder und Zukunftschancen“, „Wirtschaft und Finanzen“ sowie, etwas überraschend, „Identität und Kultur“

Der Hesperinger Abgeordnete Claude Lamberty war seit Marc Rupperts Rücktritt kommissarisch Generalsekretär, nun wurde er ohne Gegenkandidat mit 91,6 Prozent der Stimmen als ordentlicher Generalsekretär bestätigt. Den skeptischen Mitgliedern und enttäuschten Wählern zählte er in seinem Rechenschaftsbericht jene Höhepunkte der Legislaturperiode auf, mit denen die DP sich am Wahltag in guter Erinnerung halten will: „Angefangen mit den Staatsfinanzen“, als die Regierung die „Schuldenspirale brach“ und die Finanzen mit einem *Zukunftspak* sanierte, der „auch wehgetan“ habe. Doch nur durch diesen „kleinen Schritt zurück“ seien viele positive Möglichkeiten entstanden, wie „eine gerechte Steuerreform“, die die Mittelschichten deutlich entlaste.

Als zweiten Grund zum Stolz sah Claude Lamberty „die Neugestaltung der Beziehungen zwischen dem Staat und der Kirche“ an, die „als eine der ganz großen Modernisierungen in die Geschichte unseres Landes eingehen“ werde. Denn es passe nicht zu einem fortschrittlichen Land, dass die Regierung den Bischof ernenne und die Kirche Religionsunterricht in den Schulen halte.

Die DP habe auch die Kinder konsequent in den Mittelpunkt gestellt, durch die Schaffung eines Staatsfonds und die Reform des Elternurlaubs, die Verbesserung der Kinderbetreuung, die Einführung von 20 Stunden kostenloser Betreuung und des Luxemburgischen als Pflichtsprache bei der Frühförderung. Schließlich habe „keine Regierung zuvor auf so vielen Ebenen agiert, um das Wohnen in Luxemburg erschwinglicher zu machen“, von Mietzuschüssen und Steuerfreibeträgen über Baulandverträge bis zu „ganz großen Wohnprojekten“ in Düdelingen und Wiltz. In



„Hoch motiviert und zuversichtlich“: Premier und Spitzenkandidat Xavier Bettel

ähnlicher Reihenfolge sah auch Fraktionssprecher Eugène Berger die dem resoluten Motto „gesagt, getan“ gehorchende Regierungsbilanz: Steuerreform, Elternurlaub, Kinderbetreuung...

Aber die DP hat schon mehr als einmal in ihrer Geschichte darunter gelitten, wie undankbar die Wähler, und davon profitiert, wie korrupt sie sind. Um ein Wahldebakel zu verhindern, besinnt sie sich nun darauf, dass sie im Herzen eine mittelständische Steuersenkungspartei ist, für die individuelle Leistung wichtiger ist als kollektive Umverteilung. Finanzminister Pierre Gramegna hatte

schon vor vier Wochen auf dem Bezirkskongress in Kopstal in Aussicht gestellt, dass die Steuerreform von 2017 nicht das Ende bedeute. Die Parteipräsidentin machte ihren Wählern am Sonntag noch ein wenig weiter den Mund wässrig: Es gebe „Spielraum, um die Menschen und Unternehmen zu entlasten“. Weil „jeder einen Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen geleistet“ habe, werde die „DP dafür sorgen, dass nun auch jeder von den Früchten dieser Anstrengungen profitieren“ könne. Die DP werde „in den nächsten fünf Jahren nicht nur die Steuerlast senken“, sondern auch die Besteuerung „weiter modernisieren“.

Dass ab diesem Jahr die fakultative Individualbesteuerung für Ehepaare angeboten werde, könne „für die DP nur ein erster Schritt“ sein. Weshalb werde beispielsweise ein zweiter Ehepartner, der sich entschlöße, berufstätig zu werden, sofort nach einem festen Steuersatz besteuert, fragte sich Familienministerin Corinne Cahen. Die Individualisierung würde zahlreiche Ungerechtigkeiten beseitigen, antwortete sie und schien gewillt, die gemeinsame Veranlagung mit Ehegattensplitting aus der Zeit der katholischen Hausfrauenehen abzuschaffen – was politisch nur durchsetzbar scheint, wenn teure Kompensierungen für die der DP so lieben Mittelschichtenfamilien vorgesehen werden.

Denn wie delikat solche Reformen sein können, hatte sich Anfang 2016 gezeigt, als 8 540 Unterschriften zusammenkamen, um die damals immerhin schon 26 Jahre alte Umklassierung Verwitweter in eine ungünstigere Steuerklasse zurückzunehmen. Also fragte die DP-Präsidentin am Sonntag, weshalb „eine Witwe oder ein Witwer drei Jahre nach dem Tod ihres Partners höher besteuert wird“. Doch vielleicht soll mit der Verallgemeinerung der Individualbesteuerung die Frage bloß gegenstandslos werden.

Von der Betriebsbesteuerung, einer weiteren Senkung des Körperschaftsteuersatzes, ging am Sonntag keine Rede. Dafür stand auf fünf Tafeln am Bühnenrand, was die DP sonst noch für besonders wichtig in ihrem am 8. Juli veröffentlichten Wahlprogramm hält: „Arbeit und Leben“, „Mobilität und Infrastrukturen“, „Kinder und Zukunftschancen“, „Wirtschaft und Finanzen“ sowie, etwas überraschend, „Identität und Kultur“.

Unter „Arbeit und Leben“ verstand die Familienministerin „konkrete Maßnahmen im Wahlprogramm“ zur Flexibilisierung des Lohnarbeitsverhältnisses, im Interesse „der Kinder, der Eltern und der Betriebe“. Den Beschäftigten oder zumindest einem der DP werten privilegierten Teil von ihnen soll vermehrt Souveränität über ihre Arbeits- und Freizeit gewährt werden, das heißt die Abkehr von „starren Arbeitszeiten, starren Vorschriften und starren Arbeitsorten“ zugunsten atypischer Arbeitsverhältnisse.

„Telearbeit, *Home office*, digitale Arbeitsplätze und Büros in der Peripherie“ sollen aber auch zusammen mit einem nationalen Investitionsprogramm die Mobilität fördern, versprach Corinne Cahen, und die Kleinen sollen nach der Schule statt von den Eltern mit einem „Kanner-Club-Bus“ zur Freizeitbeschäftigung gefahren werden. Beinahe im Duett übte sie sich mit Xavier Bettel in Vaterlandsliebe, um CSV und ADR nicht die Wählerstimmen von Chauvinisten und Protektionisten zu überlassen. Kulturminister Xavier Bettel feierte die nationale Identität als Summe von Tradition und Moderne, dem Luxemburgischen und der Mehrsprachigkeit, kurz: von „Springprozession, Schlussprozession“ und Satelliten.



DP-Mitglieder und ihre Präsidentin Corinne Cahen: „Konkrete Maßnahmen im Wahlprogramm“ zur Flexibilisierung des Lohnarbeitsverhältnisses, im Interesse „der Kinder, der Eltern und der Betriebe“

Die Lage der Nation: Die liberale Koalition legte ihre Abwicklungsbilanz, die CSV ihr Regierungsprogramm vor

Ordentliche Geschäftsübergabe

Romain Hilgert

Das Land sei „heute anders als vor vier Jahren“, und das sei „gut so“, es sei „moderner, zeitgemäßer und besser vorbereitet auf die künftigen Herausforderungen“, „kerngesund“ sei es und „gut aufgestellt für die Zukunft“. So fasste Premier Xavier Bettel (DP) am Dienstag vor dem Parlament die Bilanz der liberalen Koalition zusammen, die 2013 den etwas zerzausten CSV-Staat übernommen hatte. Und während der anschließenden zweitägigen Debatten gab ihm niemand grundsätzlich Unrecht. Das Soziale sei zu kurz gekommen, die Wohnungspolitik bliebe ein Fiasko, hieß es da und dort, aber dass es dem Land besser gehe, wagte niemand zu bestreiten. Wie könnte man auch angesichts eines Wirtschaftswachstums, das derzeit zwei Prozentpunkte unter dem chinesischen liegt?

Dass der Premier und tags darauf der Finanzminister sich vor allem auf die Staatsfinanzen beriefen, um den Erfolg ihrer Amtszeit zu beweisen, durfte nicht überraschen. Denn seit den Maastricht-Kriterien wird politischer Erfolg oder Misserfolg in der Eurozone an der ökonomischen Disziplinierung, an Haushaltssaldos und Schuldenquoten gemessen. Und in ihrem Regierungsprogramm von 2013 hatten die schwungvollen jungen Männer es als übergeordnetes Ziel abgemacht, nicht das Tedeum abzuschaffen oder die gleichgeschlechtliche Ehe einzuführen, sondern bis zum Ende der Legislaturperiode „un solide

pawahlen und der Katastrophe des Referendums mit der Angst zu tun bekommen und ihr Haushaltsziel auf -0,5 Prozent gesenkt hatten. Die von Pierre Gramegna versprochene Kopernikanische Wende der Staatsfinanzen hatten sich viele anders vorgestellt. Er selbst hatte am Mittwoch vergessen, dass er jahrelang Panik vor der „verdeckten Staatsschuld“ der Rentenversicherung schürte.

„Die makroökonomischen Faktoren stehen alle auf Grün“, freute sich Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) am Dienstag. Die hohen Staatseinnahmen kämen „nicht zuletzt von der guten Entwicklung des Finanzplatzes“, und dies obwohl „mit den Luxleaks-Veröffentlichungen die Milch, die wir jahrelang getrunken hatten, plötzlich übergekocht war und die ganze Küche verschmutzte“, dichtete der Premier (S. 9). Mit vielen Anstrengungen zugunsten größerer Transparenz sei Luxemburg aber „aus der finsternen Ecke der grauen und schwarzen Listen“ gekommen (S. 10).

Xavier Bettels Erklärung zur Lage der Nation enthielt weitgehend dieselben Schwerpunkte, die zwei Tage zuvor auf der Bühne des DP-Kongresses als Schwerpunkte des Wahlprogramms ausgestellt waren: Finanzen, Familie, Wirtschaft, Mobilität... Er zählte wieder den Stolz der Koalition auf, am besten von jedem Minister etwas: die Reform des Elternurlaubs und des Rettungswesens, das



Fünf Jahre lang bemühten sich die schwungvollen jungen Männer, den CSV-Staat zu modernisieren

die Claque der Mehrheit eine realistische, für die Miesmacher der Opposition eine geschönte, aber dank der blendenden Wirtschaftskonjunktur auf jeden Fall eine positive. In Wirklichkeit war es zuerst eine Abwicklungsbilanz, so wie sie bei der Auflösung einer Handelsgesellschaft fällig wird. Es war die Abwicklungsbilanz der 2013 von DP, LSAP und Grünen zur Renovierung des CSV-Staats gegründeten *Association momentanée*.

Denn mit keinem Wort erwähnte der Premier, dass und wie es weitergehen könnte. Er nannte nichts, was liberale, sozialdemokratische oder grüne Minister besser könnten als christlich-soziale, was ihre Arbeit wert machte, fortgesetzt zu werden. Zu keinem Augenblick erweckte er den Eindruck,

Zu keinem Augenblick erweckte der Premier den Eindruck, dass die Fenster im CSV-Staat noch einige Zeit geöffnet bleiben sollten

dass die Fenster im CSV-Staat noch einige Zeit geöffnet bleiben sollten, dass es sich für die Wähler lohnen würde, Reformen und Modernisierer statt Konservative zu wählen.

Vielmehr beteuerte der Premier, dass „in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine Reihe richtige Entscheidungen getroffen wurde“ (S. 10), „es wurde auch schon vor 2013 die richtige Wahl getroffen“ (S. 21), auch wenn die Wachstumsengpässe vor zehn oder 15 Jahren hätten vermieden werden müssen. Mehrheit und Opposition hätten „ein gemeinsames Ziel“, ein „Anliegen, das über die Parteigrenzen“ zusammenführe: die Verbundenheit mit dem Land und das Bemühen, die „Lebensqualität der Mitmenschen zu erhalten und zu verbessern“ (S. 3-4), rief er zum Burgfrieden auf.

Nachdem Xavier Bettel sich solchermaßen am Dienstag eine Dreiviertelstunde bescheiden darauf beschränkt hatte, eine Abschlussbilanz der dritten Regierungskoalition ohne CSV binnen eines Jahrhunderts vorzulegen, knüpfte CSV-Spitzenkandidat Claude Wiseler am Mittwoch in einer doppelt so langen Rede daran an und legte sein künftiges Regierungsprogramm dar. In 15 Kapiteln, von Verfassungsrevision bis Sicherheit, und zahlreichen Unterkapiteln erklärte er nicht weniger buchhalterisch, was die nächste Regierung alles tun wird, weil die derzeitige vieles, aber nicht alles richtig tat.

Vieles was Claude Wiseler vorlas, zur Territorialreform, zu den Gemeindefinanzen, der Landesplanung, der Mobilität, dem Wachstum, der Familienpolitik oder dem Gesundheitswesen, hatte er schon vor einem Monat in fast den gleichen Worten auf dem CSV-Konvent in der Ettelbrücker Deichhalle aufgezählt, als er, wie 2013 DP, LSAP und Grüne, „ein Mandat für Reformen“ verlangte (*d'Land*, 30.3.2018). Aber nach der rückwärtsgewandten Bilanz Xavier Bettels klang es nun passgenau wie ein zukunfts-gewandtes Programm, als ob sich die beiden schon im Interesse einer ordentlichen Geschäftsübergabe abgesprochen hätten.

	2014	2015	2016	2017	2018
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	5,77	2,86	3,08	2,30	4,59
Beschäftigungswachstum	2,56	2,57	3,04	3,33	3,47
Arbeitslosigkeit	7,07	6,77	6,34	5,92	5,63
Inflation	0,63	0,47	0,29	1,73	1,40
Lohnstückkostenentwicklung	2,18	3,04	0,74	2,80	1,60
Staatssaldo/BIP	1,30	1,40	1,60	1,37	2,13

DP/LSAP/Grünen-Bilanz: fünf Jahre positive Stateg-Zahlen (in Prozent)

structurel des finances publiques d'au moins +0,5% du PIB“ (S. 21) zu erreichen.

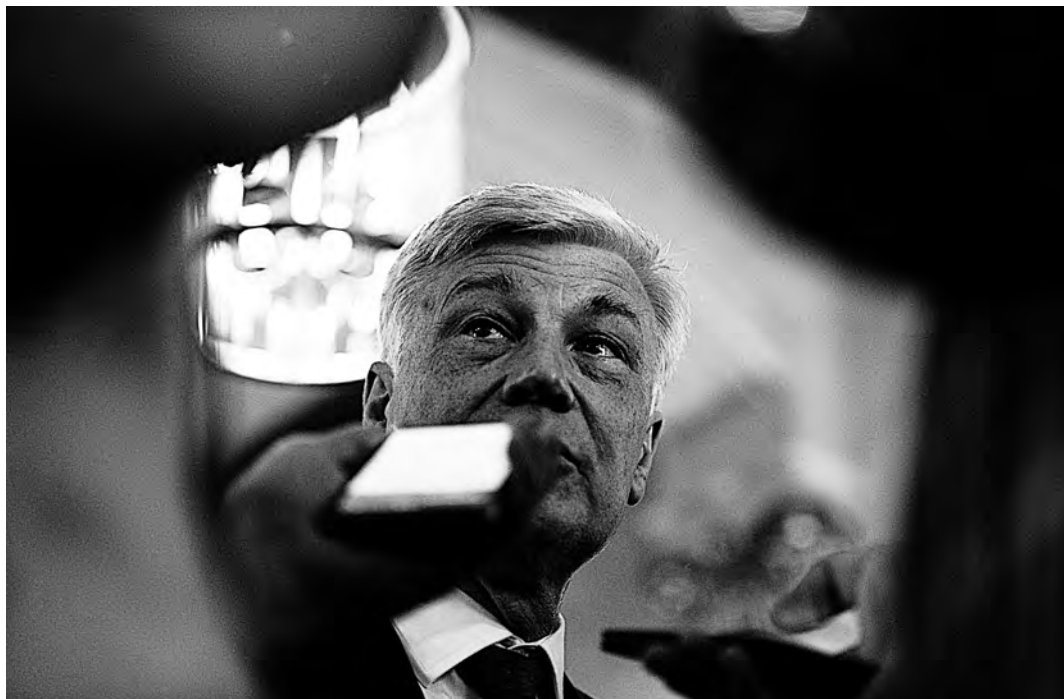
Und sie haben ihr Ziel erreicht. Der strukturelle Saldo lag vergangenes Jahr bei 2,2 Prozent, verkündete Xavier Bettel stolz. Auch wenn die Ironie der Geschichte will, dass sie es nach enttäuschenden Meinungsumfragen, dem Fiasko der Euro-

Nationbranding, Rifkin, Investitionen in die Eisenbahn, Trinkwasserschutzzonen, das Krankenhausgesetz, den Rückgang der Kriminalität und die Förderung des Luxemburgischen.

Alle Zuhörer im Parlament, in Presse, Funk und Fernsehen waren sich einig, dass Xavier Bettels Erklärung zur Lage der Nation eine Bilanz war, für



Xavier Bettel (DP) war stolz auf die Vergangenheit, Claude Wiseler (CSV) bereitete die Zukunft vor



EY
Building a better
working world

Outlook for global tax policy in 2018
Global and US tax reform, and the adoption of numerous international tax policy changes in 2018, are providing a catalyst for countries to pursue tax competitiveness in new and innovative ways. The EY Outlook for global tax policy in 2018 combines insights and forecasts from EY tax policy professionals in 41 jurisdictions worldwide, including Luxembourg.

For more information, visit www.ey.com/lu/tax



Leitartikel

Die Schere zwischen Arm und Reich

Romain Hilgert

In jedem Frühjahr, kurz bevor der jeweilige Premierminister vor dem Parlament seine Erklärung zur Lage der Nation verliest, erscheinen unter fast gleichlautenden Titeln zwei Jahrbücher über Sozialpolitik. Den Anfang machte 2007 die katholische Caritas mit ihrem *Sozialalmanach*, ihm folgte 2011 die eher sozialdemokratische Variante, das *Panorama social* der Salariatskammer. Die eine Schrift verkennt sich auch keine akademischeren Überlegungen, die andere will Munition für den politischen Alltagskampf liefern. Beide befassen sich dieses Jahr mit dem gleichen Thema, den gesellschaftlichen Ungleichheiten, wenn auch aus unterschiedlichen Blickwinkeln.

Beide Blickwinkel zu vereinen, war Premierminister Xavier Bettel am Dienstag in seiner Erklärung zur Lage der Nation vorbehalten. In den Worten der Caritas meinte er, dass „der soziale Zusammenhalt zentral für ein Land mit einem allgemein hohen Lebensstandard“ sei, und in den Worten der Salariatskammer, dass „die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergehen“ dürfe. Damit war auch der Widerspruch zwischen beiden Standpunkten geglättet. Denn es kann eine politische Absicht sein, den Unterschied zwischen den Armen und den Reichen aus einem Gerechtigkeitsgefühl heraus zu verringern oder aus Effizienzüberlegungen heraus zu

vergrößern. Andererseits zielt die Idee der sozialen Kohäsion auf eine gesellschaftliche Befriedung, die meist ohne Verringerung der Einkommens- und Vermögensunterschiede auskommen soll, etwas mit Ersatzleistungen wie Vaterlandsliebe, Rassismus, Tauschwirtschaft oder einem *PIB du bonheur*.

Was würde aus den Reichen, wenn es keine Arme gäbe? Die im Wahlkampf gewohnheitsmäßig etwas nach links driftende LSAP hat versprochen, den Kampf gegen die wachsenden sozialen Unterschiede zu einer der Prioritäten der nächsten Legislaturperiode zu erklären. Ihr Wirtschaftsminister Etienne Schneider versprach am Mittwoch, die Zahl der von Armut Bedrohten bis 2020 um 6 000 zu verringern. CSV-Spitzenkandidat Claude Wiseler berichtete, dass die Leute „mit Ausnahme einer Reihe Sozialfälle“ zufrieden seien. Marc Baum von déi Lénk klagte, dass binnen fünf Jahren die Armen ärmer geworden seien. Selbst die DP versprach am Sonntag, die soziale Frage durch weitere Steuerfreibeträge für vom Armutsrisiko bedrohte Alleinerziehende zu lösen. Aber viel weiter kann kaum eine Partei gehen, ohne sich blutige Finger an der Schere zwischen Arm und Reich zu holen. Denn allzu rasch stellte sie zur Disposition, was die Luxemburger Gesellschaft in ihrem Innersten zusammenhält.

Dazu zählt nicht nur die seit dem Ende des Steckel 1984 und des Kaltwalzwerks 2005 in mehreren Wahlkämpfen von ratlosen LSAP-Politikern aufgeworfene Frage, wem die Blechverarbeitung in Düdelingen nach den Wahlen gehören darf. Die steigenden Grundstückspreise drohen wieder zu feudalen Verhältnissen zu führen, als die Grundrente die wichtigste Einnahmequelle war und Landbesitzer die politisch einflussreichste Klasse darstellten, so dass Wohnungsbaupolitiker fast aller Parteien zufrieden sind, dass es keine Zaubermittel gibt. Und während noch immer einige vom monegassischen Modell bezauberte Politiker und Bankiers diskret nach französischen, arabischen oder russischen *High Net Worth Individuals* Ausschau halten, die den Gini-Koeffizienten mit ihren Lamborghini erhöhen, produziert die Finanzbranche mit aufopfernder Unterstützung von Ministerien und Verwaltungen ein rund um die Uhr das Vermögen anonymer Reicher mehrendes Söldnerheer in Porsche. Angesichts der gesellschaftlichen Wirklichkeit des Luxemburger Modells muss sich das katholische bis sozialdemokratische Versprechen, die Schere zwischen Arm und Reich zu verringern, also als leere Floskel erweisen, hinter der sich bestenfalls die liberale *Trickle-down-Theory* versteckt, noch zynischer „Horse and Sparrow Economics“ genannt.



Die Dummheit und die Feigheit, zwei unzertrennliche Schwestern, feierten am Donnerstag im Parlament einen schönen Sieg. Die liberale Mehrheit nahm ein von der frommen CSV als halbherzig abgelehntes Gesetz des grünen Justizminister Félix Braz an, das verschleierte Musliminnen verbietet, Bus zu fahren, eine Schule zu betreten oder ein Krankenhaus aufzusuchen. Den Frauen drohen Geldbußen bis zu 250 Euro und Haftstrafen bis zu zwölf Tagen. Statt einer Handvoll Frauen Rechte zu sichern und Schutz zu bieten, macht das Gesetz aus ihnen ein rassistisches Feindbild für den Wahlkampf über Wachstum und Identität. rh.

blog

Personalie

Personalien

Politik

Politik

Bildung

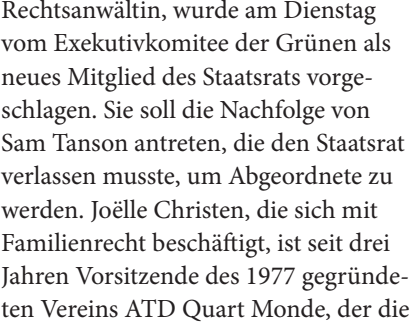
Medien

Mady Delvaux-Stehres,



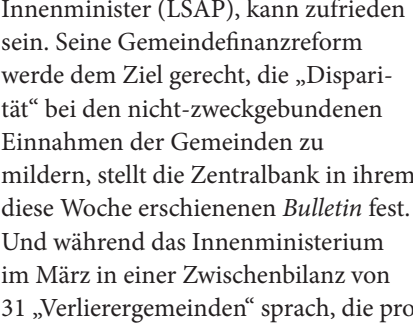
Europaabgeordnete der Sozialisten, findet die Initiativen der Europäischen Kommission im Bereich künstlicher Intelligenz (AI) „gut, aber nicht genug“. Enttäuscht zeigt sich die Vizevorsitzende des Justizausschusses vor allem darüber, dass außer einem Arbeitsdokument noch immer kein konkreter Gesetzesvorschlag auf dem Tisch liege. Unter Delvauxs Führung hatte der Justizausschuss einen Bericht mit Empfehlungen zu ethischen und sozialen Aspekten von Robotik und AI vorgelegt. „Der Rest der Welt wartet nicht, von Europa geführt zu werden“, so Delvaux-Stehres in einer Pressemitteilung. Sie fordert, neben einer Agentur für Robotik, ein Regelwerk für die neuen Technologien. Am 10. April hatten 24 EU-Mitgliedstaaten und Norwegen eine Erklärung unterschrieben, diesbezüglich zusammenzuarbeiten. Ende des Jahres will die Kommission ethische Leitlinien für diesen Bereich vorlegen, dafür soll eine Europäische AI-Allianz mit allen führenden Stakeholdern gebildet werden. ik

Joëlle Christen,



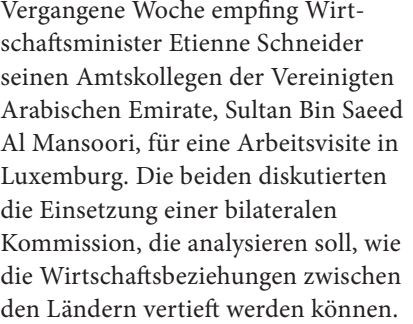
Rechtsanwältin, wurde am Dienstag vom Exekutivkomitee der Grünen als neues Mitglied des Staatsrats vorgeschlagen. Sie soll die Nachfolge von Sam Tanson antreten, die den Staatsrat verlassen musste, um Abgeordnete zu werden. Joëlle Christen, die sich mit Familienrecht beschäftigt, ist seit drei Jahren Vorsitzende des 1977 gegründeten Vereins ATD Quart Monde, der die Armen und gesellschaftlich Ausgeschlossenen unterstützen will. Eigentlich hat der Staatsrat den frei gewordenen Posten am 18. April und bis zum 8. Mai öffentlich ausgeschrieben, aber auch nach der als Demokratisierung dargestellten Reform des Staatsrats vor einem Jahr dürften andere Bewerber wenig Chancen haben. rh.

Dan Kersch,



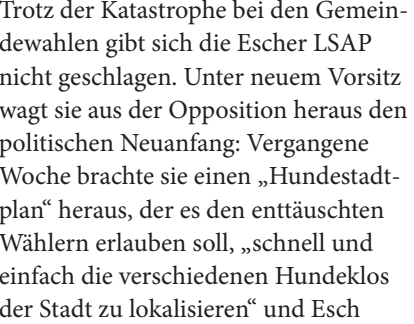
Innenminister (LSAP), kann zufrieden sein. Seine Gemeindefinanzreform werde dem Ziel gerecht, die „Disparität“ bei den nicht-zweckgebundenen Einnahmen der Gemeinden zu mildern, stellt die Zentralbank in ihrem diese Woche erschienenen *Bulletin* fest. Und während das Innenministerium im März in einer Zwischenbilanz von 31 „Verlierergemeinden“ sprach, die pro Kopf kleinere Einnahmen hätten als vor der Reform, sind es nach den Rechnungen der BCL nur 30. Allerdings konnte die BCL verschiedene Parameter nur schätzen, und sie findet, weniger komplex habe die Reform das kommunale Finanzsystem nicht gemacht. pf

Weiter warten



Vergangene Woche empfing Wirtschaftsminister Etienne Schneider seinen Amtskollegen der Vereinigten Arabischen Emirate, Sultan Bin Saeed Al Mansoori, für eine Arbeitsvisite in Luxemburg. Die beiden diskutierten die Einsetzung einer bilateralen Kommission, die analysieren soll, wie die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern vertieft werden können. Die Handelskammer gründete eine arabische Geschäftsvereinigung, die sie am gleichen Tag vorstellte. Einen Auslieferungsantrag für den französischen Fitnesstrainer Christian Elombo, der am 5. April auf einen von den Emiraten ausgestellten internationalen Haftbefehl hin in Luxemburg festgenommen wurde, hatte Al Mansoori nicht im Gepäck. Nach Ablauf der 18-tägigen Frist und bis Redaktionsschluss war kein Auslieferungsantrag beim Außenministerium eingegangen. Die Emirate werfen Elombo Entführung vor, weil er im Oman einer Tochter des Scheichs von Dubai geholfen haben soll, die in einer Videobotschaft ihre Flucht angekündigt hatte. Die Frist, während der Elombo in Haft bleibt, wurde auf 45 Tage verlängert. ms

Sauberes Esch-Alzette



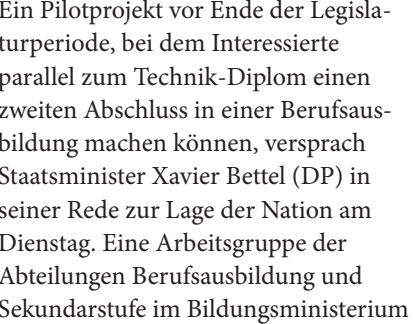
Trotz der Katastrophe bei den Gemeindewahlen gibt sich die Escher LSAP nicht geschlagen. Unter neuem Vorsitz wagt sie aus der Opposition heraus den politischen Neuanfang: Vergangene Woche brachte sie einen „Hundestadtplan“ heraus, der es den enttäuschten Wählern erlauben soll, „schnell und einfach die verschiedenen Hundeklos der Stadt zu lokalisieren“ und Esch sauber zu halten. rh.

Reich des Bösen



US-Präsident Ronald Reagan hatte 1983 zum Kreuzzug gegen das „Evil empire“ aufgerufen. Am vergangenen Freitag einigte sich die Regierung darauf, wer für Luxemburger Verhältnisse zum Reich des Bösen gehört. Sie verabschiedete in Vollstreckung entsprechender EU-Beschlüsse gleich 13 großherzogliche Reglemente, um den Export und Transit von Waren und Dienstleistungen an verschiedene Abnehmer zu verbieten oder lizenzpflichtig zu machen. Zum *Ennemi* zählen derzeit Nordkorea, die Krim und Sewastopol, der Islamische Staat und Al-Qaida, der Iran, der Irak, der Libanon, Libyen, Myanmar, der Kongo, Russland, Syrien, Jemen und Simbabwe. Nicht mehr dazu gezählt werden die Elfenbeinküste und Liberia. rh.

Zwei Abschlüsse



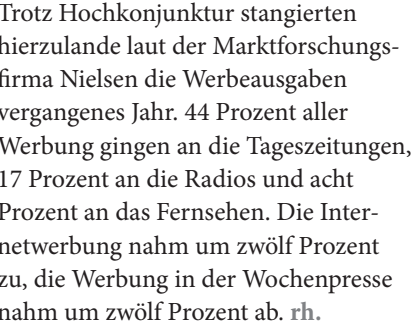
Ein Pilotprojekt vor Ende der Legislaturperiode, bei dem Interessierte parallel zum Technik-Diplom einen zweiten Abschluss in einer Berufsausbildung machen können, versprach Staatsminister Xavier Bettel (DP) in seiner Rede zur Lage der Nation am Dienstag. Eine Arbeitsgruppe der Abteilungen Berufsausbildung und Sekundarstufe im Bildungsministerium soll das Konzept erarbeiten, von dem bisher so viel bekannt ist, dass Interessierte ab der *4e Technique général* durch zusätzliche Unterrichtsstunden und womöglich Lernzeit während der Schulferien, ein *Diplôme d'aptitude professionnelle* (DAP) absolvieren können. Ein solcher doppelter Abschluss sei interessant insbesondere in Bereichen wie der Elektrotechnik oder der Mechatronik, so Ministeriums-Sprecherin Myriam Bamberg. Ziel soll sein, die Berufsausbildung attraktiver zu machen. ik

Wir hassen grammatisch



„Mir schwätzen Zukunft“, radebrecht das Motto des Erziehungsministeriums zur mehrsprachigen Erziehung von Schulkindern. Der grammatische Fehler im Satz entsteht dadurch, dass das Substantiv ohne Präposition und Artikel wie ein Adverb gebraucht wird, was es aber nicht ist. Es wirkt natürlich keck, dass ausgerechnet die strengen Schulpolitiker mit dem schlechten Beispiel kokettieren. Aber in Wirklichkeit übernehmen sie einen Trick der Werbebranche, wie im Slogan der *Saturn*-Geschäfte: „Wir hassen teuer.“ Die falsche Grammatik soll flüchtige Leser stutzig machen und zudem einen Lacher provozieren auf Kosten der verkürzten Ausdrucksweise „bildungsferner Schichten“, wie sie im Ministerium heißen, und des Pidgin eingewandter Ausländer, zu Kolonialzeiten „petit-nègre“ genannt. rh.

Stagnation



Trotz Hochkonjunktur stangierten hierzulande laut der Marktforschungsfirma Nielsen die Werbeausgaben vergangenes Jahr. 44 Prozent aller Werbung gingen an die Tageszeitungen, 17 Prozent an die Radios und acht Prozent an das Fernsehen. Die Internetwerbung nahm um zwölf Prozent zu, die Werbung in der Wochenpresse nahm um zwölf Prozent ab. rh.

Zum Glück für die LSAP kann ihr Sozialminister rechtzeitig vor den Wahlen eine Lösung für Langzeitkranke präsentieren

26 Wochen Nachschlag

Peter Feist

Was Françoise Muller¹ erzählt, ist bedrückend. „Mit 55 wurde bei meinem Mann Krebs diagnostiziert, das war im Oktober 2010. Ab November erhielt er eine starke Chemotherapie, anschließend sollte der Tumor noch bestrahlt werden.“

Doch dazu kommt es nicht, denn Herr Muller erleidet eine Komplikation und obendrein eine Lungenentzündung. „Er lag zehn Tage auf der Intensivstation, wäre fast gestorben“, erinnert sich Françoise Muller. Im Januar 2011 beginnt eine zweite Chemotherapie, auf sie folgt dann die Bestrahlung. Abgeschlossen wird sie im Mai 2011. Herr Muller ist jetzt seit über sieben Monaten im Krankenschein.

Wer wie Herr Muller im Privatsektor beschäftigt ist, kann über eine „Referenzperiode“ von 104 Wochen höchstens 52 Wochen krankgeschrieben sein. Wird die Frist überschritten, stellt die CNS die Krankengeldzahlung ein. So steht es im Sozialversicherungsgesetzbuch. Zahlt die Kasse nicht mehr, endet der Arbeitsvertrag fristlos, so steht es im Arbeitsgesetzbuch. Damit es nicht so weit kommt, gelten ein paar Mechanismen, in erster Linie eine Kontrolle durch den Ärztlichen Kontrolldienst der Sozialversicherung. Der soll sich rechtzeitig ein Bild machen, ob der Betreffende weiterhin als krank einzustufen ist, ob eventuell in Richtung Invalidität zu denken wäre oder an eine Umsetzung an einen anderen Arbeitsplatz im Betrieb oder – vierte Möglichkeit – an eine externe Umsetzung auf einen anderen Job. Als der Kontrollarzt Herrn Muller sieht, sagt er: „Um Himmels willen, in Ihrem Zustand hätten Sie nicht kommen müssen. Werden Sie erst mal wieder gesund, wir sehen uns später nochmal!“ Später ist im September 2011, als erneut ein Brief des Contrôle médical eintrifft. Doch noch ehe das Ehepaar dort vorstellig werden kann, liegt ein Schreiben der CNS im Briefkasten: Die 52-Wochen-Frist ende demnächst.

Fälle, die ganz ähnlich gelagert sind, erwähnte am Montag LCGB-Präsident Patrick Dury mehrere. Da warf der Chef des christlichen Gewerkschaftsbundes dem Sozialminister vor, er handle auf „nicht hinnehmbare“ Weise, und behauptete zwei Mal, Romain Schneider (LSAP) seien „die Leute scheißegal“. Dabei hatte der Minister am Donnerstagnachmittag vergangener Woche nach einem Treffen mit dem OGBL verkündet, die 52-Wochen-Deadline um 26 Wochen verlängern zu wollen. Er werde dazu schnell das Gesetz ändern lassen, damit die neuen Regeln zum 1. Januar 2019 in Kraft treten können.

26 Wochen länger Krankengeld hätten Familie Muller vor sechs Jahren gutgetan. Dass die CNS nicht mehr zahlen wird, kann auch der zweite Besuch beim Kontrollarzt nicht verhindern. „Der Arzt entschuldigte sich, als ich ihm vorhielt, er hätte uns früher rufen sollen. Er sagte, der Kontrolldienst sei überlastet“, sagt Frau Muller. Der Arzt rät, schnell bei der Pensionskasse eine Invalidenrente zu beantragen. „Gottseidank trafen wir dort auf Leute mit Herz!“ Sonst, sagt Françoise Muller, „hätte ich nicht gewusst, was wir hätten tun sollen. Wir hatten gebaut, uns ein Auto auf Kredit gekauft. Unsere Tochter war damals 14 und ich arbeitete nur halbtags“.

Wie viele Sozialversicherte über die 52 Wochen zu rutschen drohen und wie viele tatsächlich darüber hinaus geraten, ist nicht genau bekannt; der LCGB beklagte am Montag das Fehlen „präziser Daten“. Der Sozialminister hatte Ende 2015 auf eine parlamentarische Anfrage geantwortet, 2010 und 2011 seien „schätzungsweise“ 40 langzeitkranke Personen in die Arbeitslosigkeit entlassen worden – bekamen demnach also nicht von „Leuten mit Herz“ schnell eine Invalidenrente.

„Diese Idioten, die solche Gesetze schreiben, sollten mal nur für eine Woche in den Zustand geraten, in dem wir damals waren“, wird Frau Muller lauter. Die ganze Familie habe nachts kaum ein Auge zugehen auf den Bescheid der CNS hin. Von seinem Krebs sollte Herr Muller sich nicht mehr erholen. Nach und nach bilden sich drei weitere, im November 2015 verstirbt Herr Muller. Doch damit ist die Geschichte der Familie noch nicht zu Ende erzählt. Zehn Monate später, im September 2016, wird bei der Tochter Leukämie diagnostiziert. Vier Chemotherapien erhält sie, gleichzeitig wird ein Knochen-



Im Privatsektor gibt es höchstens 52 Wochen Krankengeld über 104 Wochen Referenzperiode. Mit dem Einheitsstatut wurden die Regeln verschärft

markspender gesucht, schließlich auch gefunden. Für Februar 2017 ist die Verpflanzung angesetzt, doch dann wird der Spender krank, der Eingriff auf März verschoben. Als er stattfindet, ist die Tochter seit sieben Monaten krank. Zum Kontrollarzt wird sie im August 2017 bestellt, nach 48 Krankheitswochen. Der Arzt empfiehlt eine Invalidenrente für die Zwanzigjährige, und gesund wird sie auch nicht, ehe die CNS das Krankengeld kappt.

Solche Beispiele zeigen: Bei schweren Krankheiten, die mit Komplikationen und Rückfällen einhergehen oder bei denen zur ersten Erkrankung noch eine zweite kommt, kann die 52-Wochen-Grenze, wenn sie naht, wie Willkür erscheinen. Auch wenn heute der Ärztliche Kontrolldienst Kranke meist schon um den 45. Krankheitstag zum ersten Mal sieht und sie kontinuierlicher betreut: Ein neues Gesetz verhalf der Behörde vor zwei Jahren zu einer neuen Arbeitsgrundlage und deutlich mehr Personal. Aber Onkologen sagen, es sei nicht ganz falsch, zu behaupten, der Fortschritt bei den Krebsbehandlungen könne dazu führen, dass die Patienten länger krank sind – noch vor drei Jahrzehnten starben viele früher. Was das für das Krankengeld-Limit heißen soll, ist eine kritische Frage. Stellen kann sie sich aber auch, wenn nach einem Unfall, dessen Folgen zu kurieren lange gedauert hat, der davon Betroffene wieder arbeiten geht, sich kurz darauf eine zweite Erkrankung zuzieht und über die 52 Wochen hinaus gerät.

Mit der Einführung des Einheitsstatuts im Privatsektor 2009 waren die Regeln verschärft worden. Zuvor galt das Limit pro Erkrankung – wurde eine zweite festgestellt, rückte der Zähler auf null. Die Gewerkschaften bedrängten deshalb schon die vorige Regierung, eine Regelung zu finden, die Härtefällen gerecht würde. 2012 stimmte LSAP-Sozialminister Mars Di Bartolomeo zu, eine „zeitweilige Invalidenrente“ zu vergeben, wie Françoise Mullers Tochter sie erhielt. Zuerkannt wird die *invalidité temporaire* aber selten: Jede Invalidenrente beendet den Arbeitsvertrag, was die wenigsten Krankgeschriebenen wollen.

Da könne es zu „erstaunlichen Lösungen“ kommen, sagt Christophe Knebler, stellvertretender LCGB-Generalsekretär. Es könne sein, dass ein Betrieb einen lange krankgeschriebenen Mitarbeiter für ein paar Wochen auf dem Papier in Urlaub schickt. „Dann zahlt der Betrieb Gehalt, Krankengeld wird nicht mehr gebraucht. Nach dem Urlaub wird der Mitarbeiter wieder krankgeschrieben. Der CNS ist das egal.“ Dass ein Betrieb einen Mitarbeiter kurz vor

der 52. Woche entlässt und nach einer Woche wieder einstellt, komme ebenfalls vor. „Es ist nicht so, dass jeder Patron lang Erkrankte los werden will.“

Doch das Problem ist komplex. Vor allem der LCGB besteht seit Jahren öffentlichkeitswirksam auf einer „kohärenten Lösung“ und meint damit, das Limit gehöre am besten abgeschafft. Andernfalls müsse zum Beispiel auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass der Kündigungsschutz im Krankheitsfall nur bis zur 26. Woche reicht – danach kann der Mitarbeiter entlassen werden. Doch weil dann Kündigungsfristen gelten und womöglich Abgangsentschädigungen zu zahlen sind, wird nicht oft gekündigt. Meist ist es für den Betrieb bequemer, zu warten, bis der Vertrag nach 52 Wochen fristlos endet; das Krankengeld zahlt ohnehin die Kasse. Unter anderem deshalb nannte der LCGB am Montag Romain Schneiders Ankündigung, die Frist auf 78 Wochen ausweiten zu wollen, „nur einen Schritt in die richtige Richtung“. Denn wie künftig 78 Wochen Krankengeld zur weiterhin möglichen Kündigung nach 26 Wochen passen sollen und ob der Kündigungsschutz nicht ausgeweitet werden müsse, habe der Sozialminister nicht gesagt. Weil Unklarheiten wie diese blieben – und weil der Minister den Entschluss nach einer Sitzung mit dem OGBL fasste, aber ohne den LCGB, nannte dessen Präsident die Ankündigung Wahlkampfaktik, ohne an die Leute zu denken, und warf Schneider vor, fast vier Jahre lang nichts getan zu haben.

Für seinen Entschluss hat er sich tatsächlich viel Zeit gelassen. Am 28. November 2014, als sich die Regierung in einer Bipartite die Zustimmung von OGBL, LCGB und CGFP zu den Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen im *Zukunftspak* aushandelte, hatte sie unter anderem eine Lösung der 52-Wochen-Frage versprochen. Im März 2015 schien sie im Ständigen Beschäftigungskomitee nahe: Arbeitsminister Nicolas Schmit (LSAP) und Romain Schneider schlugen vor, bis zu zwölf Monate lang eine zeitweilige Invalidenrente zu gewähren und den Arbeitsvertrag suspendieren statt enden zu lassen. Nicht nur OGBL und LCGB, auch der Unternehmerdachverband UEL war im Prinzip einverstanden. Doch das Beschäftigungskomitee versuchte einen Rundumschlag, sprach auch über Verbesserungen beim Elternurlaub und dem Urlaub aus familiären Gründen, die ebenfalls Bipartite-Versprechen an die Gewerkschaften waren. Die UEL verlangte, alle diese Verbesserungen in eine Paketlösung aufzunehmen, durch die auch eingehalten worden wäre, was die

Nur Anfang 2015 hatten Arbeits- und Sozialminister eine politische Initiative ergriffen. Als die scheiterte, wurde die mühevolle Diskussion der CNS überlassen

Regierung in einer Bipartite mit den Unternehmerverbänden zugesagt hatte, insbesondere eine Flexibilisierung der Arbeitszeitregeln. Doch das lehnten die Gewerkschaften ab.

Im Grunde zeigte sich daran, dass Zusagen aus zwei Bipartite-Runden politisch umzusetzen, etwas anderes ist als sich auf einen Tripartite-Beschluss stützen zu können. Eine politische Initiative zu den 52 Wochen wurde nach dem Streit im Beschäftigungskomitee nie mehr ergriffen. Stattdessen ließ der Sozialminister die Diskussion in den CNS-Vorstand verlegen, hoffend, dass Gewerkschaften und Unternehmer sich einig würden, wie die Kasse über ihre Statuten länger Krankengeld geben könnte. Bis zu drei Monate lang geht das schon heute, wird aber selten angewandt. Die Möglichkeit auszuweiten, machte die UEL davon abhängig, dass der Betrieb zustimmen müsse, ob ein Langzeitkranker beim Ärztlichen Kontrolldienst eine Krankengeldverlängerung beantragen kann. Langzeitkranke brächten vor allem Kleinbetrieben organisatorische Probleme. Die Gewerkschaften fanden es eine Zumutung, dass der Patron Arzt spielen würde. Organisieren würde jeder Betrieb sich schon, wenn es nur 52 Wochen Krankengeld gibt.

Als bis Ende 2015 eine Lösung auch auf CNS-Ebene nicht greifbar schien, verkaufte der Sozialminister eine Zeitlang die Teilzeitarbeit zu Therapie Zwecken (*mi-temps thérapeutique*) als Ausweg. Doch während es vorstellbar ist, dass ein nach einem Unfall

lange krank Geschriebener in Teilzeit allmählich zurückfindet in die Arbeit, ist das nicht bei jeder schweren Erkrankung selbstverständlich. Vor allem der LCGB nannte das eine „Scheinlösung“, bestand auf dem Bipartite-Versprechen und forderte in Briefen an den Sozial- und den Arbeitsminister sowie an den Premier die Abschaffung der 52-Wochen-Grenze.

Doch eine Lösung war nie in Sicht, bis die CNS sich auf Weisung des Ministers 2017 erneut mit dem Krankengeld befasste. Am 4. Dezember verkündete Romain Schneider, er sei sich mit OGBL und UEL „prinzipiell“ einig, dass die CNS in medizinisch begründeten Fällen bis zu 26 Wochen länger Krankengeld gewähren könne. Der Betrieb gebe dazu einen „Avis“ ab, der jedoch nicht bindend sei. Außerdem werde der *mi-temps thérapeutique* umgewandelt in eine *reprise progressive du travail*: Langzeitkranke bezögen weiterhin Krankengeld, seien aber zwischen einem und drei Viertel der Arbeitszeit im Betrieb, um nach und nach in die Arbeit zurückzufinden.

Das sah gut aus für den Minister, denn nur der LCGB lehnte auch das als „Scheinlösung“ ab. Zum einen, weil nicht klar sei, wie ein Mitarbeiter in einer *reprise progressive* in Teilzeit im Betrieb sein könne, gleichzeitig aber weiterhin krankgeschrieben und demnach nicht voll einsetzbar wäre: Würde sich darauf wirklich jeder Betrieb einlassen? Zum anderen kritisierte der LCGB, was Romain Schneider im Dezember nicht erwähnte: Die CNS war damals einer Lösung ganz und gar nicht nahe, denn es bestanden Zweifel, ob es rechtlich zulässig wäre, eine Krankengeldverlängerung über die Statuten der Kasse zu geben. Denn erwogen wurde das schon vor zehn Jahren mit dem Einheitsstatut. Der Staatsrat schrieb der damaligen Regierung aber, sollten die Statuten einer öffentlichen Einrichtung, wie die CNS eine ist, etwas ergänzen, was in einem Gesetz steht, sei das verfassungswidrig.

Vor allem aus diesem Grund rang Romain Schneider sich vergangene Woche durch, die Krankengeldfrist auf generell 78 Wochen zu verlängern und dazu das Krankenkassengesetz zu ändern – und damit nach dem Scheitern der zeitweiligen Invalidenrente bei suspendiertem Arbeitsvertrag im Beschäftigungskomitee vor drei Jahren doch selber tätig zu werden. Seine Juristen hatten ihm zuvor gesagt, es gehe nur so. Dem Vernehmen nach soll der Vorentwurf zur Gesetzesänderung heute im Regierungsrat besprochen werden. Dem *Land* sagt Romain Schneider, 78 Wochen seien „eine Riesenchance“ zur Genesung, zumal in Verbindung mit der *reprise progressive*, über die aber noch zu diskutieren bleibe. Eine Abschaffung des Limits, wie der LCGB verlangt, wäre für ihn, „als würden wir ein sozialpolitisches Steuerungsinstrument aus der Hand geben. Arbeitslosengeld gibt es ja auch nicht unbegrenzt lange“. Nach der medizinischen Expertise, die ihm vorliege, dürften 78 Wochen reichen, um auch schwere Erkrankungen mit Komplikationen auszukurieren.

Ein halbes Jahr vor den Wahlen sieht das Vorhaben natürlich nicht nur für den Minister gut aus, sondern auch für die LSAP, und sofern der Regierungsrat das nicht grundsätzlich anders sieht, könnten die 78 Wochen zumindest in einen Gesetzentwurf gelangen. Ob er noch vor den Sommerferien zur Abstimmung ins Parlament kommt, ist unsicher, aber neben der Zustimmung des OGBL – der ihm jedoch mit auf den Weg gegeben hat, die Verlängerung müsse evaluiert und ausgeweitet werden, falls sie nicht reicht – hat Romain Schneider auch das prinzipielle Ja der UEL. Wenngleich die, wie ihr Direktor Jean-Jacques Rommes andeutet, das aber offenbar abhängig gemacht hat von Zugeständnissen und mit dem Sozial- und mit dem Arbeitsminister noch „über ein paar andere Fragen reden“ will. Den renitenten LCGB hat Schneider nicht gefragt, sondern vor der Verkündung seines Entschlusses die CNS-Vizepräsidenten von Gewerkschaften und Unternehmern konsultiert. Und den Vizepräsidenten der Gewerkschaftseite stellt der OGBL. Im Verbund mit ihm machte die Bekanntgabe der 78-Wochen-Frist einen noch besseren Eindruck für die LSAP.

¹ Name von der Redaktion geändert

Der politische Streit ums neue Schulfach Vie et Société hat sich gelegt, jetzt kehrt der Alltag ein. Ein Unterrichtsbesuch

Bild' Dir eine Meinung!

Ines Kurschat

Auf der Tafel steht das Thema der Unterrichtsstunde in großen Buchstaben geschrieben: Gerechtigkeit = Gleichheit? „Ist die Szene, die ihr hier seht, gerecht?“, fragt Lehrerin Lynn Conter und zeigt auf eine Karikatur, die sie zuvor an ihre 8^{er}-Schüler ausgeteilt hat. Die

Schon bald kommt eine Kontroverse in Gang. „Wie könnte die Aufgabe aussehen, damit sie gerecht ist?“, ist die nächste Überlegung, die Sozialwissenschaftlerin Conter, die als eine der ersten den neuen Master zum Fach an der Uni Luxemburg absolviert hat, den

eine Arbeit in ihrer Sprache schreiben müssten.“ Ein anderer Schüler fällt ihm ins Wort: „Es gibt ja noch andere Fächer und außerdem können sie ja besser werden“, argumentiert er. Müsse man sonst nicht eine Prüfung für jedes Leistungsniveau schreiben?

demokratischen Spielregeln“, betont Conter. Schüler sollen einander zuhören und ausreden können, sie sollen Meinungsunterschiede aushalten und argumentieren lernen. Das bedeutet nicht, dass nicht auch radikale politische Positionen vorgestellt und

Europarat in Straßburg kritisierten Kreationismus unbeholfen aufgriff. Lehrer können, sagt Jean-Marie Kieffer, Koordinator beim Service de coordination de la recherche et de l'innovation pédagogiques et technologiques, Materialien online abrufen und künftig auch Feedback (www.vieso.lu) äußern.

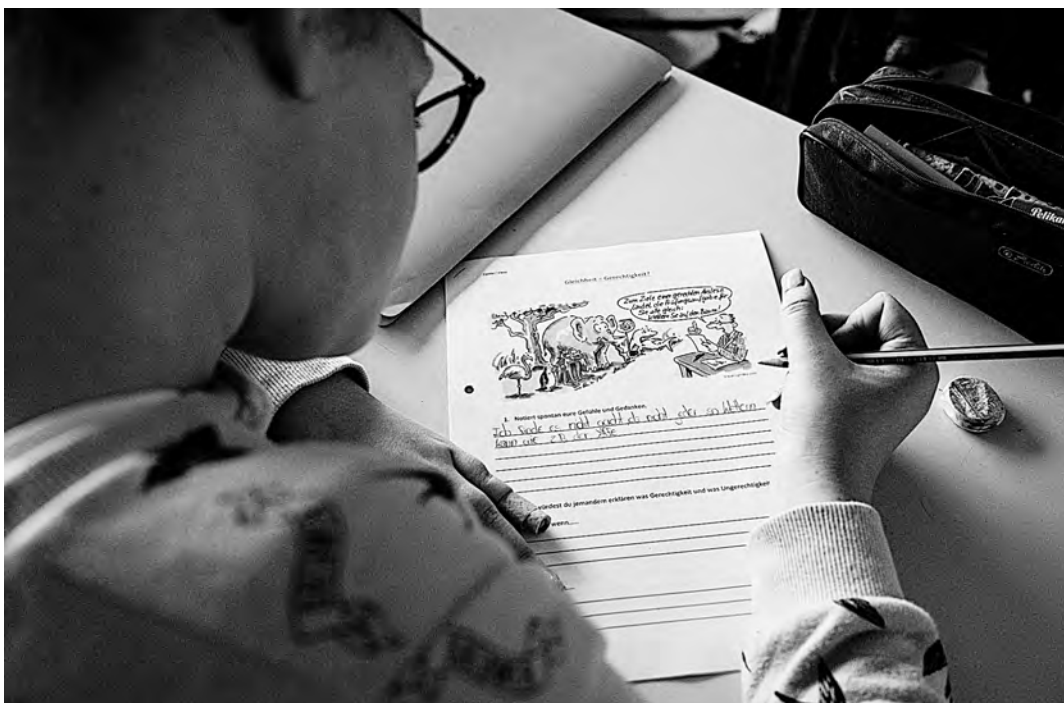
Im Unterricht lässt sich erst erkennen, wie eine reflexive Praxis aussieht. Die Schüler des Nordstad-Lyzeums spulen jedenfalls kein auswendig gelerntes Wissen herunter. Sie sind angehalten, sich eigene Gedanken zu machen, ein Problem erst umfassend zu begreifen, Motive und Hintergründe der Beteiligten abzuwägen, auch Regeln zu erkennen und gegebenenfalls zu hinterfragen.

Das geht umso besser, je früher Kinder üben. In der sonnendurchfluteten Grundschule in Kayl-Tetingen lässt Vieso-Lehrerin Carrie-Lee Simon an diesem Dienstagmorgen Konfliktsituationen, die auf handtellergröße Karten gezeichnet sind, von ihren Schülern nachspielen. Gerade geht es um „Du wirst beleidigt“. In der Szene ruft ein Schüler einer Klassenkameradin „Dumm, dumm, dumm, dumm“ hinterher. Sie braust auf. Hinterher analysiert die Klasse gemeinsam, wie die Protagonisten das Problem gelöst haben: „Wer hat erreicht, was er wollte?“, fragt die Lehrerin in die Runde. Finger schnellen nach oben: „Der Pol“. Weil er sie provoziert hat und das hat geklappt!“, sagt eine und alle nicken zustimmend. Dann spielen die Kinder dieselbe Szene noch einmal – mit einer Variante. Die Beleidigung kommt, aber dieses Mal bleibt die gefoppte Schülerin cool. Alle sind sich einig: So ist es besser. Neue Szene, gleiche Übung: Die Kinder bekommen einen Konflikt und sind aufgefordert, ihn zu verstehen und zu lösen. Nicht bloß aus dem Gefühl heraus, sondern begründet. Und sie haben Spaß dabei. Eifrige Finger strecken sich wieder in die Höhe, „einige sind etwas zurückhaltender heute“, sagt Carrie-Lee Simon. Auch das ist eine Erkenntnis: Eine Meinung zu haben, Position zu beziehen, erfordert Haltung und bisweilen sogar Mut.

Die Lehrerin hat, um das Fach unterrichten zu dürfen, die obligatorische 16-Stunden-Weiterbildung am Ifen absolviert. Der Kurs bietet bloß eine Einführung, aber: „Eine Anleitung ist wichtig, nicht nur, um mit so sensiblen Themen wie Gefühlen und Konflikten korrekt umzugehen“, findet Simon. „Wir bekommen teilweise Dinge mit und diskutieren sie mit den Kindern, die andere Lehrer nicht sehen.“ Das Thema Konfliktbewältigung hatte sie im vergangenen Sommer geplant, im Juni kommt die Polizei zur Prävention in die Schule, dann soll auch über Cybermobbing gesprochen werden – ihr Unterrichtsstoff ist damit topaktuell. Erst kürzlich sorgte der Brandbrief einer Kindertagesstättenleiterin dafür, die Gewaltproblematik landesweit auf die Tagesordnung zu setzen.

Carrie-Lee Simon wünscht sich mehr systematischen Austausch mit Kollegen vom Fach – und mehr Zeit. Austausch darüber, welche Methoden besser und welche schlechter funktionieren. Sie hält die Vieso-Stunden sämtlicher Klassen an ihrer Schule. Eine Stunde ist nicht viel, wenn Inhalte verstanden, Rollenspiele geübt, Feedback gegeben werden soll. Ihre Profi-Meinung ist vielleicht demnächst auch gefragt: Das Ministerium überlegt, Lehrer und Schüler zur Umsetzung des Rahmenlehrplans erneut zu befragen, um gegebenenfalls Verbesserungen vorzunehmen und interessierte Anfragen aus dem Ausland beantworten zu können. Eine erste Umfrage wurde bereits durchgeführt, sie war aber nicht repräsentativ. Grundsätzlich scheint das Fach besser anzukommen, als nach dem Streit zu erwarten war, auch wenn es als Nebenfach nicht gerade so viel in der Bewertung zählt. Gilles Retter von der zuständigen Programmkommission sieht Verbesserungsmöglichkeiten bei der Ausbildung: „Die Herausforderung ist, einen Unterricht auf die Beine zu stellen, der weniger auf reine Wissensvermittlung, sondern stärker auf Methoden und die Einbindung der Schüler setzt.“ Zuletzt wurden sieben neue Lehrer eingestellt, von ihnen erhofft sich Gilles Retter weitere Impulse für das Fach. Nach einem turbulenten Start klingt er im Großen und Ganzen optimistisch: Es sei „noch Überzeugungsarbeit“ zu leisten, aber mit der neuen „Lehrergeneration wird das schon“.

* Name geändert



Zwei Schulen, ein Fach: Schüler des Nordstad-Lyzeums (oben) diskutieren über Gerechtigkeit; Schüler einer Grundschule in Kayl-Tetingen (unten) versuchen, Konfliktsituationen gewaltfrei zu lösen

Zeichnung ist ein Klassiker unter Lehrpersonen: Sie zeigt Tiere vom Affen bis zum Pinguin, die in Reih und Glied eine Prüfungsaufgabe abwarten. Hinter ihnen steht ein Baum. „Zum Ziele einer gerechten Auslese lautet die Prüfungsaufgabe für Sie alle gleich. Klettern Sie auf den Baum“, steht in der Sprechblase des streng blickenden Prüfers geschrieben.

Die Schüler denken nach, manche flüstern und beraten sich. Ihre Klasse – und die Leitung des Diekircher Nordstad-Lyzeums – waren bereit, die Tür zu öffnen, um Einblick in ein Fach zu geben, das jahrzehntelang für Streit und Schlagabtausche sorgte: Vieso, Vie et société. Seit diesem Jahr ist das allgemein verpflichtende, neu geschaffene Fach, das nach heftigen Polemiken die *Formation morale et sociale* respektive den katholischen Religionsunterricht ersetzt, an den Grund- und Sekundarschulen gestartet. 418 Lehrbeauftragte der Sekundarstufe und 1 800 Grundschullehrer haben das Einführungsseminar des Weiterbildungsinstituts Ifen in Walferdingen seit Herbst 2016 besucht. Ein guter Zeitpunkt, um hinter die Kulissen zu schauen, was in dem Fach wirklich geschieht.

Die Jugendlichen studieren die Karikatur, dann schnellen erste Finger in die Höhe: „Ja, Lia?“, ruft die Lehrerin eine Schülerin mit grauem Sweatshirt und dunklen Haaren auf. Sie sagt, was sie denkt. Nein, die Prüfungssituation sei nicht gerecht, denn ein Goldfisch könne keinen Baum hinaufklettern. Ein Klassenkamerad widerspricht ihr: „Es ist die gleiche Aufgabe für alle, darum ist es gerecht“, wendet er ein.

„Ich bewerte keine Meinung, sondern lediglich die Argumentation. Also: Wie schlüssig wird argumentiert?“

Schülern auf den Weg gibt. Die Zeichnung ist gut gewählt, um die Grenzen und Problematiken der Gleichung Gerechtigkeit = Gleichheit aufzuzeigen. Die Lehrerin hat überdies Textaufgaben vorbereitet, die sie vorlesen lässt. In einem Beispiel geht es um eine junges Mädchen, das mit ihren Eltern aus Syrien geflüchtet und noch nicht lange im Land ist und nur wenig Deutsch spricht, sowie einen behinderten Jungen, der wie das Mädchen dieselbe Prüfung schreiben soll. Auch hier wird schnell deutlich, dass eine eindeutige Positionierung nicht so leicht fällt. Während die einen die Aufgabe als gerecht ansehen, ist Tomi gar nicht einverstanden: „Das wäre ja so, wie wenn wir nach Syrien gingen und dort plötzlich

Die Lehrerin hält sich zurück. Sie greift die Gedanken der Schüler allenfalls auf, spinnt sie weiter oder ändert ein Detail in der Fragestellung, damit Schüler dahinterliegende Motivationen ergründen.

Was auffällt: Kein Schüler wird wegen seiner Meinung oder Sichtweise attackiert oder heruntergemacht, die Diskussion verläuft kontrovers, aber in geordneten Bahnen. „Ich bewerte keine Meinung eines Schülers oder einer Schülerin, sondern lediglich die Argumentation. Also: Wie schlüssig wird argumentiert?“, betont Lynn Conter. Weil das Fach neu ist und nur wenige Außenstehende wissen, was dahintersteht, halten sich einige Vorurteile hartnäckig. Etwa, dass Kinder und Jugendliche auf ihre Meinung hin bewertet werden. Das kann nur behaupten, wer sich nicht mit dem Rahmenlehrplan auseinandergesetzt hat: Laut Lehrplan gibt es drei übergeordnete Ziele: Offenheit, Respekt und Toleranz in einer multikulturellen Gesellschaft zu lernen, ist eines. Kritisches Denken und Abwägen unterschiedlicher Standpunkte ist ein anderes. Und schließlich die „großen Fragestellungen“ des Lebens und der Gesellschaft zu erkunden. Das war das Ziel, um das am heftigsten politisch gerungen wurde: Wie viel Religion und christliche Werteerziehung gehört in den Stundenplan, inwieweit soll der Kurs wertneutral sein? Andere Themen sind zum Beispiel Liebe und Partnerschaft, Arbeit und Konsum, Wirtschaftsethik...

Denn ohne Werte kommt das Fach nicht aus. „Wir arbeiten auf der Grundlage der Menschenrechte und

im Streitgespräch vertieft werden können. Allerdings verbietet das Überwältigungsverbot dem Lehrpersonal die Schüler zu indoktrinieren, und sind sie aufgefordert, sich mit ihrer Meinung zurückzuhalten.

Ein reines „Laberfach“, wie manche im Vorfeld polemisiert hatten, ist es nicht, denn eben diese Balance, den Raum für unterschiedliche Positionen zu schaffen und zugleich eine Debattenkultur, basierend auf Argumenten und Wissen, zu entwickeln, ist, das zeigt dieser Montagmorgen, methodisch anspruchsvoll. Aber es gelingt, weil die 8^{er}-Schüler offenbar bereits in einer vorigen Unterrichtsstunde über Vielfalt und Unterschiedlichkeit nachgedacht haben. Auf dem Blatt, das die Lehrerin ausgeteilt hatte, lernen sie zwei Formen der Gerechtigkeit nach dem griechischen Philosophen Aristoteles kennen: die austeilende Gerechtigkeit, die möglichst alle Menschen gleichmäßig versorgen soll, und die ausgleichende, die jenen mehr gibt, die weniger oder nichts haben. Auch ein Verweis auf die US-amerikanische Philosophin Martha Nussbaum, die den Gerechtigkeitsbegriff im Kontext von Wohlfahrtssystemen analysiert hat, ist dabei.

Anders als früher legen die Schulmaterialien (die zu dieser Lehrereinheit hat Lynn Conter selbst entwickelt und sich an Handreichungen zum Fach orientiert) einen stärkeren Akzent auf die Verknüpfung von Methodik und Inhalten. Als die ersten provisorischen Lehrerhandreichungen vom Ministerium vorgestellt wurden, verlief die Präsentation insofern unglücklich, als eine Aufgabe ausgerechnet den vom

Une certaine authenticité

Entretien : josée hansen

Il n'est que neuf heures du matin, ce mercredi, lorsque nous avons rendez-vous avec le jeune réalisateur et producteur Govinda Van Maele (né en 1983) au 1535 à Differdange : le site est encore calme, seuls quelques bureaux sont occupés. Govinda vient de recevoir le matériel promotionnel pour la sortie de son premier long-métrage de fiction *Gutland*, présenté en avant-première mondiale au festival de Toronto en automne dernier, puis au Luxembourg City Film Festival en février (d'Land 08/18). Il sortira en salles au Luxembourg mercredi, 2 mai. Le film raconte une histoire luxembourgeoise d'altérité et d'assimilation : un étranger, Jens, arrive dans un petit village, où il est d'abord rejeté, puis s'intègre et partage les secrets des villageois. Entretien.

d'Land : Votre film joue à « Schandelsmillen », nom fictif pour un village luxembourgeois aux airs réels... C'est une des premières particularités de *Gutland* : vous l'ancrez dans le local, dans une communauté rurale que vous connaissez bien, au lieu de parler d'un pays abstrait comme le font certains réalisateurs. Pourquoi ce choix ?

Govinda Van Maele : Si on veut, comme moi, faire un film avec un certain degré d'authenticité, on ne se cache pas. Un film comme celui-ci aurait typique-

ment pu jouer en Roumanie par exemple, ou chez les *rednecks* aux États-Unis – mais alors ça aurait été un film différent. *Gutland* a à voir avec ma réalité, avec ma vie à moi, et là, le Luxembourg a une certaine « texture », une certaine ambiance que nous voulions capter : ces belles façades restaurées, ces rues au bitume impeccable... C'est un film sur les façades, sur le paraître et ce qu'il cache, donc c'était important que nous montrions cela justement.

Dans la presse canadienne ou états-unienne, lors de la présentation au festival de Toronto, les critiques ne manquaient pourtant jamais de souligner qu'ils associaient surtout le secret bancaire et le clinquant d'une place financière avec le Luxembourg et furent étonnés de voir une société agricole...

Ben oui, le Luxembourg vient d'une tradition agricole, il n'y a pas si longtemps, la majorité de ses habitants étaient agriculteurs. C'est toujours resté une part importante de la mentalité ici. Mais c'est vrai que beaucoup de gens à l'étranger imaginent qu'il n'y a qu'une seule ville avec de grands bâtiments bancaires, à l'image du Kirchberg, et ils sont incrédules quand je leur dis qu'il y a aussi plein de petits villages.

Vous décrivez les habitants de Schandelsmillen comme une communauté assez uniforme, soudée et solidaire, où les gens s'entraident, mais couvrent aussi des secrets de quelques brebis égarées. Dans ce sens, il rappelle vos précédents films, comme le court-mé-

trage Josh ou le documentaire En Dag am Fräien. Pourquoi le concept de communauté a-t-il une si grande importance dans votre travail ?

Lorsque j'écris mes scénarios, j'essaie de ne pas trop m'encombrer avec un tel métadiscours. Mais il est évident que c'est quelque chose qui m'occupe : j'ai toujours eu conscience d'habiter une petite communauté, le Luxembourg, qui est entourée de communautés beaucoup plus grandes. En plus, j'ai grandi dans un tout petit village, Herborn, en tant que fils d'étrangers [sa mère est sri-lankaise et son père néerlandais, ndlr.] et j'étais membre d'un village agricole sans vivre dans une famille paysanne : donc je faisais à la fois partie de cette communauté villageoise, et en même temps, j'en restais extérieur, je n'y appartenais pas vraiment. Toute ma vie s'est déroulée dans cette tension entre communauté et manque de communauté. Je suppose que ce sentiment d'appartenance me manque, quelque part.

On sent que la communauté rurale que vous décrivez vous est chère, mais en même temps, vous en démasquez les hypocrisies et les secrets. C'est donc à la fois une connaissance intérieure et un regard extérieur ?

Oui, c'est ce qui me démarque toujours : je me sens toujours dedans et dehors...

Jens, le personnage principal de Gutland, interprété par Frederick Lau, c'est cet « Autre », un homme introverti et farouche, qui, à la recherche de boulot, débarque dans ce petit village où on travaille sur les champs et se retrouve le soir pour manger ensemble ou faire la fête. Il deviendra le révélateur de leurs secrets.

C'est la figure archi-classique de l'étranger qui débarque dans une ville de cowboys dans un western ou du monstre dans un film d'horreur. Jens est effectivement l'agent extérieur qui provoque une réaction dans cet organisme qu'est la communauté villageoise et le film raconte les réactions de cet organisme face à cet agent : il y en a eu d'autres, avant lui, qui ont été rejetés, alors que Jens, lui, sera assimilé. Il ne peut l'être que parce qu'il accepte de jouer le jeu. Parce que Jens représente aussi la liberté, qu'il imagine sur une île lointaine, et il a fait un casse pour pouvoir se payer cette liberté-là. Mais peut-être que sa liberté sera finalement de pouvoir arrêter sa course, de se laisser tomber dans un lit dressé pour lui. En s'y adonnant, il fait probablement le choix le plus rusé.

Plus qu'une histoire policière ou un thriller, Gutland est à mes yeux un film sur l'assimilation, sur la capacité de la petite communauté homogène qu'est le Luxembourg, d'intégrer les immigrés tellement bien qu'à la longue, ils font pleinement partie de cet idéal de société, que les Portugais des années 1970 ou les Syriens d'aujourd'hui rêvent eux aussi de points Cactus, de BMW et de grill Weber. Mais ce qui arrive à Jens, cet abandon de sa propre personnalité – les cheveux longs, la veste en cuir, la dégaine de rocker – pour devenir le gendre idéal dans l'uniforme de la fanfare municipale, peut aussi être anxiogène...

...peut-être. Mais il était seul et se retrouve dans une famille avec femme et enfant. Soudain il peut apprécier de ne plus devoir faire de choix, de ne plus devoir prendre de décisions, de simplement se laisser aller.

Parlons des acteurs : Dans Gutland, il y a Frederik Lau, star allemande, Vicky Krieps, désormais star internationale, et Marco Lorenzini, star luxembourgeoise, mais pour le reste, surtout des acteurs amateurs... Pourquoi cette décision et comment les avez-vous choisis et dirigés ?

J'avais déjà l'habitude de travailler avec des acteurs non-professionnels, parce que tous mes courts-métrages, je les ai faits avec des non-professionnels. À l'époque, c'était une nécessité, puisque je voulais des adolescents et qu'il n'y a tout simplement pas d'acteurs professionnels de cet âge-là au grand-duché. Alors j'ai fait mon casting dans la rue et dans les maisons de jeunes – et j'y ai pris plaisir. Je suis persuadé que tout le monde est acteur et qu'il peut jouer un rôle bien spécifique dans sa vie, au moins un. Ce qui m'intéresse dans le processus de la direction d'acteurs

en général est que l'on cherche la personne idéale pour incarner un personnage, puis on lui écrit son rôle sur mesure, mais ce qui en sort au final, la rencontre entre cet humain et ce rôle, sera une troisième chose, tout à fait différente. C'est à la fois contrôlable et incontrôlable, comme l'est la vie.

Le problème au Luxembourg est qu'il y a d'excellents acteurs professionnels ici, et j'étais très content de pouvoir enfin travailler avec Marco Lorenzini, mais il n'y en a pas beaucoup. En tout cas pas assez pour certaines figures qu'on cherche. C'est pour cela que j'ai dû recruter des non-professionnels. Après, la difficulté a été de combiner ces deux mondes, de les faire se rencontrer au milieu, entre professionnalisme et spontanéité. Avec Vicky Krieps, qui joue Lucy, la maîtresse de Jens, et Frederick Lau, notre manière de travailler m'a surpris : nous avons passé cinq ou six rencontres préliminaires à faire connaissance, à établir la confiance, pour que, une fois sur le set, tout aille comme sur des roulettes. Avec les non-professionnels, il fallait parfois enchaîner de nombreuses prises. Mais j'aime cette méthode du *trial & error*.

Vicky Krieps, qui est parfaite en Lucy, entre candeur et désillusion, est une de vos amies de jeunesse, vous avez commencé à faire des films ensemble, et aujourd'hui, elle travaille pour de grandes productions comme le récent Phantom Thread de Paul Thomas Anderson. Est-ce que vos rapports ont changé après son succès ?

Pas du tout ! Avec Vicky, on a fait connaissance lors du concert des Deep Purple place Guillaume : nous nous ennuyions et sommes allés boire un coup avec nos potes. Elle venait du milieu de la Jec, de la jeunesse étudiante chrétienne, où se retrouvaient beaucoup de mordus de théâtre et de cinéma. Nous nous sommes immédiatement si bien entendus que dès le lendemain, nous avons tourné un film ensemble. À l'époque, elle était plutôt derrière que devant la caméra, elle jouait juste quand il manquait une actrice. Mais il était évident dès cette époque-là quelle était extraordinaire, quelle avait quelque chose de hors du commun. Nous n'avons jamais perdu contact et c'était très chouette de travailler avec elle et Frederick Lau sur ce film : ils se connaissaient et sont dans la même agence, mais c'était la première fois qu'ils tournaient ensemble. Frederick était, je crois, aussi très satisfait du rôle, parce qu'il voulait toujours tourner à l'étranger et dans des films moins normés.

La nature, majestueuse et immuable, joue un rôle important dans Gutland : elle est filmée avec beaucoup de sens du rythme, de la lumière et des détails, comme le changement de saisons, par votre frère, le chef opérateur, Narayan Van Maele. C'est comme si elle était davantage que le cadre, un personnage à part entière.

Elle est essentielle, parce qu'elle constitue la base de ce monde que nous voulions montrer – et qui est celui de notre enfance dans ce *Gutland*. Donc ce n'est pas tout à fait un Luxembourg contemporain, mais plutôt d'il y a vingt ou trente ans. Je voulais reconstituer les couleurs et les ambiances de cette enfance rurale, les journées passées sur le tracteur du voisin ou à aider à la moisson. Ce sont des bribes de souvenirs très intenses qui me reviennent comme ça à chaque fois que je retrouve le Luxembourg après avoir été absent quelque temps. Narayan a sû développé cette ambiance unique grâce à la pellicule en 35 millimètres, une ambiance entre bonheur et angoisses – que connaissent tous les enfants en découvrant les premiers indicateurs que le monde des adultes est aussi violent et dissonant. Je suis super-content que j'aie encore appris cela avant la révolution numérique : travailler sur pellicule !

Vous venez de la scène libre pour ainsi dire, avez monté le blog Filmreakter avec Bernard Michaux, aujourd'hui producteur chez Samsa, et, en tant que réalisateur, vous êtes autodidacte. Qu'est-ce que ce parcours a eu comme influence sur votre manière de faire des films, par rapport, par exemple, à ceux qui font des écoles de cinéma avant de se lancer dans le métier ?

J'ai commencé à faire des films au lycée, avec des copains, parce que nous avions une caméra à la maison, c'était de la Vidéo 8. Puis, quand j'avais treize

« Toute ma vie s'est déroulée dans cette tension entre communauté et manque de communauté. Je suppose que ce sentiment d'appartenance me manque, quelque part. » Govinda Van Maele

ou quatorze ans est venu la mini DV, et vers mes 17 ans, on a pu monter des films sur son PC – c'était une révolution. C'est comme ça que Jeff Desom a pu faire son *Plotspoiler* : seul sur son ordinateur à la maison. Depuis cette révolution numérique, la plupart des gens qui font des films aujourd'hui sont autodidactes.

Pour moi, faire des films était une manière de quitter le carcan de l'école, où quelqu'un me disait, du haut de son pupitre, ce que je devais faire. Le cinéma était ma vraie passion, je devorais les films, surtout les films de genre. En fait, j'ai appris les mêmes choses en les pratiquant sur le terrain que mes collègues qui faisaient une école de cinéma en théorie. J'adore apprendre en essayant et en me trompant. Je peux donc parler de chance que j'aie fait la connaissance de Pol Cruchten juste au bon moment : il m'a fait travailler dans sa société, Red Lion, et m'a ainsi évité de m'ennuyer plus longtemps encore sur les bancs d'école. C'est lui qui m'a épargné l'école de cinéma !

Quand vous étiez jeune réalisateur, vous vous méfiez de l'argent dans ce milieu : vous trouviez qu'on devait aussi savoir faire des courts-métrages avec moins que les 120 000 euros alors érigés en norme et vous avez même tourné En Dag am Fräien sans demander d'aide au Film Fund... Est-ce que votre position a évolué, parce que ce film a coûté trois millions d'euros et que vous l'avez produit avec votre propre boîte de production, Les Films Fauves ?

Pas du tout ! Ma conviction est toujours la même : on doit aussi pouvoir faire des films avec des budgets plus modestes. Surtout pour les premiers courts-métrages : devoir trouver le moindre centime et tourner avec 15 000 euros en tout implique un autre engagement pour le film que si on reçoit automatiquement de l'argent public. Je dois dire que la politique des généreux subsides a des conséquences néfastes, comme de s'installer dans une certaine torpeur, une commodité. Où trouve-t-on encore la rage et l'énergie si tout le financement est garanti d'office ? Il est important qu'on doive se battre contre quelque chose pour avancer, de monter des pentes pour développer ses muscles.

Certes, *Gutland* a coûté trois millions d'euros [dont deux provenant du Film Fund, ndlr.]. Mais ce n'est pas excessif pour un film européen, bien qu'il y ait aussi des premiers films qui ont été montés avec moins d'argent. Mais on peut dire que c'est plutôt dans la norme. Ceci dit, et n'importe quel réalisateur vous le dira, même s'il fait un film à vingt millions : une fois sur le tournage, l'argent ne suffit jamais vraiment (il sourit).

Les Films Fauves, nous les avons lancés avec Jean-Louis Schuller et Gilles Chanial, parce que cela nous facilite la production de nos propres films, mais aussi de ceux de nos potes : c'est chouette de pouvoir aider à développer et d'accompagner des films de gens que nous apprécions et dont nous aimons bien les idées. Parce qu'on peut difficilement tourner un film par an. Cela fait plusieurs mois que j'écris mon prochain scénario... C'est toujours long.



Govinda Van Maele mercredi, dans les bureaux de sa société de production Les Films Fauves, au 1535 à Differdange

Le premier long-métrage de fiction de Govinda Van Maele, *Gutland*, est acclamé parce qu'il raconte l'histoire universelle de la quête de la liberté dans un contexte local très marqué

Roumanie

La bataille pour la justice



Liviu Dragnea, chef du Parti social-démocrate

Mirel Bran, Bucarest

À 36 ans, condamné en Roumanie pour chantage et tentative d'homicide, il vit tranquillement en Grande-Bretagne où il s'est enfui en 2016 après sa condamnation. Adrian Preda est une petite vedette des milieux interlopes. Membre du « Clan des sportifs », une bande de hooligans passionnés de football et adeptes de toutes sortes de violences, il a trouvé refuge à Londres où la police roumaine a fait une demande d'extradition. Mais ce chef de clan n'est pas prêt à se rendre. Il a décidé d'entamer un procès contre l'État roumain et accuse les autorités de son pays d'origine de ne pas lui assurer des conditions d'emprisonnement décentes. « You are free to go ! » (Vous êtes libre de partir), lui a répondu le juge britannique Robin Mc Phee le 6 avril après avoir écouté le gangster roumain. Cerise sur le gâteau : Adrian Preda a demandé le remboursement de 56 livres sterling, le prix des tickets de parking de sa BMW garée à proximité du tribunal. Et il les a obtenues.

L'argument fort de sa défense a été le discours du ministre roumain de la Justice, Tudorel Toader qui critique l'état misérable des prisons de son pays. « Les prisons roumaines sont surchargées, a déclaré celui-ci en janvier dernier. Je ne crois pas que ce soit

le résultat d'une hausse du nombre d'infractions. La cause de ce phénomène est plutôt une législation pénale incohérente. » Le ministre roumain a un plan : une amnistie massive des détenus qui ont été condamnés depuis 2013. Pourquoi 2013 ? C'est l'année où le Parti social-démocrate allié aux libéraux démocrates a pris le pouvoir. Depuis, des milliers de maires, fonctionnaires publics, députés, sénateurs et autres personnalités politiques, en majorité issus des partis de gouvernement, ont été victimes d'une opération mains propres menée par le Parquet national anticorruption.

Une amnistie pour cause de mauvaises conditions carcérales tomberait bien pour les hommes politiques condamnés pour corruption. Le ministre de la Justice prévoit aussi un petit cadeau en guise de dédommagement pour les années noires passées en prison : le paiement d'environ six euros par jour de détention. Un pactole dans un pays où le salaire minimum est de 400 euros. Cette idée a provoqué l'ire du syndicat des gardiens de prisons. « Si l'État roumain veut payer les voleurs, les corrompus et les criminels, il pourrait peut-être aussi payer des dédommagements aux victimes de ces derniers qui ont subi les conséquences de leurs gestes criminels », affirme le communiqué de ce syndicat.

Le débat autour des prisons roumaines s'inscrit dans une réforme du Code pénal qui devrait mettre fin à la campagne anticorruption menée par les procureurs

Le débat autour des prisons s'inscrit dans une réforme du Code pénal qui devrait mettre fin à la campagne anticorruption menée par les procureurs. Les sociaux-démocrates veulent à tout prix sauver la peau de leur chef, Liviu Dragnea, qui ne peut devenir Premier ministre en raison d'une condamnation pénale à deux ans de prison avec sursis pour fraude électorale. Les amendements au Code pénal dans le cadre de cette réforme devraient blanchir son casier judiciaire, et tout prétexte est bon pour arrêter la campagne anticorruption.

En février 2017, en prétextant une réforme de la justice, le gouvernement de l'époque tente de modifier la loi pénale pour blanchir le casier judiciaire de Liviu Dragnea et lui permettre ainsi d'accéder à la fonction de Premier ministre. C'était sans compter avec la réaction de la rue. Des centaines de milliers de Roumains sont sortis manifester contre cette attaque de la classe politique contre les procureurs. Les manifestations ont conduit à la démission du ministre de la Justice Florin Iordache, mais les sociaux-démocrates n'ont pas abandonné leur plan.

En novembre 2017 la direction du Parti social-démocrate (PSD) a annoncé une autre réforme du système judiciaire afin d'endiguer le pouvoir des magistrats. « Nous avons affaire à un État parallèle et illégitime qui essaie de prendre le contrôle du pouvoir politique, pouvait-on lire dans le communiqué du parti, qui est une véritable déclaration de guerre contre les magistrats et le président libéral Klaus Iohannis. Les représentants de cet État parallèle veulent contrôler le pouvoir politique et judiciaire. Il s'agit d'un danger dont le président, par son inaction, se fait le complice. » Selon les députés majoritaires, le soi-disant « État parallèle » se compose de tous ceux qui ne partagent pas leur avis : les procureurs, les juges, les services de renseignements, l'opposition libérale et le chef de l'État lui-même. « C'est une mauvaise blague, a déclaré Klaus Iohannis. Il n'y a pas d'État parallèle, mais des gens qui veulent accaparer le pouvoir et qui jouent aux victimes. »

Malgré les mises en garde de la Commission européenne et l'opposition du président Iohannis le gouvernement de Bucarest compte toujours diminuer le pouvoir des procureurs et des magistrats. Cette situation a mis en alerte les institutions européennes. Le 10 avril, le Greco (Groupe d'États contre la corruption), attaché au Conseil de l'Europe, a publié un rapport très critique sur les réformes de la justice débattues par le parlement roumain. Les mauvaises conditions de détention sont prises comme prétexte pour sauver la peau d'un certain nombre d'hommes politiques. Les milieux interlopes en profitent eux aussi. À Londres, le délinquant Adrian Preda l'a bien compris, et d'autres risquent de suivre son exemple.

Die deutschen Sozialdemokraten sind zerrissen

Die nächste Rettung

Martin Theobald, Berlin

Heiliger Martin, heilige Andrea. Die Litanei aller Heiligen der deutschen Sozialdemokratie ist lang – und kennt viele Namen. Nun ist es die Heilige Andrea, zu der alle Bitt- und Stoßgebete der Genossinnen und Genossen aufsteigen. Möge sie die älteste Partei Deutschlands wieder zu Glanz und Glorie führen, sie einen und vor der Bedeutungslosigkeit erretten. Geholfen hat all das Flehen indes nichts, denn die SPD, der Andreas Nahles nun vorsteht, strafte ihre neue Parteivorsitzende zugleich bei ihrer Wahl ab. Nur zwei Drittel der Delegierten des Wiesbadener Parteitags vom vergangenen Wochenende stimmten für Nahles. Ein Debakel. Nachdem Martin Schulz vor Jahresfrist mit hundert Prozent ins oberste Parteiamt gehievt wurde. Obwohl: gewählt – ist gewählt. Doch anstatt die Rheinland-Pfälzerin mit einem starken Mandat für die Erneuerung der Partei auszustatten, zeigt die deutsche Sozialdemokratie wieder einmal ihre Zerrissenheit.

In ihrer Bewerbungsrede machte Nahles deutlich, was Erneuerung der Partei unter ihr als Vorsitzenden bedeutet. Dabei fällt vor allen Dingen auf, dass sie keinerlei Zugeständnisse an die Kritiker der Großen Koalition oder Hartz-IV-Skeptiker macht. Vielmehr dürfe die SPD nicht als zwei Parteien auftreten, mahnt sie, einmal als Regierungspartei und einmal als Regierungskritikerin. Gerne sei sie dazu bereit, den Sozialstaat zu reformieren, mehr Bürgernähe zu

schaffen, ihn weniger bürokratisch und gerechter zu gestalten. Aber: „Wenn wir Hartz IV abschaffen und die Agenda 2010 abwickeln, haben wir noch keine Frage beantwortet.“ Zwischenrufe lassen sie unbeeindruckt, sie will über die Zukunft, nicht über die Vergangenheit reden: „Lasst uns die Debatte mit Blick auf das Jahr 2020 führen und nicht auf das Jahr 2010.“

Was es mit Andrea Nahles nicht geben wird, machte ihre Herausforderin um den Parteivorsitz, Simone Lange, in ihrer Bewerbungsrede deutlich: Der Zustand der Sozialdemokratie sei leider ein anderer, als die Menschen es von der Volkspartei erwarteten. „Uns fehlt es an Teamspiel, an Offenheit und Glaubwürdigkeit.“ Den Namen der Kontrahentin erwähnt Lange dabei nicht. Doch die Parteitagsdelegierten wissen, dass diese drei Tugenden mit der erfahrenen Bundespolitikerin Nahles nicht zu haben sind. Und so wird es ein vager Blick in die Zukunft sein, ein Kaffeesatzlesen darüber, wie Nahles ihre Partei nun auf die Herausforderungen des gesellschaftlichen und politischen Wandels in Deutschland und Europa vorbereiten wird, welche Themen sie als sozialdemokratischen Kern definieren und ausgestalten wird. Die SPD hat wie keine andere Partei in den vergangenen Monaten eine hohe Zahl an Neumitgliedern gewonnen, die vor allen Dingen in die Partei eingetreten sind, um nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die Politik zu verändern – in einem nicht radikalen, populistischen oder ex-

tremistischen Weg. Die Hoffnungen dieser werden nun wohl den Machterhaltungsmechanismen der Parteispitze hintenanstehen müssen. Dafür war der Weg von Andreas Nahles durch die Parteinstanzen zu lang und zu steinig, als dass sie nun mit der vagen Aussicht auf Erneuerung alle ihre persönlichen Ambitionen hintenanstellen wird. 30 Jahre ist sie Mitglied der Partei, war Generalsekretärin, Bundesarbeitsministerin, Juso-Vorsitzende, gründete einen Ortsverein und war immer zu Stelle, wenn die Parteidisziplin es verlangte.

So zwiespalten die Partei ist, so zwiespältig fällt auch das Urteil über Nahles aus: Die SPD solle froh sein, nach einem desolaten Wahlergebnis bei der Bundestagswahl im vergangenen September „noch

eine Frau in petto zu haben, deren ganzes politisches Leben Vorbereitung auf diese große Aufgabe war“, kommentiert etwa Christoph Schwennicke in der Zeitschrift *Cicero*. Ganz nebenbei sei sie auch im Urteil von Unionspolitikern eine der stärksten Ministerinnen im vorigen Kabinett Merkel gewesen. „Aber die SPD hat eine suizidale Loser-Lust. Sie schießt ihrer neuen Vorsitzenden schon zum Start in die Beine. Und das zu einer Zeit, in der der Autoritätsverlust von Angela Merkel in den Unions-Reihen jeden Tag mehr mit Händen zu greifen ist.“ Doch die Rolle als derjenigen, die Bundeskanzlerin Merkel herausfordert, hat Andreas Nahles in ihrer Wiesbadener Rede selbst abgelehnt. Sie sieht sich – ähnlich wie Sigmar Gabriel, einer ihrer Vorgänger als SPD-Vorsitzender – an den Koalitionseid gebunden. Auch im Namen

der Partei. Diese hat aus Mangel aus Alternativen den ersten Schritt in die oft geforderte Erneuerung verpasst und setzt auf: „Weiter so!“

Manch eine Genossin und manch ein Genosse sehnt sich nach Martin Schulz zurück. „Der war zu aufrecht, zu weich, zu unsicher, aber gerade deshalb“, schreibt ein Parteimitglied auf *Facebook*. Und weiter: „Ansonsten weiß ich derzeit auch nicht weiter. Es gibt eine Menge toller Leute in dieser Partei, aber seit der Agenda 2010, als sich die Partei getraut hat (oder war es da auch schon Angst), das Falsche durchzudrücken, gibt es keinen Plan mehr, was man eigentlich will.“ Dabei lägen die Themen auf der Straße. „Opposition statt Machtinstinkt und Machterhalt wäre besser gewesen.“ Er bekommt viele Likes.

Plus de recul

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

Nur zwei Drittel der Delegierten des Wiesbadener SPD-Parteitags vom vergangenen Wochenende stimmten für die neue Parteichefin Andrea Nahles

.....

2,5

ticker

.....

Weiter bemühen



Die Minister für Wirtschaft und Arbeit, Etienne Schneider und Nicolas Schmit, (beide LSAP) sowie der Düdelinger Bürgermeister Dan Biancalana (LSAP), trafen sich diese Woche zu einem Gipfel mit den Spitzen von OGBL und LCGB, um ihr weiteres Vorgehen zum Erhalt der Düdelinger Galvanisierungs- werke innerhalb der Arcelor-Mittal- Gruppe zu besprechen. Nachdem Schneider und Biancalana (mit Unterstützung von Claude Wiseler) bereits schriftlich bei EU-Kommis- sionspräsident Jean-Claude Juncker und der zuständigen Wettbewerbskom- missarin Margrethe Vestager protestiert hatten, haben die Gewerkschaften über ihren europäischen Verband Industriall ebenfalls ein Protestschreiben an Vestager gerichtet. Darin wehren sie sich gegen die ihm Rahmen der geplanten Übernahme des italienischen Stahlwerks Ilva durch Arcelor-Mittal von ihr verordneten Veräußerungen in Europa. Sie haben außerdem um ein Treffen mit der Kommissarin gebeten, das möglicherweise nächste Woche stattfinden solle, so Jean-Claude Bernardini vom OGBL.

Die EU-Kommission soll am 23. Mai entscheiden, ob sie die Liste akzeptiert, die Arcelor-Mittal nach monatelangen Verhandlungen vorgelegt hat und auf der die Werke stehen, die der Konzern veräußern soll, damit seine Marktposi- tion durch die Übernahme von Ilva nicht wettbewerbsschädigend stark wird.

Die Gewerkschaften stimmen mit Etienne Schneider überein, dass das europäische Kartellrecht überholt ist und kritisieren, dass die Gewerkschaften keinen Einblick die Prozedur haben. Daher könne man beispielsweise nicht nachvollziehen, welche Berechnungsme- thode die Kommission benutze, um zu ermitteln, dass der Marktanteil von Arcelor-Mittal in den verschiedenen Produktsegmenten jenseits der nach

dem Wettbewerbsrecht zulässigen Grenzwerte liege. Das Ilva-Werk stelle nur Flachstahl her, auf der Liste der Werke, die abgestoßen werden sollen, seien aber auch Produktionslinien aus anderen Sparten zu finden, und dass darauf ein Werk in Mazedonien als Teil des EU-Marktes anerkannt wird, können Gewerkschaftsverteter ebenfalls nicht verstehen.

Der Einsatz von Gewerkschaften und Regierung erweckt ein wenig den Eindruck, als ob sie für Arcelor-Mittal die Lobbyarbeit in Brüssel erledigen, damit der Konzern ungehemmt größer werden kann. Jean-Claude Bernardini aber auch darauf hin, dass sich hinter der von Arcelor-Mittal vorgelegten Liste ein gut getarnter Rationalisie- rungsplan verstecken könnte. Die Werke auf der Liste entsprechen einer Jahresproduktion von sieben Millionen Tonnen, die zwischen 12 000 und 13 000 Mitarbeiter beschäftigen. Ilva beschäftigt 14 000 Mitarbeiter und soll nach Investitionen in Höhe von 2,4 Milliarden Euro in das Werk – 1,15 Milliarden in Umweltmaßnahmen und 1,25 in die Produktionskapazität - 9,5 Millionen Tonnen jährlich produzieren. Der Konzern plant, den Personalbe- stand auf 10 000 zu reduzieren.

Im Düdelinger Werk, sagt Jean-Clau- de Bernardini, seien in den vergange- nen drei Jahren nur Wartungsarbeiten durchgeführt aber keine größeren Investitionen vorgenommen worden. Das Werk ist in die Unternehmens- sparte Arcelor-Mittal Atlantique Lorraine integriert. Die Bleche, die in Düdelingen verzinkt werden, werden aus Florange angeliefert und von dort an die Endkunden verkauft. Vergange- nen Sommer hatte Arcelor-Mittal angekündigt, 67 Millionen Euro in eine neue Galvanisationslinie mit einer Kapazität von 600 000 Tonnen jährlich in Florange zu investieren. Werde das Werk als einzelne Einheit verkauft, werde sich die momentane- gute Wettbewerbsposition verschlech- tern, befürchtet Jean-Claude Bernar- dini. Belgische Medien berichteten bereits vergangene Woche, die drittgrößte russische Stahl-Gruppe NLMK interessiere sich nicht nur für die zum Verkauf angebotenen Werke in Lüttich, sondern auch für Düdelin- gen. Da eines dieser Werke die kalt gewalzten Bleche produziert, wie sie

in Düdelingen verzinkt werden, „wäre das nicht unbedingt eine schlechte Lösung“, sagt Jean-Claude Bernardini. Eine Bestätigung für das Interesse von NLMK steht aber bisher aus und bevor die EU-Kommission am 23. Mai ihre Entscheidung über die Liste nicht getroffen hat, steht ohnehin nichts zum Verkauf. NLMK ist in Belgien keine unbekannte Firma. Sie besitzt bereits Werke in La Louvière, Clabecq, Manage sowie im französischen Straßburg. Die wallonische Förderge- sellschaft Sogepa hat 2015 in die belgische Filiale von NLMK investiert und besitzt daran einen Anteil von 49 Prozent. ms

Alle Erwartungen übertroffen

Cargolux hat vergangenes Jahr einen Umsatz von 2,264 Milliarden Dollar und einen Gewinn von 122,3 Millionen US-Dollar gemacht; das entspricht dem besten Ergebnis seit Jahren. Vergange- nes Jahr sei überhaupt ein Rekordjahr gewesen, so die Cargolux-Verantwortli- chen am Mittwoch, sowohl was den Umsatz betrifft, als auch das transport- ierte Frachtvolumen von 1,067 Millio- nen Tonnen. Cargolux konnte seinen Marktanteil am internationalen Frachtfluggeschäft auf vier Prozent steigern. Die guten Ergebnisse seien der starken Nachfrage geschuldet. Die Geschäftsentwicklung mit China und im Besonderen mit Zhengzhou habe alle Erwartungen übertroffen. Die Gesellschaft habe vergangenes Jahr 251 000 ab und nach China transportiert, davon allein 147 000 ab oder nach Zhengzhou, der Provinzhauptstadt Henan und Heimat der Cargolux-Akti- onäre HNCA. In einer Mitteilung wurden die guten Resultate auch der Umsetzung der vergangenen Jahr angenommen neuen Strategie 2025 zugeschrieben. Welche Rolle die vergleichsweise niedrigen Kerosinpreise gespielt haben, wird darin nicht erläutert. ms



Frauen und Kinder zuerst

Fast scheint es, als bereiteten sich verschiedene Mitarbeiter sich im Wirtschaftsministerium auf einen Regierungswechsel vor. Sascha Baillie, erste Regierungsrätin und beigeordnete Kabinettschefin, die aus dem Außenmi- nisterium in Wirtschaftsministerium gewechselt war, übernimmt künftig die Leitung der Förderagentur Luxinnova- tion. Ihre zuständige Mitarbeiterin für das Nation Branding, Tania Berchem, soll ihrerseits zum Luxembourg Trade and Investment Office in Taipeh wechseln. Berchem war aus dem staatlichen Pressedienst ins Wirt- schaftsministerium gekommen. Ob es diplomatischen Dienst niemand mit China-Kenntnissen gab, der sich für den Posten interessiert hat? ms

Ein, zwei, drei Räte

Der Regierungsrat hat am Mittwoch beschlossen, einen Produktivitätsrat zu gründen. Damit leistet die Regierung einem Beschluss des EU-Rates von 2016 Folge, der die Gründung solcher Gremien in den Eurostaaten empfohlen hatte, um die Wirtschaftspolitik in der Eurozone besser koordinieren zu können. Der Empfehlung zufolge sollen die Gremien unabhängig von den staatlichen Institutionen funktionieren. „Productivity boards should be objective, neutral and fully independent regarding analysis and content. They may consult relevant stakeholders, but should not convey only or mainly the opinions and the interests of a particu- lar group of stakeholders“, heißt es in der Empfehlung des Rates von 2016. In Luxemburg will man sich zur Grün- dung auf das Observatorium für die Wettbewerbsfähigkeit und das Statec stützen, die beide vom Wirtschaftsmi- nisterium abhängen, sowie auf den Wirtschafts- und Sozialrat. Wie produktiv es ist, ein weiteres Gremium zu schaffen, in dem sich die Sozialpart- ner widersprechen können, wenn es um die Messung der Produktivität in der Luxemburger Wirtschaft geht, bleibt abzuwarten. ms

Héritage tax free

« Les droits de succession constituent l'un des derniers, sinon le dernier sujet de politique fiscale opposant tradition- nellement les partis de gauche et de

Prozent Arbeitslose weniger über ein Jahr gesehen, meldete die Adem nach dem Konjunkturkomitee. Im März habe die Arbeitslosenrate 5,7 Pro- zent betragen. Vom Rückgang der Arbeitslosigkeit würden vor allem junge Arbeitnehmer unter 30 Jahren profitieren und wenig Qualifizierte. Dass die Arbeitslosenrate seit 2015 siinkt, führt die BCL in ihrem neuesten *Bulletin* aber eher darauf zurück, dass immer mehr Leute einfach überhaupt nicht mehr am Arbeitsmarkt teilnehmen und demnach in den Statistiken weder als beschäftigt noch als arbeitslos gelten. Denn die Bevölkerung im er- werbsfähigen Alter wächst schneller als die Beschäftigung. Eine Tendenz, die angesichts der wirtschaftlich motivierten Immigration überraschen könne und die Frage aufwerfe, ob der Rückgang der Arbeitslosigkeit einer tatsächlichen Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt zu verdanken sei oder einem „statistischen Artefakt“ (Seite 62). Die BCL weist außerdem auf statistische Diskrepanzen bei der Ermittlung der Beschäftigungsquote hin. Basiere man sich bei der Berechnung auf die Daten von Adem und IGGS, habe die Beschäftigungsrate 2016 bei 61,8 Prozent gelegen, also weit unter dem im Rahmen der EU2020-Strategie gesetzten nationalen Ziel von 73 Prozent. Aber wenn die Regierung mit dem nationalen Reform- programm Meldung nach Brüssel mache, stütze sich darauf die Beschäfti- gungsquote, die aus der Umfrage *Enquête sur les forces de travail* ermittelt wird und die lag zum Beispiel für 2016 mit 65,6 Prozent wesentlich höher als sich dies aus den Daten von Adem und IGSS ergab. ms

droite », expliquait Alain Steichen en 2008 devant l'Institut grand-ducal – Section des sciences morales et politiques. Sauf qu'au Luxembourg, le sujet peine à réveiller les passions de part et d'autre. C'est ce qu'illustre l'échec de la pétition demandant l'abolition totale de l'impôt sur la succession. Clôturée cette semaine, la pétition n'avait recueilli que 136 signatures. L'argumentaire du pétitionnaire : « Eigentum kann nur dadurch entste- hen, dass man auf Konsum verzichtet und Teile des versteuerten Einkom- mens spart. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer ist damit also eine Strafsteuer für Nicht-Konsum. Genau damit untergräbt sie die eigenveran- wortliche Vorsorge von Familien für ihre Nachkommenschaft. » Il faut dire qu'au Luxembourg, l'héritage en ligne directe (et entre époux) est totalement *tax free*. Restent les héritages en ligne indirecte : en 2015, l'État percevait 70,78 millions d'euros en droits de succession, soit 0,5 pour cent de l'ensemble des recettes budgétaires. bt

13 milliards d'euros

Le ministère des Finances irlandais annonce cette semaine qu'Apple versera treize milliards d'euros sur un compte bloqué d'ici la fin du troisième tri- mestre. En attendant le résultat de l'appel devant la Cour de Justice de l'Union européenne, l'argent sera géré par des « asset managers » afin de garantir un retour financier au groupe californien. Dans une affaire similaire, le Luxembourg doit encaisser 250 millions d'arriérés d'impôts de la part d'Amazon.Face au Land, le ministère des Finances confirme que la récupéra- tion des fonds a bien progressé au premier trimestre de cette année. bt

La KBL et l'apartheid

Ce mercredi et jeudi, la branche sud-africaine de l'ONG Open Secrets, soutenue dans sa démarche par le Centre for applied legal studies basé à l'Université du Witwatersrand en Afrique du Sud, a déposé une plainte auprès des points de contact nationaux (PCN) belges et luxembourgeois de l'OCDE. L'ONG accuse la Kredietbank belge et sa filiale luxembourgeoise d'avoir facilité « jusqu'à 70 pour cent des transactions illégales d'armes » durant l'apartheid. Via des sociétés

panaméennes et libériennes, la banque aurait aidé le régime sud-africain à contourner l'embargo sur la vente d'armes décrété par l'Onu en 1977. « The conduct of the bank exemplifies impunity among private actors who collaborated with the apartheid regime », écrit Open Secrets dans un communiqué. L'ONG – financée par de grandes fondations et entreprises américaines (Carnegie, Ford, Hewlett, Microsoft) – se donne pour mission de promouvoir la « private sector accoun- tability for economic crime ». Reste que le PCN luxembourgeois, qui dépend du ministère de l'Économie et est chargé de la promotion des « principes directeurs de l'OCDE à l'intention des multinationales », ne dispose d'aucun pouvoir coercitif ; son rôle est celui d'intermédiaire entre société civile et entreprises transnationales soucieuses de leur réputation. La plainte d'Open Secrets est inhabituelle, car traitant le passé. Mais elle pourrait relancer le débat sur certains aspects déplaisants de l'histoire de la place financière. bt





Le président de l'OGBL, André Roeltgen ; portrait de John Castegnaro, un de ses prédécesseurs ; meeting syndical

Qui a peur de l'OGBL ?

Bernard Thomas

Poids Ce jeudi soir, lors de son discours en amont du 1^{er} mai, le président de l'OGBL, André Roeltgen, faisait le récit de la bataille héroïque menée contre les modulations de l'index entre 2006 et 2013. L'ennemi désigné : Jean-Claude Juncker et « le gouvernement mené par le CSV » – le partenaire de coalition socialiste était pudiquement passé sous silence. « Huit ans durant », l'OGBL aurait résisté contre les « revendications populistes » et les « attaques ». La longue excursion historique de Roeltgen sonnait comme une justification a posteriori de l'appel lancé en 2013 par son prédécesseur Jean-Claude Reding « à ne pas voter CSV ». Celui-ci avait enfreint la règle qui veut que l'OGBL maintienne au moins l'apparence d'une indépendance politique inscrite en 1979 jusque dans son nom. Reding revendique-t-il une part de paternité du gouvernement Bettel/Schneider/Braz ? « Je ne sais pas, répond-il. Peut-être que le CSV a reçu quelques votes en moins, mais je n'exagérerai pas notre rôle dans le résultat du vote. » Reding avoue s'être depuis posé la question « s'il était opportun d'accentuer notre position ou non ».

La précédente coalition sociale-libérale – celle de 1974 – avait été préparée par la grève générale du 9 octobre 1973. Le tout dans un contexte de « gauchisation » des sociétés européennes au lendemain de mai 68. À l'époque, le LAV exigeait l'abolition du Srel et la nationalisation des logements locatifs ; le LSAP la « demokratische Mitbestimmung über Produktion und Verwaltung ». En 2013, par contre, l'OGBL était sur la défensive, assagi par des décennies de syndicalisme assis et de grèves toujours annulées (1990, 1992, 2000).

« L'OGBL ne vote pas pour un certain parti, il s'exprime en amont des élections », telle est la formule alambiquée qu'emploie Roeltgen cette semaine dans une interview au *Tageblatt*. L'OGBL enverra un catalogue de revendications aux partis en lice et se réservera le droit de « réagir » et de « se positionner ». Dans son discours de jeudi, Roeltgen livrait la *checklist*. À commencer par une augmentation du salaire minimum de dix pour cent. Notant que le LSAP et Déi Lénk soutenaient une telle augmentation et que le CSV « a envoyé des signaux positifs », il appelait le DP et les Verts à « Faarw bekenen » en déposant un projet de loi. Roeltgen tirait une autre « ligne rouge », menaçant indirectement le CSV : « L'OGBL se prononcera ouvertement contre les partis qui soit ne disent rien de concret à

ce sujet, soit se prononcent pour une dégradation de notre système de retraite. »

Pour attester de son efficacité et de son implication dans les dossiers sociaux, l'OGBL est condamné de vendre des victoires à ses cotisants. En distribuant quelques bonnes notes au gouvernement (la convention collective dans le secteur de la santé, le réaménagement du congé parental ou encore la réforme fiscale), l'OGBL se revalorisait également lui-même. Alors qu'en 2013, la consigne explicite était de « ne pas voter CSV », le message implicite en 2018 semble être de « ne pas voter LSAP » ; ce qui revient grosso modo à la même chose.

Mais « le syndicat numéro 1 au Luxembourg » fait-il encore peur aux responsables politiques ? Son poids électoral s'est amenuisé. Il y a quatre ans, au dernier congrès du syndicat, Jean-Claude Reding avait tiré un portrait statistique des 70 891 membres : 44 pour cent des frontaliers, vingt pour cent des résidents étrangers et 36 pour cent des Luxembourgeois. Seulement 25 000 adhérents disposent donc du droit de vote (contre 30 000 membres de la CGFP) ; et ils ne suivent pas forcément les consignes politiques du bureau exécutif. Le résultat du référendum de 2015 est venu le rappeler. Très tôt, le cénacle dirigeant avait compris que c'était perdu d'avance. Refusant de s'embarquer dans une mission suicide, André Roeltgen réduisait ses interventions publiques au strict minimum syndical. Dans les jours qui suivaient le dimanche 7 juin, il restait injoignable pour la presse.

Organique Jadis « organiques », les liens entre syndicat et parti se sont dissous. Au point que Lucien Lux entrera peut-être dans l'histoire politique comme le dernier apparatchik de l'OGBL à avoir accédé, en 2004, à un poste ministériel. Pour la première fois dans l'histoire de la social-démocratie luxembourgeoise, aucun des cent permanents de l'OGBL ne figure sur les listes socialistes pour les législatives. (Pas plus qu'on ne trouve un ouvrier sur la liste LSAP de la circonscription Sud.) Expliquant vouloir se concentrer sur son mandat de députée, Taina Bofferding a démissionné de l'OGBL en 2016. Elle n'aura pas réussi à se constituer une base au sein du syndicat, alors même qu'elle y était en charge de la section des jeunes. Frank Arndt, député-maire de Wiltz et ancien secrétaire général de l'OGBL pour la région Nord, ne se représentera plus aux prochaines élections, disant vouloir éviter un nouveau cumul des mandats.

Les liens personnels entre les dirigeants socialistes et syndicaux sont, eux aussi, étonnamment faibles. Dan Kersch, ami d'André Roeltgen depuis le temps du Escher Jugendhaus et dont l'épouse vient d'être embauchée par l'OGBL comme « coordinatrice événementielle », est probablement le membre du gouvernement le plus proche du syndicat. Alors qu'au dernier congrès national du LSAP, le président du parti Claude Haagen soulignait l'importance « des relations avec les syndicats et surtout avec l'OGBL », l'aile syndicale est ultra-minoritaire. Son exposante la plus connue, Vera Spautz, est devenue invisible depuis sa cuisante défaite aux communales. Quant aux appels sporadiques des « Lénks-Sozialisten », leur fonction est surtout thérapeutique, un exutoire aux frustrations des militants.

Vinaigre Le président de l'OGBL a une réputation de négociateur coriace, qui n'hésite pas à faire capoter une réunion s'il estime que cela pourra faire avancer sa position à moyen-terme. Mais la colère récente de Roeltgen, qui prenait comme cible le ministre du Travail, Nicolas Schmit, était surprenante. Surtout qu'elle fut déclenchée par ce qui pouvait sembler comme une bagatelle : Le refus de Schmit de passer outre une opposition formelle du Conseil d'État et de laisser la Chambre des salariés (CSL) coopter trois membres non-élus dans sa plénière. Interrogé par le *Land* sur un éventuel refroidissement de ses relations avec le gouvernement, André Roeltgen répond via mail qu'il s'agirait là d'« une supposition » qui aurait été « inventée par d'autres », qui ne le préoccuperait ni lui, ni l'OGBL et sur laquelle il ne désirait pas s'exprimer.

L'OGBL et le LCGB demandaient le droit de nommer trois de leurs permanents à la CSL en en court-circuitant le processus électoral. Ce qui témoigne d'un certain paternalisme bureaucratique : les délégués issus des entreprises devraient être « mieux soutenus ». Actuellement, aux élections sociales, les salariés de l'OGBL ou du LCGB doivent se présenter dans le « groupe 5 », une liste fourre-tout incluant « les salariés appartenant au secteur des services ainsi qu'aux autres branches non spécialement dénommées ». Les secrétaires centraux s'y retrouvent coupés de leurs fiefs socio-professionnels.

Le *Wort* soupçonnait illico André Roeltgen de se ménager une planque à la CSL, tout en écartant le risque d'un score humiliant. Et de rappeler qu'en 2013, il y avait été élu de justesse, finissant neuvième. (Les suffrages de liste étant prépondérants aux élec-

André Roeltgen est le premier président de l'OGBL à ne pas être encarté au LSAP. Ce qui ne l'aura pas empêché d'emprunter les « kuerz Weeër » qui relient syndicat et parti

tions sociales, quelques votes de panachage suffisent à classer les candidats.) Le quotidien catholique spéculait même que le président de l'OGBL envisageait de se faire parachuter président de la CSL sans passer par la case élections. Ce poste se libérera effectivement bientôt. Jean-Claude Reding confirme face au *Land* qu'il ne briguera pas de nouveau mandat comme président en 2019. Ce poste devrait revenir à un actif, or il sera, lui, officiellement à la retraite à partir du 1^{er} juillet.

Le Conseil d'État ne goûtait guère le modèle de la cooptation proposé par la CSL. Dans leurs avis, les Sages y voyaient « une distorsion des résultats issus du vote » des élections sociales : Soixante membres se présentent au scrutin des électeurs, tandis que trois font leur entrée par la petite porte ? Devant la commission parlementaire, Nicolas Schmit clarifiait qu'il était « hors de question » de passer outre ces oppositions formelles comme l'exigeait l'OGBL. Le 19 avril, à la tribune de la Chambre, il durcissait le ton, démontant une loi qu'il avait pourtant accepté de déposer. Il s'exclamait sur un ton énervé : « J'aimerais que vous le disiez de manière claire : 'Une démocratie ne connaît pas de cooptation !' Ce n'est pas possible que les uns passent par une élection et que les autres soient déterminés dans une arrière-salle et puis cooptés. » Déjà début avril, dans une interview accordée au *Wort*, le ministre accusait à demi-mots le président du syndicat d'avoir menti dans le dossier des comptes épargne-temps. Pour un ministre socialiste du Travail c'est inouï. Mais à six mois des élections, tous ont intérêt à ce que l'atmosphère se détende.

#Gewerkschaftsstaat Roeltgen est le premier président de l'OGBL à ne pas être encarté au LSAP. Mais les anciens réseaux peuvent toujours servir et, comme président de l'OGBL, il a continué à emprunter les « kuerz Weeër » reliant syndicat et parti. « La résistance conséquente de l'OGBL » aurait conduit à des améliorations par rapport à l'ancienne loi PAN, déclarait-il fièrement ce jeudi. Mais la principale victoire de l'OGBL des cinq dernières années ne fut pas le résultat d'une mobilisation, mais d'un déjeuner entre André Roeltgen et le ministre de l'Économie, Etienne Schneider (LSAP). Le compromis qui commençait à se cristalliser au bout de treize heures de négociations tripartites à Senningerberg, fut retourné au cours de cette réunion informelle entre les chefs syndical et socialiste. Nicolas Schmit dut retourner devant les organisations patronales pour leur expliquer que les termes de l'arrangement avaient changé en faveur de l'OGBL. Vexés, elles agitent entretemps le *hashtag* #Gewerkschaftsstaat sur Twitter.

Nicolas Schmit reste le meilleur relais de l'OGBL dans un gouvernement très éloigné de la culture syndicale. Au lendemain des élections, il a ainsi remodelé à la va-vite le projet de loi sur le dialogue social dans les entreprises. Dans les PME, la loi concentre l'ensemble des crédits d'heure sur le seul délégué du syndicat qui y est majoritaire. C'est-à-dire, dans la plupart des cas, l'OGBL. (Au lieu d'un partage des crédits d'heure à la proportionnelle entre syndicat majoritaire et minoritaire, comme le prévoyait le gouvernement Junker-Asselborn II.) Le LCGB fut livide ; le député et ministre fantôme du Travail Marc Spautz (CSV) promettant d'abolir la loi en cas de restauration chrétienne-sociale. En 2014-2015, au moment où la loi passait par le Parlement, trois permanents de l'OGBL siégeaient dans la commission du Travail, de l'Emploi et de la Sécurité Sociale. Alors qu'y était abordé le point des crédits d'heure, le député Serge Urbany (Déi Lénk), se sentant en proie à un conflit d'intérêts, se levait et quittait la réunion. L'ancien responsable du service juridique de l'OGBL avait en effet suivi le projet de loi pour son employeur. Taina Bofferding et Frank Arndt restèrent, eux, assis. Le dernier se faisait même nommer rapporteur pour la loi. Dans une interview au *Tageblatt* parue la semaine dernière, il citait le projet de loi comme un de ses principaux succès politiques. Il aurait pu y « mettre ses forces à l'épreuve ».

L'OGBL et le LSAP avant les élections législatives d'octobre

Geld ohne Angst? Die Schweizer stimmen über eine Verstaatlichung der gesamten Geldschöpfung ab.

Momo und die grauen Männer von Zürich

Martin Ebner

Totschweigen hat nicht geholfen. Kein Medienkonzern, keine politische Partei, keine Lobby unterstützt Momo. Trotzdem ist es dem kleinen Verein Monetäre Modernisierung gelungen, 110 000 beglaubigte Unterschriften bei der Bundeskanzlei in Bern abzuliefern. Damit kommt die so genannte Vollgeld-Initiative zustande: Am 10. Juni 2018 werden die Schweizer über die Vorlage „Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!“ abstimmen.

Diese Initiative haben Hansruedi Weber, ein pensionierter Volksschullehrer, und Reinhold Harringer, ehemaliger Leiter des Finanzamts St. Gallen, im Gefolge der Finanzkrise von 2008 gestartet. Es geht um eine scheinbar winzige Änderung der Schweizer Verfassung. In Artikel 99 sollen zwei Wörter eingefügt werden: „Der Bund allein schafft Münzen, Banknoten und Buchgeld als gesetzliche Zahlungsmittel.“ Politisch wäre die Verstaatlichung auch des elektronischen Geldes eine Revolution: Die Macht der Banken würde empfindlich getroffen.

Geld regiert die Welt. Das Geld aber wird heute überwiegend (gut 90 Prozent!) von privaten Geschäftsbanken elektronisch per Knopfdruck geschaffen, durch Kreditvergabe. Die Geldmenge explodiert. Geld auf dem Girokonto ist dabei lediglich ein Darlehen, eine Forderung des Kunden an die Bank, ihm echte gesetzliche Zahlungsmittel (also Bargeld) auszus zahlen. Giralgeld ist Teil der Bankbilanz – geht die Bank pleite, ist es weg.

Die Vollgeld-Verfechter wollen, dass Geld ausschließlich von der staatlichen Zentralbank ausgegeben wird, im Einklang mit der Entwicklung der „realen“ Wirtschaft. Zahlungskonten würden dann, wie heute schon Wertpapier-Depots, dem Kunden gehören – und im Fall einer Bankpleite einfach auf ein anderes Institut übertragen. Banken müssten nicht mehr mit Steuergeldern gerettet werden; man könnte sie wie andere Firmen bankrott gehen lassen. Der Geldschöpfungsgewinn würde dem Staat zufließen, der weniger Schulden machen müsste. Wachstumszwang und Druck auf Mensch und Natur würden gemildert, wenn Geld ohne Schuld und Zins auf die Welt käme.

Eine Referendumskampagne ist immer eine Art Volkshochschule zum Abstimmungsthema. In der Schweiz diskutiert nun erstmals eine breitere Öffentlichkeit über das Geldwesen. Der eine oder die andere vertieft sich vielleicht gar in die Schriften des Geldtheoretikers Joseph Huber, auf den das Vollgeld-Konzept zurückgeht. Viele Menschen erfahren zum ersten Mal, dass es Geldschöpfungsgewinne gibt, über deren Verteilung man durchaus nachdenken kann. So viel Aufmerksamkeit kann nicht im Interesse der Finanzbranche sein.

Wie konnte es überhaupt so weit kommen? Ein Grund für das PR-Desaster der Schweizer Banken könnte ihre Internationalisierung sein. Bei der Credit Suisse zum Beispiel sind zwei Drittel der Leitung Ausländer, angefangen beim CEO Tidjane Thiam. Kosmopoliten mangelt es möglicherweise an Verständnis für das politische System der Eidgenossen. Vielleicht haben die Manager auch aus ihren Heimatländern die Auffassung mitgebracht, demokratische Regungen der Untertanen seien für Banken grundsätzlich irrelevant. Eine weitere Erklärungsmöglichkeit ist, dass die Geldschöpfung immer zu den intimsten Arcana Imperii zählte. Politiker, Professoren und Journalisten, die Diskussionen frühzeitig abwürgen oder in genehme Richtungen lenken können, haben oft selbst keine Ahnung davon – und werden erst jetzt hektisch mit Argumentationshilfen versorgt.

Da die Schweizer nicht zu Revolutionen neigen, das Thema von finanzstarken Gegnern nach Kräften vernebelt wird und Momo ganz alleine kämpft, wird allgemein mit einem Scheitern der Geldreform-Initiative gerechnet. In letzter Zeit haben systemkritische Anliegen bei Volksabstimmungen jeweils 23 bis maximal 40 Prozent Ja-Stimmen erzielt, so etwa das bedingungslose Grundeinkommen, die Begrenzung von Manager-Löhnen und das Verbot von Nahrungsmittel-Spekulation. Ein ähnliches Potential hat wohl auch die Vollgeld-Initiative. Überraschungen sind aber nicht ausgeschlossen.

Die Schweizer haben schon einmal für Vollgeld entschieden: Anno 1891 verboten sie Privatbanken den Druck von Banknoten. Vielleicht erscheint ihnen nun die Verstaatlichung der elektronischen Geldschöpfung als logische Fortsetzung. Momo bemüht sich, Vollgeld nicht als radikalen Umsturz, sondern als „liberales Projekt“ darzustellen: Geld sei eine öffentliche Infrastruktur, die nun einfach modernisiert



Frommer Spruch an der Fassade des Basler Rathauses

Spannend ist das Potential der Initiative, Zwist innerhalb der Eliten zu schüren: Unternehmer und Politiker könnten in Versuchung geraten, sich aus der Vorherrschaft des Finanzkapitals zu befreien

gehöre. Außerdem wird die Begeisterung der Eliten für Schulden und Inflation von schlichteren Menschen kaum geteilt: Vollgeld entspricht volkstümlichen Wünschen nach stabilen Werten.

Ein neuer Ausbruch der schwelenden Finanzkrise könnte wieder spektakuläre Banken-Rettungen nötig machen und das Stimmvolk verärgern. Ist die Schweiz wichtig genug, damit der nächste Crash auf jeden Fall über den Abstimmungstermin hinausgezögert wird? Allerdings könnte die Angst um Sparguthaben auch dazu führen, dass sich das Volk dann erst recht um die Banken schart und nichts von Reformen der Geldordnung wissen will. Psychologen nennen das „Stockholm-Syndrom“.

Eine weitere Bombe, die jederzeit hochgehen kann, ist die Schweizer Nationalbank. Im vergangenen Jahr hat sie 54 Milliarden Franken Gewinn gemacht – aber das kann sich schnell ändern. Die SNB hat mehr als 90 Prozent ihrer Mittel im Ausland investiert und gilt als „größter Hedgefonds der Welt“.

Laut Bloomberg stecken derzeit 21 Prozent ihrer 800 Milliarden Dollar Fremdwährungen in Aktien, besonders Apple, Microsoft und Amazon. Die SNB ist selbst eine Aktiengesellschaft: Ihr nach dem Kanton Bern zweitgrößter Einzelaktionär ist der deutsche Spekulant Theo Siegert (rund 6 Prozent). Der Kurs der SNB-Aktie wurde in den letzten Monaten von unter 2 000 auf zeitweise mehr als 8 000 Franken hochgezockt. Möglicherweise stellt sich mancher Schweizer eine seriöse Zentralbank anders vor.

Spannend ist auch das Potential der Initiative, Zwist innerhalb der Eliten zu schüren: Unternehmer und Politiker könnten in Versuchung geraten, sich aus der Vorherrschaft des Finanzkapitals zu befreien. Müssen die Geldsäcke jetzt ihren Lakaien mehr zahlen, damit sie treu auf Linie bleiben? Dagegen spricht der enge personelle und ideologische Zusammenhalt der Eliten. Dazu kommt der absehbare Ärger mit den USA: Im Außen- und Devisenhandel würde sich mit Vollgeld-Franken zwar unmittelbar nichts ändern. Goldman Sachs und die anderen Eigentümer der privaten De-facto-Welt-Zentralbank FED wären aber vermutlich *not amused*, wenn ausgerechnet die angesehene Schweiz aus der Schuldgeld-Wirtschaft aussteigen wollte.

Die Schweizer Politiker wollen kein Risiko eingehen. Nach dem Bundesrat (Regierung) und dem Ständerat (Kantone) hat sich auch der Nationalrat (das Parlament) bei 17 Enthaltungen mit 165 zu zehn Stimmen gegen Vollgeld ausgesprochen, also dem Volk eine Ablehnung empfohlen. Dabei wurden die Argumente der Schweizer Bankiervereinigung übernommen: Vollgeld sei ein weltweit einzigartiges „Hochrisiko-Experiment“, das die „Glaubwürdigkeit der SNB“ (!) beeinträchtige, ja die ganze Schweizer Wirtschaft gefährde. Es sei auch unnötig, weil das Finanzwesen ohnehin bestens reguliert und sicher sei. Wieso Negativzinsen und *quantitative easing* solider, historisch erprobter als Vollgeld sein sollen, wurde von den Abgeordneten nicht erläutert.

Meist stimmen die Eidgenossen brav so ab, wie von den Eliten gewünscht. Wenn sie den Vorgaben einmal nicht folgen, etwa den Bau von Ferienwohnungen bremsen oder Masseneinwanderung verhin-

dern wollen – dann werden die Voten oft einfach umgangen oder schlicht ignoriert. Ein interessantes, wenn auch rein theoretisches Gedankenspiel: Was wäre, wenn die Schweizer für Vollgeld stimmen und die Regierung das tatsächlich umsetzen würde? Dann müsste wohl – wie in irgendeiner Bananenrepublik – das Militär putschen, notfalls gar die US-Armee einmarschieren, um mit nackter Gewalt wieder „geordnete“, also profitbare Verhältnisse zu schaffen. Für das Schweizer Finanz-Establishment wäre das ein massiver Gesichtsverlust, denn im eigenen Land hat es (meistens) Wert auf eine elegante, demokratische Fassade gelegt.

„Die Wenigen, die das System verstehen, werden dermaßen an seinen Profiten interessiert sein, dass aus ihren Reihen niemals eine Opposition hervorgehen wird“, sollen einst die Gebrüder Rothschild geschrieben haben: „Die große Masse der Leute aber, geistig unfähig zu begreifen, wird ihre Last ohne Murren tragen, vielleicht sogar ohne je Verdacht zu schöpfen, dass das System ihnen feindlich ist.“ Für dieses Zitat gibt es keinen Beleg; man weiß nicht, ob die Banker das wirklich jemals ausgeplaudert haben. Vor der Schweizer Vollgeld-Initiative hat aber auch noch nie jemand den Versuch unternommen, das Gegenteil zu beweisen.

Chronique Internet

GDPR : branle-bas de combat chez les géants

Jean Lasar

L'entrée en vigueur dans un peu moins d'un mois du GDPR (Règlement général de protection des données) de l'Union européenne ne passe pas inaperçue en dehors de l'Union, et c'est bien la moindre des choses. Les entreprises américaines, qui continuent de se tailler la part du lion des réseaux sociaux et autres grandes plateformes du Net, ne peuvent se permettre de purement et simplement l'ignorer si elles veulent continuer de servir des utilisateurs en Europe. Les sanctions en cas d'infraction sont très conséquentes : jusqu'à vingt millions d'euros ou quatre pour cent du chiffre d'affaires global.

On voit donc arriver ces jours-ci dans sa boîte mail ou dans ses applications des notifications sur les changements que ces grands réseaux sociaux, et plus généralement toutes les applications qui collectent des données personnelles, se préparent à opérer pour éviter de se retrouver en porte-à-faux avec cette nouvelle législation. Cela vaut pour Facebook, Whatsapp, Instagram, Twitter notamment.

Les positionnements respectifs de ces différentes plateformes sont révélateurs de leur stratégie. En effet, le GDPR porte, pour pratiquement toutes ces entreprises, sur le cœur de leur modèle d'affaires, à savoir comment commercialiser (« monétiser ») les informations que leurs utilisateurs leur confient. Transposer le GDPR dans leurs conditions d'utilisation est donc pour elles un exercice périlleux : il faut d'un côté se mettre à l'abri de poursuites sur le territoire de l'UE, tout en évitant si possible d'étendre à l'ensemble de ses utilisateurs dans le monde ces provisions protectrices inventées par les Européens.

WhatsApp et Instagram, propriétés de Facebook mais jouissant d'une certaine autonomie, ont ainsi annoncé des modifications significatives ces derniers jours. Pour le premier, l'âge minimum passe de treize à seize ans. On sait d'ores et déjà que les utilisateurs seront invités à confirmer qu'ils ont plus de seize ans au moment d'accepter les futures nouvelles règles. On ignore pour l'instant comment fera l'entreprise pour vérifier que ses utilisateurs ont bien l'âge qu'ils prétendent avoir. Une entité basée en Irlande sera mise en place pour les opérations de WhatsApp au sein de l'UE. Pour Instagram, la mise en conformité avec le GDPR signifie que ses utilisateurs auront à l'avenir la possibilité de télécharger l'ensemble des données qu'ils y ont publiées, une des garanties accordées aux citoyens par le GDPR.

Dans une circulaire envoyée à ses utilisateurs, Twitter a choisi de jouer plutôt la transparence et la générosité. Le service garantit qu'il leur donnera à l'avenir davantage de contrôle et sera plus clair sur « comment nous partageons vos données pour éviter de causer du tort, respecter la loi, servir l'intérêt public et faire en sorte que Twitter reste sûr et accueillant pour tous ». Twitter garantit solennellement à ses utilisateurs qu'ils ont « le dernier mot » quant au traitement de leurs données personnelles.

Facebook prévoit que les mineurs concernés par le nouvel âge minimum, quinze ans au lieu de treize, devront nommer un parent ou un tuteur qui donnera son feu vert pour le partage d'information sur la plateforme. Sans cette autorisation, ils n'auront pas accès à l'ensemble des fonctionnalités. Pour le reste, la mère de toutes les plateformes réagit à l'entrée en vigueur du GDPR sur un mode plus défensif que ses concurrents et filiales. Facebook a annoncé le 19 avril que seuls ses utilisateurs dans l'Union européenne seront soumis aux conditions d'utilisation spécifiques convenues avec son siège européen situé en Irlande, tandis que celles-ci -ci ne s'appliqueront pas aux quelque 1,5 milliard d'utilisateurs hors-UE aujourd'hui rattachés à son siège international irlandais : leurs données seront à l'avenir traitées à son siège aux États-Unis, régit par des règles bien moins strictes en matière de protection des données. Une réaction qui ressemble à un défi lancé aux régulateurs européens et qui suggère qu'un nouveau bras-de-fer pourrait bien s'engager entre Mark Zuckerberg et Bruxelles.

Facebook, Whatsapp, Instagram et Twitter doivent éviter de se retrouver en porte-à-faux avec la nouvelle législation européenne

Im deutschsprachigen Raum beziehen sich rechtspopulistische Parteien zunehmend aufeinander

Rechtspopulismus ohne Grenzen

Charles Wey

Parteien, die dem Lager der Rechtspopulisten zugeordnet werden, können seit der Jahrtausendwende europaweit Wahlerfolge feiern. Im deutschsprachigen Raum hat sich derweil eine spezifische Variante des Rechtspopulismus herausgebildet, deren Ideologie auf der Kombination von neoliberalen und nationalistischen Komponenten basiert. In Deutschland ist die Alternative für Deutschland (AfD) kürzlich zur drittstärksten Partei aufgestiegen, während in den Alpenrepubliken Österreich und Schweiz Vertreter der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) beziehungsweise der Schweizerischen Volkspartei (SVP) an der Landesregierung beteiligt sind. Zwischen diesen drei Parteien lassen sich Verbindungen beobachten, die wiederum in einem größeren internationalen Netzwerk rechtspopulistischer Politiker und Ideologen eingebettet sind.

Bannons Lob an die Eidgenossen

Der Schweizer Journalist Roger Köppel gehört zu den Politikern, die diese Vernetzung von Rechtspopulisten vorantreiben. Der Besitzer und Chefredakteur der Zürcher Traditionszeitung *Weltwoche* sitzt für die SVP im Schweizer Parlament. Köppel ist nicht zuletzt aufgrund seiner zahlreichen Auftritte in Polit-Talkshows im deutschen Fernsehen über die helvetischen Landesgrenzen hinaus als rechtspopulistischer Ideologe bekannt. Kürzlich ist ihm ein „PR-Coup“ gelungen, wie es der linksliberale Zürcher *Tages-Anzeiger*¹ formuliert. So konnte die *Weltwoche* den ehemaligen Chefstrategen von Donald Trump, Stephen Bannon, für einen Auftritt in einer Konzerthalle im Norden Zürichs vor über 1 000 Zuhörern gewinnen.

Das Publikum, vorwiegend männlich, bestand in erster Linie aus Abonnenten von Köppels Wochenzeitung und war dem streitbaren US-Amerikaner Bannon durchaus wohlgesinnt. Bannon, der in der Öffentlichkeit auch als rechtsextrem bezeichnet wird, sparte nicht mit provozierenden Aussagen. Den autoritären ungarischen Premierminister Viktor Orbán bezeichnete er als „großer Patriot und großer Europäer“. Auf die Frage ob er ein „Rassist und weißer Nationalist“ sei, antwortete er: „Wenn sie dich so nennen, bist du nahe an deinen Zielen dran“². Vor allem aber lobte Bannon die Schweiz: „Sie sind die freieste und prosperierendste Nation Europas!“³ S

Schon vorher hatte er der Eidgenossenschaft sein Kompliment für die Weigerung, 1992 dem Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) beizutreten, ausgesprochen. Damals hatten die Schweizer Stimmbürger den Beitritt denkbar knapp mit 50,3 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt, was vor allem auf eine emotional geführte Kampagne der SVP unter der Leitung ihres Chefstrategen Christoph Blocher zurückzuführen war. Über Blocher verkündete Bannon der



Roger Köppel, Chefredakteur der Zürcher *Weltwoche*, sitzt für die SVP im Schweizer Parlament

versammelten Menge denn auch: „Dr. Blocher war Trump, bevor es Trump gab.“⁴

SVP – Partei des Volkes?

Während die Parallelen zwischen Christoph Blocher und Donald Trump sich vor allem darauf beschränken, dass sie am rechten Rand politisieren und millionenschwere Unternehmer sind, gilt Blocher tatsächlich als Vorbild für viele rechte Parteien in Mittel- und Westeuropa. Unter der Führung des Juristen, der seinen Platz in der Parteileitung mittlerweile an seine Tochter Magdalena Martullo-Blocher abgetreten hat, konnte die SVP den Wandel von der konservativen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB), aus der sie 1971 heraus ent-

standen ist, hin zu einer rechtspopulistischen Partei mit einer ebenso nationalistischen wie neoliberalen Agenda vollziehen. Als Blocher 1977 das Präsidium der Zürcher Kantonssektion der Partei übernahm, war die SVP, beziehungsweise ihre Vorgängerpartei BGB, bereits seit Jahrzehnten eine etablierte Regierungspartei in der Schweiz. Während Blocher seine Partei immer weiter nach rechts orientierte, ist es dieser gleichzeitig gelungen, sich in der Mitte der Gesellschaft nicht nur zu halten, sondern darüber hinaus noch breiter zu verankern.

Seit der gewonnenen EWR-Abstimmung 1992 hat sich die SVP kontinuierlich zur stärksten Partei der Schweiz entwickelt, bei den nationalen Wahlen 2015 kam sie auf knapp 30 Prozent der Stimmen.

Die SVP in der Schweiz, die AfD in Deutschland, die FPÖ in Österreich: Gemeinsam ist ihnen, dass sie nationalistische und neoliberale Ideologien miteinander kombinieren

Die bereits erwähnte Kampagne der SVP sprach die vorhandenen Ängste vor dem Verlust der nationalen Unabhängigkeit und Neutralität in der Bevölkerung an, die eine identitätsstiftende Komponente in der Schweiz bildet. Das Verhältnis zur EU sowie der Erhalt der nationalen Unabhängigkeit stellen die wichtigsten Wahlthemen der Partei dar. An diese Fragen knüpft sie eine restriktive Haltung gegenüber Themen, die typischerweise von rechtspopulistischen Parteien angegriffen werden: Asylwesen, Migration, Sozialstaat.

Interessanterweise ist es auch die Europa-Frage, mit der die SVP ihre Wähler aus den unterschiedlichen sozioökonomischen Milieus mobilisiert. So werden nicht nur die durch die Globalisierung verursachten Verlustängste einer Mittelschicht angesprochen, sondern gleichermaßen die Interessen der Schweizer Finanzlobby vertreten: So soll einerseits die von der EU geforderte Personenfreizügigkeit eingeschränkt werden, andererseits wird der Erhalt eines wirtschaftsliberalen Steuersystems angestrebt, das Unternehmen und Wohlhabende begünstigt. Hier kann man gut beobachten, wie Nationalismus und Neoliberalismus von einer rechtspopulistischen Partei zur Verbreiterung der eigenen Wählerbasis genutzt werden.

sis in breiten Teilen der Gesellschaft hat. Nicht zuletzt deshalb ist sie der noch jungen AfD ein Vorbild.

AfD: Eine „Alternative“ nach Schweizer Vorbild

Die AfD wurde im Vergleich zu den meisten etablierten rechtspopulistischen Parteien Europas erst spät gegründet. Unter der Führung des Hamburger Ökonomieprofessors Bernd Lucke tritt die Partei 2013 auf die bundesdeutsche politische Bühne. Lucke definiert die Partei als „weder links noch rechts“⁵ – die EU-kritische Programmatik, welche die AfD zu Beginn geradezu konstituiert, lässt aber erahnen, wo sie sich im politischen Spektrum verortet. Ziel ist es, eine rechtskonservative Alternative zur CDU darzustellen, sich also rechts von der Union zu etablieren. So soll die Partei, ähnlich wie die SVP in der Schweiz, die Deutungshoheit über traditionell rechte Themen erlangen.

Bereits in ihrer Gründungsphase lassen sich weitere Parallelen zwischen der AfD und der SVP beobachten: die Opposition gegenüber der EU und den etablierten Parteien, eine wertkonservative Ideologie sowie eine restriktive und repressive Migrationspolitik. Zudem propagieren beide Parteien eine neoliberale Wirtschaftspolitik. Anders als die SVP, ist die AfD in den Anfangsjahren aber noch zwischen einem gemäßigtem und einem stramm rechten Flügel gespalten.

Spätestens mit der Annäherung an die 2014 entstandene Pegida-Bewegung und im Laufe der im Sommer 2015 aufkommenden „Flüchtlingskrise“ erstarkt der rechte Parteiflügel. Der eher liberale Lucke muss die Parteileitung an Frauke Petry abtreten, die sich mit den Rechtsaußen arrangiert. Insbesondere der Thüringen-Chef Björn Höcke verkörpert den rechts-extremen Flügel der AfD. Seine Strategie besteht ähnlich wie die von SVP-Exponenten in der Schweiz darin, mit gezielten, zum Teil gesetzeswidrigen Tabubrüchen den demokratischen Diskurs Stück für Stück zu demontieren – so bezeichnete Höcke das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Mahnmal der Schande“. Die nationalistische Ideologie gewinnt an Bedeutung für das Parteiprogramm. Gleichzeitig wird die Partei dadurch in der Öffentlichkeit (noch) stärker am rechten Rand des politischen Spektrums verortet. Während die AfD zunehmend als rechtspopulistisch oder sogar rechtsextrem wahrgenommen



Björn Höcke, Thüringen-Chef der AfD 2016 im dortigen Landtag

Die SVP und ihre Vertreter provozieren immer wieder mit Wahl- und Abstimmungslogos, die nicht nur das in Frage stellen, was jahrelang als Teil des demokratischen Diskurses in einer pluralistischen Gesellschaft akzeptiert wurde, sondern darüber hinaus die geltende Rechtsordnung verletzen. So wurden der damalige SVP-Generalsekretär Martin Baltisser und seine Stellvertreterin Silvia Bär für die Annoncen-Kampagne „Kosovaren schlitzten Schweizer auf“, mit dem für die Initiative „Masseneinwanderung stoppen“ geworben wurde, nachträglich juristisch belangt. Trotz derartiger Provokationen wird die SVP in der Schweiz als legitime politische Kraft in der Parteienlandschaft wahrgenommen, die ihre Ba-

wird und so die gemäßigten Wähler zu verlieren droht, gelingt es ihr, die Frage nach der nationalen Identität dauerhaft zu besetzen.

Die AfD begnügt sich allerdings nicht mit der Konsolidierung ihrer Position am rechten Rand des bundesrepublikanischen Parteienspektrums – sie drängt weiter in die Mitte und wird zunehmend zur Gefahr für die großen Volksparteien CDU/CSU und SPD. Alice Weidel, die sich seit 2017 gemeinsam mit Alexander Gauland den Parteivorsitz teilt, will eine breitere Wählerschaft mit den gleichen Themen ansprechen. Weidel, die ihren Zweitwohnsitz mit ihrer Partnerin in der multikulturell gepräg-

Islam et finance islamique

Arabités et islamités

Laurent Mignon

La présentation de la Luxembourg Arab Business Association à la Chambre de Commerce, le 19 avril, n'a pas manqué d'attirer l'attention de la presse luxembourgeoise. Dans le *Lëtzebuurger Journal* du 20 avril, nous apprenions que le président de l'association, Fouad Rathle, avait mis en exergue la laïcité de l'organisation dont les statuts ne permettaient « aucune discussion sur la religion ni la politique ». Cependant le *Luxemburger Wort* du 21 avril rappelait aussi que le Luxembourg était « le plus important domicile européen de fonds

d'investissement conformes à la sharia ». Citant le directeur général de la Chambre de Commerce, Carlo Thelen, le quotidien proche de l'évêché notait que « le Luxembourg compte déjà près de 50 fonds compatibles avec les principes de la sharia ».

L'évocation de la finance islamique dans le cadre du lancement d'une association arabe qui se veut laïque est problématique, puisqu'implicitement elle réduit la culture arabe à l'islam. Sans nier l'importance du fait islamique, cette réduction est une aberration.

L'arabité n'est point l'islam comme nous le montrent les œuvres en arabe du philosophe juif Moïse Maïmonide (1138-1204) et de l'écrivaine et poétesse libanaise d'origine chrétienne May Ziyadé (1886-1941). Par ailleurs, l'islam ne peut être réduit à l'arabité. Certains des penseurs musulmans modernes les plus intéressants ne sont pas arabes, comme la pionnière turque du féminisme islamique Fatma Aliye (1862-1936) et le philosophe et sociologue iranien Ali Shariati (1933-1977).

De même, parler de « conformité à la sharia » est trompeur puisque la loi islamique est une source de débats, d'interprétations et de réinterprétations continus. La sharia n'est point la « loi de Dieu » invariable et éternelle, mais la loi de ceux, et parfois celles, qui cherchent à la définir selon les circonstances. Il n'est donc pas surprenant que le sujet de la finance islamique ne fasse pas l'unanimité non plus parmi les théologiens et les docteurs de la loi, comme le montre, par exemple, la controverse au sujet des « sukuk », l'équivalent islamique des « obligations ».

Cette diversité au sein du monde arabe, de l'islam et même de la finance dite islamique ne doit pas être passée sous silence. Cette complexité est un rappel bienvenu que les arguments à la base des discours identitaires, culturalistes et intégristes qui font rage en Europe et ailleurs ne sont que des mots creux. Il est bon de le rappeler à toute occasion.

Laurent Mignon est professeur en littérature turque à l'Université d'Oxford.

Zu Gast

Entscheidend sind die Besitzverhältnisse

Ali Ruckert

Am 23. Mai soll die EU-Kommission darüber entscheiden, ob und zu welchen Bedingungen der Stahlkonzern Arcelor-Mittal, der gerade mal wieder dabei ist, einen Teil seiner Produktionsbetriebe in Europa zu restrukturieren, um eine Profitmaximierung im Interesse der Aktionäre zu ermöglichen, den italienischen Stahlproduzenten Ilva übernehmen darf. Die Kommission ist in dieser Angelegenheit in ihrer Rolle als ideeller Gesamtkapitalist, der für einen Ausgleich zwischen den großen Kapitalgruppen zu sorgen hat. Immerhin wurden die EU und ihre Vorgängerorganisationen eigens dazu geschaffen, um die Interessen des Kapitals auf kontinentaler Ebene zu wahren und durchzusetzen.

Der Vorgang hätte in Luxemburg gewiss kaum für Aufmerksamkeit gesorgt, hätte Arcelor-Mittal nicht angeboten, auch das Düdelinger Werk, die frühere Galvalange, auf die Liste der Betriebe zu setzen, die der Konzern verkaufen will, um Ilva übernehmen zu dürfen. Vor allem im Süden des Landes schlug die Ankündigung einige Wellen, weil ein Produktionsbetrieb, der 300 qualifizierte Beschäftigte zählt und mit Gewinn arbeitet, in Gefahr ist, und weil das schlechte Erinnerungen weckt.

Die Demontage der *Schöfflinger Schmelz* vor sechs Jahren war zu jenem Zeitpunkt der letzte Akt in einer langen Reihe von Schließungen, die 1974 begonnen hatten und die mit der feindlichen Übernahme von Arcelor durch Lakshmi Mittal keineswegs abgeschlossen waren. Obwohl der Luxemburger Staat ein bedeutender Aktionär von

Ali Ruckert ist Präsident der Kommunistischen Partei Luxemburgs

Arbed-Arcelor war, rührte die Regierung keinen Finger, um Schließungen zu verhindern. In unseren Nachbarländern war das nicht anders.

Die Alternative – die einzige Alternative –, um die Hüttenwerke und Arbeitsplätze zu erhalten, um in die Modernisierung der Produktionsanlagen und die Weiterverarbeitung von Stahlprodukten investieren zu können, wäre eine grenzüberschreitende Vergesellschaftung der Betriebe von Arbed-Arcelor gewesen. Aber die KPL und die kommunistischen Parteien in Belgien und Frankreich waren die einzigen politischen Parteien, die diesen Weg gehen wollten. Tausende Stahlarbeiter unterstützten die Forderung der KPL nach Verstaatlichung mit ihrer Unterschrift, und im Stahlsyndikat des OGBL gab es sogar eine Mehrheit dafür. Doch die damalige Leitung der größten Gewerkschaft – gefangen in der Ideologie der Sozialpartnerschaft und behaftet mit antikommunistischen Vorurteilen – wollte das nicht zur Kenntnis nehmen.

Seit der Übernahme der Luxemburger Stahlindustrie durch Mittal wurden keine großen Investitionen

in neue Stahlbetriebe in Luxemburg vorgenommen, der Abbau von Arbeitsplätzen ging weiter, und das Schifflinger Werk wurde geschlossen. Dabei hätte es, wie eine vom OGBL angeregte Machbarkeitsstudie zeigte, mit einem Minimum an Investitionen, 350 bis 390 Vollzeitbeschäftigten und einer Produktion von 650 000 bis 800 000 Tonnen weiter arbeiten und Gewinn erzielen können. Dennoch geschah das nicht, weil die Wirtschaft im Kapitalismus nicht dazu da ist, den Lohnabhängigen zu dienen, sondern den Kapitalisten. Und wenn die andere Profitvorstellungen haben, ist die Sache gelaufen. Im Falle des Düdelinger Werks von Arcelor-Mittal, das der Stahlkonzern zusammen mit weiteren Betrieben in Belgien, Tschechien und anderen europäischen Ländern abstoßen will, ist das nicht anders.

Es ist es zu begrüßen, wenn sich auf europäischer Ebene die Stahlarbeiter und ihre Gewerkschaften zusammenschließen, um im Falle einer beabsichtigten Schließung oder eines Verkaufs an andere Großkapitalisten Widerstand gegen Restrukturierungsmodelle zu leisten, die im Interesse der Aktionäre einzig und allein auf die Maximierung des Profits ausgerichtet sind und deren Opfer die Stahlarbeiter sind. Aber ohne Änderung in den Besitzverhältnissen und ohne dass die Lohnabhängigen, ihre gewählten Vertreter und ihre Gewerkschaften nicht selbst über Produktherstellung, Investitionen und Arbeitsplätze entscheiden, sind selbst die kleinsten Erfolge im Kampf gegen kapitalistische Restrukturierungsmodelle immer wieder in Frage gestellt.

ten Schweizer Stadt Biel hat, erklärt die SVP zum Vorbild: „Die AfD ist eine deutsche SVP – oder sollte es zumindest werden.“⁶ Damit spielt sie in erster Linie auf die Wahrnehmung der SVP in der Schweiz an, die als Regierungspartei etabliert ist und sowohl von der liberalen FDP als auch von der konservativen CVP als Partner akzeptiert wird. Die SVP hat in der Schweiz erreicht, was die AfD in Deutschland erst noch anstrebt: Sie hat rechtspopulistische Positionen salonfähig gemacht. Gleichzeitig hat sie die scheinbar widersprüchliche Verbindung von Nationalismus und Neoliberalismus zum Grundpfeiler ihrer Politik gemacht und sich so als stärkste Partei in der Schweiz etabliert.

Die FPÖ: Rechtsextreme Seilschaften, neoliberale Eliten

Auch in der benachbarten Alpenrepublik Österreich ist mit der FPÖ eine rechtspopulistische Partei an der Regierung beteiligt und ebenso breit in der Gesellschaft verankert. Wie die SVP ist auch die FPÖ aus einer etablierten Partei hervorgegangen: Der Verband der Unabhängigen (VdU), eine Partei, die nach dem Zweiten Weltkrieg von ehemaligen Anhängern der NSDAP gegründet wurde, hat in den Jahren 1955/56 mit der neu gegründeten „Freiheitspartei“ zur FPÖ fusioniert. Im Gegensatz zur SVP in der Schweiz und zur AfD in Deutschland, entstammt die FPÖ also dem rechtsextremen Lager. Gleichzeitig stand die VdU den wirtschaftlichen Eliten nahe – die Verbin-

dung von nationalistischer und wirtschaftsliberaler Politik charakterisiert die FPÖ von Beginn an.

Die jüngere Geschichte der Partei ist von zwei Führungsfiguren geprägt: Jörg Haider und Heinz-Christian Strache. Der 2008 bei einem Autounfall verstorbene Haider leitete die Partei ab 1986 knapp zwanzig Jahre bis zu seinem Austritt 2005. Er führt die Partei im Jahr 2000 in eine Koalitionsregierung mit der konservativen ÖVP. Die rechtskonservative Regierung, deren Amtseinführung durch massive Proteste im Inland begleitet wird, setzt in der Folge eine dezidiert neoliberale Wirtschaftspolitik um. Dies führt wiederum zu einem internen Konflikt zwischen der Parteiführung und der nationalistischen Parteibasis, was in der Folge in Haiders Parteiaustritt resultiert.

Seit 2005 steht Heinz-Christian Strache, der in seiner Jugend in der Neonazi-Szene aktiv war und nach wie vor Mitglied der deutschnationalen Wiener Burschenschaft Vandalia ist, der Partei vor. Strache personalisiert die Verbindung der nationalistischen und neoliberalen Politik geradezu. Unter seiner Leitung zieht die Partei 2018 erneut als Koalitionspartner der ÖVP in die Regierung ein. Die Amtseinführung wird im Gegensatz zu jener um die Jahrtausendwende durch geringere Protestwellen begleitet. Dass viele Themen der FPÖ, allen voran eine ablehnende Haltung gegenüber dem Asylwesen und der Migration, im Wahlkampf von der großen Wahlgewinnerin ÖVP aufgenommen und adaptiert wurden, ist eben-

so bezeichnend. Die FPÖ konnte offenbar trotz interner Konflikte ihre rechte Agenda über die letzten Jahrzehnte dauerhaft in der politischen Landschaft Österreichs verankern. Straches Blick gilt aber nicht nur dem Inland, er beabsichtigt Verbindungen zu gleichgesinnten Politikern in ganz Europa.

Eine rechtspopulistische Internationale

Am 1. März 2017 tritt der FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache unter tosendem Applaus am politischen Aschermittwoch der AfD im niederbayerischen Osterhofen auf, wo er die Wichtigkeit der Zusammenarbeit beider Parteien für die Zukunft Europas betont⁷. Auch die AfD ist sich der Bedeutung der grenzüberschreitenden Kooperation der rechten Parteien Europas bewusst: Am 21. Januar 2017 werden unter anderem die Front-National-Chefin Marine Le Pen und der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders zum großen AfD-Parteitag in Koblenz eingeladen. Während AfD und FPÖ die Nähe zu anderen rechten Parteien suchen, ist die SVP zumindest darauf bedacht, diese Suche nicht öffentlich zu machen. Wie die Schweiz-Korrespondentin der *Süddeutschen Zeitung*, Charlotte Theile, in ihrem Buch *Ist die AfD zu stoppen?* darlegt, bestehen allerdings direkte personelle Verbindungen zwischen dem SVP-Werber Alexander Segert, dessen Agentur Goal unter anderem die Plakate für die oben erwähnte Kampagne für die Masseneinwanderungsinitiative entworfen hat, und einem AfD-nahen Think Thank.

Im deutschsprachigen Raum kann man also eine zunehmende Vernetzung rechtspopulistischer Parteien beobachten, die im Kontext der jeweiligen Erfolge dieser Parteien das Erstarken des europäischen Rechtspopulismus weiter vorantreibt. Sie stellt ein wichtiges Element in einem politischen Prozess dar, der ebenso in West-, Ost- und Nordeuropa zu beobachten ist. Wie verkündete Stephen Bannon euphorisch in Zürich: „Schauen Sie, was in Polen, Ungarn, Österreich passiert ist, und mit der AfD in Deutschland. Diese Revolution ist mit nichts zu vergleichen.“⁸ Auch wenn Bannons Verkündung einer Revolution übertrieben erscheint, so hat er dennoch erkannt, dass ein politischer Prozess in der westlichen Welt stattfindet, der einen fundamentalen Angriff auf die pluralistische Demokratie darstellt. Diese Gefahr darf nicht unterschätzt werden.



Heinz-Christian Strache 2009 auf einer Demonstration gegen den Ausbau eines islamischen Kulturzentrums in Wien

Die kleine Zeitzeugin

Mind the gap!



Mehr Warnschilder, mehr Apps, etwas muss aufblinken oder aufpoppen oder uns anfauchen. Wie hier, am Radiosender Beromünster in der Schweiz

Michèle Thoma

Gut, endlich wissen wir es. Wir wissen es täglich und stündlich mehr, dass es vieles gibt, das nicht gut für uns ist, obschon es uns gut tut. Es erhöht zumindest das Wohlbefinden, finden wir. Mit einem Kelch edlen Rebensafts den Tag ausklingen lassen – nicht gut, am Schälchen Kaffee nippen – nicht gut, sich an Pommes Frites im Knusperkostüm göttlich tun – ganz schlecht. Und wer hätte gedacht, dass Fett fett macht? Dass Zucker die Zuckerkrankheit fördert, wer wäre je auf so was gekommen?

Beruhigend, dass jemand, der Staat, irgendwelche Konzerne, oder beide, es gut mit uns meinen. Wenn schon alles nicht gut ist für uns.

Die Gefahren die uns auf Schritt und Tritt umgeben, wir schweben sogar in ihnen, nehmen nämlich dramatisch zu. Und meist ahnen wir es nicht einmal! Die Natur ist gefährlich, häufig stirbt man eines natürlichen Todes, aber auch das Unnatürliche, die Kultur sowieso, und die Kunst verstört immer noch Menschen, zum Beispiel wenn Künstler_in eine Metapher verwendet, die ihr Weltbilderbuch durcheinander bringt. Gefährlich ist es auch, ein Kind zu kriegen, niemand garantiert einer, dass es funktioniert.

Wegen all dem müssen mehr Hinweise her. Wir müssen verstärkt aufmerksam gemacht werden auf das, was uns dräut, auf die Risikofaktoren, auf die Nebenwirkungen. Mehr Warnschilder, mehr Apps, etwas muss aufblinken oder aufpoppen oder uns anfauchen.

Es gibt ja schon lange eine gute Entwicklung diesbezüglich, schon seit Jahren werden wir im Winter gewarnt, dass es draußen kalt ist, im Sommer wird uns nahe gelegt, zu trinken, damit wir nicht verdursten oder, wie das auf seniorenmodern heißt, dehydrieren. Moderatoren raten uns mütterlich, eine Mütze aufzusetzen, und Facebook sorgt sich, dass wir doch bitte einen Regenschirm aufspannen.

Mind the gap! Vorbildlich wird in U-Bahnen gewarnt, dass es beim Aussteigen gilt, den Spalt zwischen Wagen und Steig nicht zu übersehen. Das sollte eine Vorreiterfunktion einnehmen, flächendeckend sollte Mensch auf Schritte und Tritte darauf hingewiesen werden, was ihm zum Nachteil gereichen könnte. Wir könnten über unsere eigenen Füße fallen! Heerscharen von Expert_innen könnten im Vorfeld alle möglichen Fallen, aber auch die unmöglichen, weil es gibt nichts, was es nicht gibt, checken und mit entsprechenden Sprechenden oder sich optisch oder olfaktorisch bemerkbar machenden Warnsignalen versehen. Vorsorglich in unser inkompetentes System eingebaute Chips könnten uns verlässlich um Gefahrenherde manövrieren. Uns nur noch uns zuträgliche, auf uns abgestimmte Zonen zuweisen. Alles andere *No Go!* Es könnte unsere ästhetischen Standards verletzen. Unsere Roboterfreunde hätten uns sicher auch im Auge, sicher ist sicher.

All das wäre zu begrüßen, nimmt doch das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung immer mehr ab, wie die Expert_innen feststellen. Warum genau, wissen die Expert_innen allerdings nicht.

Aber kleine Vorsichtsmaßnahmen können im sich Sicherfühlen schon viel bewirken: Barhockerhocker_innen zum Beispiel sollten verpflichtend mit Helm ausgerüstet werden, die Absturzgefahr ist einfach zu groß. „Achtung, Ihr Herz könnte brechen!“, müsste in Bars auf Bildschirmen aufscheinen wie Melanome beim Hautarzt. Bei jeder Eheschließung sollte der weibliche Teil des Paares darauf hingewiesen werden, dass bei diesem Pakt die Chance auf ein gewaltsames Ende laut Statistik die höchste ist. Zumindest wenn der andere Teil dem männlichen Geschlecht angehört.

Früher waren die Menschen Kinder Gottes, er sagte, was sie zu tun hatten und vor allem, was nicht. Da wir Gott entlassen haben, sind wir jetzt nur noch Kinder. Also gut, wenn sich jemand um uns kümmert. Der Staat, Google, Putin, das Handy, Fernseh-Philosophen ... Denn haben wir nicht alle ein Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit? Niemand darf unsere Gefühle verletzen!

Im deutschen Fernsehen wurde in einer Talkshow erwogen, menschenverachtendes Verhalten zu verbieten. Nur, wie kann ich beweisen, dass mich jemand menschenverächtlich angeschaut hat? Oder, noch schlimmer, nicht angeschaut hat?

¹ Tages-Anzeiger, 07.03.2018
² Basler Zeitung, 08.03.2018
³ Ebd.
⁴ Ebd.
⁵ Charlotte Theile, *Ist die AfD zu stoppen?* Rotpunktverlag, Zürich 2017: 106.
⁶ Ebd.: 121.
⁷ <https://www.youtube.com/watch?v=BdmBCBfbB9A>
⁸ Basler Zeitung, 08.03.2018



L'artiste autrichien Christoph Meier (né en 1980) en montage, cette semaine au Casino Luxembourg. Meier, dont on a pu voir le travail minimaliste et rigoureux l'année dernière chez Nosbaum-Reding, vient de l'architecture et de la sculpture (il fut étudiant de Heimo Zobernig), a en fait beaucoup d'humour sous ses airs de premier de la classe. Au Casino Luxembourg, il installe par exemple une forêt de bambou, le matériel venant juste d'être livré sur cette photo. *CCOOOO*, titre de la monographie, est une continuation ou une déclinaison de *C&O*, en 2016 au Kunstverein à Hambourg, et de *C O C O* au Kiosk à Gand en 2017. Le vernissage, qui promet d'être gai, parce que pour Meier, l'art est une fête, aura lieu vendredi prochain, 4 mai à partir de 18 heures ; le lendemain, samedi 5 mai à 18 heures, un *artist talk* permettra de rencontrer Meier et son ami Markus Schindwald (casino-luxembourg.lu). jh

tablo

Politique



La Gan avant été

Nous avons profité de la conférence de presse de lancement de l'exposition *(Un)expected treasures*, le 16 avril au Naturmusée (*d'Land* 16/18 ; photo : TPC) pour nous enquérir du deuxième grand projet lancé, comme cette exposition, par le Premier ministre et ministre de la Culture Xavier Bettel (DP) : la Galerie d'art nationale (Gan), qu'il voudrait installer dans le bâtiment de l'ancien Athénée, une fois que la BNL l'aura quitté. Bien qu'on n'en entende plus du tout parler, Xavier Bettel promet que le projet suit son cours et qu'il aimerait soumettre un avant-projet de loi d'ici l'été au conseil de gouvernement. « Ce ne sera pas un ghetto, mais une vitrine pour les artistes autochtones », dit-il. jh

Quatre au dernier round

La semaine prochaine, le 5 mai, le président du Conseil d'administration du Mierscher Kulturhaus, Marc Fischbach (CSV), dévoilera le nom du successeur de Karin Kremer à la direction du centre culturel régional. Des 24 candidats qui avaient répondu à l'appel public, quatre ont été auditionnés au dernier tour de la procédure de recrutement. Karin Kremer fait valoir ses droits à la retraite au 31 décembre. jh

Arts plastiques

Voir plus grand

On respire dans les ateliers d'artistes : alors que depuis quelques temps, la rumeur circulait que la participation luxembourgeoise à la biennale d'art de Venise 2019 n'allait plus être décidée par un jury, mais par la nouvelle directrice du Mudam, Suzanne Cotter, et son confrère du Casino, Kevin Muhlen, la publication de l'appel public à candidatures cette semaine vient rassurer tout le monde. Ce sera toujours un jury qui choisira le projet, bien que les artistes aient été virés de ce jury (il s'agissait depuis plusieurs éditions toujours du dernier qui avait fait Venise). Emma Lavigne, directrice du Centre Pompidou Metz, Suzanne Cotter donc, Danielle Igniti des centres d'art de Dudelange, Frank-Thorsten Moll de l'Ikob à Eupen et Kevin Muhlen auront la charge de répartir les projets sur dossier. Mais les artistes doivent être dans les *starting-blocks*, comme la date limite pour la soumission des candidatures est déjà le 27 mai. Comme en 2017, le Casino est en charge de la production. La grande nouveauté toutefois sera que le pavillon luxembourgeois a changé d'emplacement : ce ne sera plus à la charmante Ca' del Duca, mais à la *Sale d'armi* de l'Arsenale (photo : MC), beaucoup plus grande. Les architectes seront les premiers à investir ce nouveau lieu, fin mai de cette année. Le budget du pavillon a été augmenté en conséquence, plus 136 660 euros par rapport à l'année dernière, à 370 660 (frais de location compris) pour cette année. jh



Luxemburgensia

A Menn's World

Am 23. April, passend zum Welttag des Buches, verkündete die Jury des *Prix Servais* den Gewinner des mit 6 000 Euro dotierten Preises, der seit 1992 für die beste literarische Buchveröffentlichung des Vorjahres vergeben wird. Die Wahl fiel wenig überraschend auf Nico Helmingers wuchtigen gesellschaftskritischen Roman *Kuerz Chronik vum Menn Malkowitsch sengen Deeg an der Loge*, der von Kritik und Kollegen einhellig gelobt worden war. Helmingers darf sich nach 2014 bereits zum zweiten Mal über den Preis und hoffentlich noch einmal ansteigende Verkaufszahlen freuen. Die eigentliche Überraschung bestand dieses Jahr in der Vorauswahl, die zum ersten Mal vorab veröffentlicht worden und denkbar androzentrisch ausgefallen war. es

Les pieds dans le plat

Cumuler les métiers de Premier ministre et ministre de la Culture n'est pas évident, surtout un jour comme mardi : alors qu'il se préparait à présenter sa déclaration sur l'état de la nation en début d'après-midi (p.3), photo à l'appui, Xavier Bettel (DP) a vite profité d'une minute de répit pour féliciter le lauréat du *Prix Servais 2018* via *Twitter*. Sauf qu'il s'est emmêlé les pinceaux et a envoyé ses félicitations à ... Guy, le frère cadet, au lieu de Nico. Bien sûr, la gaffe a fait la risée des réseaux sociaux, les deux frères auteurs se moquant allègrement de cette inculture du ministre (« si on s'intéressait à la littérature luxembourgeoise et lisait nos livres, cela n'arriverait pas », écrit Guy). L'incident a même fait la Une du gratuit *L'Essentiel*, qui n'est pas connu pour ses pages littéraires. Le *tweet* a été rapidement supprimé. jh

Politique



Une pétition pour une halle

Depuis ce mercredi, on peut signer la pétition électronique n° 989 sur le site de la Chambre des députés, *chd.lu*. La pétition, déposée par Daniel Cao, le secrétaire, au nom de l'Amicale des hauts-fourneaux A & B, demande que la Halle des soufflantes à Belval (photo : sb) soit sauvagée. L'imposante halle remonte au début du XX^e siècle et est un des derniers vestiges industriels de l'ancienne Adolf-Emil-Hütte dont le sort ne soit pas encore fixé. Le ministre du Logement, Marc Hansen (DP), avait proposé un projet de logement sur ce site, et depuis, les défenseurs du patrimoine industriel et les militants culturels sont vent debout. En 24 heures, 320 personnes avaient déjà signé la pétition. jh

Utilitariste

Dans sa déclaration sur l'état de la nation, Xavier Bettel a affiché une vision très utilitariste de la culture. Qui serait à la fois nécessaire pour attirer des entreprises (ah, ces programmations de ballet pour satisfaire les épouses de banquiers dans les années 1980) et un bon liant pour la cohésion sociale. Plus étonnement, le ministre de la Culture a affirmé que lui et le gouvernement soutenaient Esch 2022 « de toutes leurs forces ». jh

Hype

Viel gut essen

On a pleuré une première fois en constatant, en 2016, que lors de sa restauration (!), le Casino Luxembourg – Forum d'art contemporain ait abandonné presque tout le rez-de-chaussée au profit d'un bar-restaurant (où personne ne va, parce que c'est beaucoup trop cher). On a pleuré une deuxième fois lorsqu'on a appris que le Mudam démontait une installation originale, la *Chapelle* de Wim Delvoye, pour faire de la place pour un atelier pédagogique. Et on pleure chaque année depuis six ans maintenant, quand les Rotondes, le centre socio-culturel le plus attractif et le plus pointu du pays dans sa programmation musicale, se transforme chaque printemps, durant un week-end en une *Schueberfouer* un peu plus branchée, les attractions en moins. Cela s'appelle *Eat it – Street food festival* et ce samedi et dimanche, à partir de midi, on pourra venir y ... manger. Une vingtaine de *food-trucks* internationaux y proposeront des plats vegans et végétariens, le thème de l'année. Un *food-truck* étant une vieille camionnette pourrie à laquelle son propriétaire a mis un coup de peinture et où un/e serveur/se aussi dépassé/e que tatoué/e sert des frites trop grasses dans une barquette biodégradable. En 2017, les chiffres viennent d'être publiés, les Rotondes ont attiré 90 000 spectateurs, dont 13 700 (!) pour le seul *Eat it*, contre 16 610 pour tous les concerts, y compris le festival *Congés annulés* – c'est à désespérer. On attend donc un/e ministre de la Culture ou un conseil d'administration qui libère l'administration de l'asbl Rotondes de la pression du chiffre, et lui rappelle sa mission culturelle. Pour la bouffe, il y a bien assez de commerces dynamiques qui font cela très bien. jh

Arts plastiques

De l'énergie à revendre...

...voilà ce qu'ont les organisateurs et artistes autour de Théid Johans qui s'approprient chaque année un immeuble abandonné à Esch-sur-Alzette pour y montrer leur art. Ils sont une quarantaine à travailler sur place, des artistes de *street-art* en passant par des photographes jusqu'aux peintres et aux sculpteurs. Où l'installation sur place est probablement le moment le plus excitant. Cela s'appelle *Lankelz*, 82, rue de Mondercange, vernissage ce soir, 27, à 18 heures (ouvert les week-end, jusqu'au 13 mai). jh

Siegerkunst

À l'opposé de la scène libre qu'est *Lankelz*, dans le domaine des institutions, le Mudam vient d'annoncer cette semaine la composition de son nouveau comité scientifique, qui assiste et conseille la directrice Suzanne Cotter dans ses choix d'acquisitions pour la collection du musée. Il s'agit de Nancy Spector, la très respectée directrice de la Guggenheim Foundation de New York, de Daniel Birnbaum, le directeur du Moderna Museet de Stockholm, et d'Okwui Enwezor, curateur réputé de la *Dokumenta 11* ou de la Biennale de Venise 2015 (aujourd'hui directeur du Haus der Kunst à Munich). Ils seront surveillés par Jeff Erpelding en tant que représentant du CA. Le budget d'acquisition du Mudam, inscrit jadis dans la loi budgétaire avec 620 000 euros annuels, avait été réattribué aux frais courants. Xavier Bettel a promis de l'augmenter. Ces trois experts de l'art contemporain ne risquent pas d'acheter beaucoup au Luxembourg, mais plutôt chez Gagosian ou lors des dîners de vernissage des fondations privées. jh

Theater

Ergreifend, überfrachtet

Claude Reiles

Christoph Rasches unscheinbares Bühnenbild – ein flacher Stoffbelag, der sich im hinteren Bereich gelblich im Halbkreis nach oben zieht –, wird in der Eingangsszene in kaltes Blau gebadet, Nebelmaschinen tauchen den Ort ins Ungewisse ein. Im Dickicht dieser Schwaden zieht eine weibliche Gestalt die Leiche eines vermutlich jungen Mannes von rechts nach links, schleift sie schweren Schrittes über den Boden, bevor zentnerweise Erdboden wie Dreck vom Himmel stürzt, um an das Gartenzimmer in Ibsens *Gespenster* zu erinnern und die Handlung teils in Rückblenden aufzurollen.

So lässt diese atmosphärisch ergreifende und vielsprechende Eingangsszene vermuten, dass die Witwe Helene Alving nicht nur ihren an Hirnweichheit verstorbenen Sohn, sondern auch den seit einem Jahrzehnt verblichenen Gatten hinter sich herzieht. Sämtliche Lasten ihres Lebens, das liederliche Treiben ihres Ehemannes, die unerbittlichen Forderungen nach sozialen Konventionen, Pflicht und Arbeit: Helene wird sie als Heuchelei enttarnen.

Regisseur Johannes Zametzer inszeniert Henrik Ibsens *Gespenster* in einer Koproduktion der Théâtres de la Ville de Luxembourg mit den Ruhrfestspielen Recklinghausen. Mit Almut Zilcher in der Rolle der Helene Alving, Luc Schiltz als ihr Sohn Oswald, Götz Argus als Pastor Manders, sowie Martin Engler und Anouk Wagener als Tischler Engstrand und Tochter Regine bietet die Produktion ein starkes Darsteller-Ensemble, das Ibsens Werk sowohl gattungsmäßig als auch stilistisch in einen Theaterabend der Extreme verwandelt. Die eskalieren-

Zametzer inszeniert eine spektakuläre und atmosphärisch intensive *Gespenster*-Fassung, schlittert jedoch streckenweise ins Alberne ab

de Handlung um Heuchelei und Doppelmoral im Kampf gegen den Mut zur Wahrhaftigkeit schwankt zwischen Grotesk-Komödiantischem und Momenten hysterischer Grenzerfahrungen hin und her.

Besondere Erwähnung sollte Luc Schiltz' Interpretation als hirnerkrankter, für libertäres Gedanken- gut anfälliger Nachkomme finden. Die Mischung aus Freiheitsliebe und mentaler Zerrüttung des Oswald Alving findet ihren Ausdruck in der besonders intensiven Sprache des norwegischen Dichters, die durch Texte von Jacques Derrida und Charles Baudelaire verstärkt wird. Auch Martin Englers maßgeschneiderte Interpretation des angetrunkenen, sympathisch-hinterlistigen Ziehvaters fällt in einem insgesamt souveränen Ensemble auf.

Trotz eines abfallenden Spannungsbogens in der zweiten Hälfte der Produktion ist immer etwas los, fallen der Regie neue Details und Spektakel ein: Geschrei, Gepolter, komplexe Klangkompositio-



Martin Engler, Götz Argus, Luc Schiltz und Almut Zilcher

nen, orgiastische Raufereien im Schlamm, pornografische Gestik auf der Rampe. Vom brennenden Asylheim mit einer Bühne in verschwommenem Blutrot über Schampusgurgeln und dem vergeblichen Versuch, das Kulissenbild im Freiheitsdrang zu überwinden, führen manche Kunstgriffe leider allzu oft zum Überfluss. Keinesfalls können hier sämtliche Regieeinfälle eines Theaterabends Erwähnung finden. Höhepunkt dieses Makels ist die minutenlange, heuchlerische Moralpredigt des Pastors gegen die vermeintlich anti-christliche Weltanschauung der Helene Alving. Was in den ersten Zügen eindringlich wirkt, artet nach wenigen Minuten zur überdrehten Albernheit aus. Argus wirkt in diesem Moment – neben anderen überaus star-

ken Szenen – wie die Karikatur eines Demagogen. Selbst die beschwörenden Handbewegungen erinnern an die auf Brusthöhe verkrampten Kampfesfäuste verblendeter Rattenfänger.

Insgesamt liefert Johannes Zametzer eine kraftvolle Ibsen-Interpretation. Mit Christoph Rasche (Bühnenbild), Sophie Van den Keybus (Kostüme) und Martin Englers Klangarbeit steht der gesamte Abend im Dienst einer atmosphärischen Verdichtung, einer Frontalkollision von Pflicht und persönlichem Bedürfnis in ihren unterschiedlichen hypokritischen Ausführungen. Die Handlung bleibt ein typischer Ibsen, sieht man einmal von der aufgewerteten Flüchtlingsthematik ab. Formal

jedoch greift Zametzer mit seinen teils originellen Ideen so intensiv ins Geschehen ein, dass die Inszenierung manchmal in schiere Überfrachtung abschlittert. Diese Arbeit ist oft überzeugend, in Momenten jedoch überdreht und bedient sich nicht selten einer Prise *too much*.

Gespenster von Henrik Ibsen; Regie: Johannes Zametzer; Regieassistent: Victor-Joe Zametzer; Bühne: Christoph Rasche; Kostüme: Sophie Van den Keybus; Klang: Martin Engler; Requisite: Marko Mladjenovic; es spielen: Götz Argus, Martin Engler, Luc Schiltz, Anouk Wagener und Almut Zilcher; eine Produktion der Théâtres de la Ville de Luxembourg mit den Ruhrfestspielen Recklinghausen, wo das Stück Mitte Mai gespielt wird. Weitere Informationen unter www.ruhrfestspiele.de

Cinéma

Amor fati

Loïc Millot

Mektoub, my love : *Canto uno* est le sixième long-métrage d'Abdellatif Kechiche. Le titre, en combinant trois langues étrangères, affiche déjà le cosmopolitisme du cinéaste franco-tunisien. Aussi annonce-t-il une suite, un second chant (païen) à cette histoire évoluant sous le soleil de Sète, la ville de Paul Valéry et de George Brassens, où s'était auparavant tenu *La graine et le mulet* (2007).

Librement inspirée d'un roman de François Bégau (2011), la nouvelle fable méditerranéenne de Kechiche se déroule au cours de l'été 1994. On se rend compte, selon le point de vue que l'on adoptera, de ce que l'on a perdu ou de ce que l'on a gagné en deux décennies. Toujours est-il que les téléphones portables étaient absents, et les ordinateurs relégués dans une pièce froide du logis. Dés-appareillés, les jeunes voluptueux de *Mektoub my love* sont disponibles et bel et bien présents. Exhibés à la plage, en boîte ou dans la rue, leurs beaux corps indolents flattent l'œil autant qu'ils exultent le toucher. Les flots irisés nappent d'une douce nostalgie la fable estivale de Kechiche. Au travers de scènes de baignades pleines d'allégresse, le cinéaste sensualiste chante les femmes et leurs formes, tel un peintre devenu captif de son modèle.

On peut ainsi rapprocher des *Baigneuses* de Picasso les courbes généreuses de la belle Ophélie (Ophélie Bau), qui se trouve au cœur de toutes les rumeurs mélodramatiques. Autour de ses fesses gravitent deux cousins, Tony (Salim Kechiouche) et Amin (Shaïn Boumedine), le solaire et le lunaire. Le premier est un séducteur bien connu de la ville ; le second, venu à Sète passer quelques jours dans

Dés-appareillés, les jeunes voluptueux de *Mektoub my love* d'Abdellatif Kechiche sont disponibles et bel et bien présents



Chaque film de Kechiche constitue un engagement en faveur des forces vivantes de la jeunesse

sa famille, se tient en retrait, se cache derrière sa timidité et ses projets de films parisiens. Là où Tony s'engage de tout son corps dans la réalité, jusqu'à brûler la vie par les deux bouts, le second peine à cacher son malaise en société. Cinéphile, Amin s'enferme en journée pour regarder des films soviétiques. Passionné de photographie, il se réfugie dans l'obscurité d'un laboratoire pour y développer ses tirages. Sa sensibilité intellectuelle semble l'empêcher de vivre immédiatement la vie, comme le fait si naturellement son cousin noceur. Amin a besoin d'un retrait pour observer le monde et du recours à des cadres pour le recomposer. À côté des sirènes échappées des flots, Amin ne refuse pas la compagnie de mannequins, en quête d'harmonie et d'idéal.

Ce dernier personnage, on l'aura compris, n'est autre que l'alter ego du cinéaste, à l'époque où celui-ci se démenait pour vendre ses scénarios à des producteurs. Il aura fallu la confiance de Jean-François Lepetit pour que soit financé *La faute à Voltaire* (2000), primé meilleur premier film à la Mostra de Venise. C'est cette même attitude humaniste que reproduit à présent Kechiche envers les acteurs. Chacun de ses films découvre des talents qui n'attendaient que d'être mis en lumière. Ainsi révèle-t-il au grand public la verve de Sara Forestier (*L'Esquive*, 2004) ou encore la grâce obscure de Hafsa Hersi (*La graine et le mulet*, 2007), actrice que l'on retrouve dans *Mektoub, my love*. Ainsi, chaque film de Kechiche constitue un engagement en faveur des forces vivantes de la jeunesse, ces forces auxquelles on ne donne pas suffisamment en France les moyens d'exister. La famille parisienne du cinéma n'a qu'à bien se tenir. De Kechiche, il reçoit discrètement une leçon méritée.

LIKE A JAZZ MACHINE 7TH EDITION
INTERNATIONAL JAZZ FESTIVAL DUDELANGE
10-13 MAY 2018

EPS TRIO - D. ERDMANN / P. PERFIDO / H. SIEVERTS
ARTIST IN RESIDENCE

JEFF HERR CORPORATION

REGGIE WASHINGTON 4TET

CYMANDE

MICHEL MEIS 4TET
ARTIST IN RESIDENCE

ENRICO PIERANUNZI 4TET FEAT. SEAMUS BLAKE

STÉPHANE KERECKI - FRENCH TOUCH

CHLORINE FREE FEAT. SOWETO KINCH + NYA

NATHALIE LORIERIS TRIO

MAXIME BENDER AWAKE 4TET FEAT. JOACHIM KÜHN
ARTIST IN RESIDENCE

SYLVAIN RIFFLET - REFOCUS

MELT YOURSELF DOWN

DADADA - R. NEGRO / E. PARISIEN / M. RABBIA

MICHEL REIS DOUBLE QUARTET

NASHEET WAITS EQUALITY QUARTET

RETO WEBER PERCUSSION ORCHESTRA

WWW.JAZZMACHINE.LU

Photo by Gerard Beckers / layout by Benker Palace

opderschmelz
www.opderschmelz.lu

DIDDELENG
VILLE DE DUDELANGE

SACE
LUXEMBOURG

music: LX
LUXEMBOURG

emile weber
LUXEMBOURG

Arts plastiques

La vie au travail

Marianne Brausch

C'est une petite exposition – une vingtaine de toiles et gravures seulement – que l'on peut voir actuellement à la Villa Vauban. Mais Paula Modersohn-Becker, touche le visiteur non seulement par la qualité des sujets (natures mortes, portraits, paysages). Elle fut en son temps, une précurseure, peignant de manière simplifiée, faisant ressortir les formes et les couleurs : Paula Modersohn-Becker a peint à la charnière des XIX^e et XX^e siècles...

Elle était une femme, dans une colonie d'artistes essentiellement masculine, à Worpswede, non loin de Brême dans le Nord de l'Allemagne. D'un milieu cultivé mais pas très aisé – ses parents destinaient leur fille née en 1876 à devenir institutrice ou gouvernante –, elle fut néanmoins autorisée à suivre des cours de peinture à Berlin et ensuite à Worpswede. Dans cette assemblée à dominante masculine, son amie était Clara Westhoff, future épouse de Rainer Maria Rilke, par qui, lors d'un de ses séjours parisiens, elle connut Rodin. Paula, elle, épousa Otto Modersohn, un des peintres célèbres de la colonie d'artistes, qui certes l'encouragea fortement, mais elle resta longtemps la femme de qui peignait...

L'apogée de son succès français est fort récent : en 2016, le Musée d'art moderne de la Ville de Paris a consacré une grande rétrospective à Paula Modersohn-Becker, avec plus d'une centaine de ses œuvres exposées, provenant de la fondation qu'a créée la fille de l'artiste (elle mourut à la naissance de la petite fille en 1907).

L'exposition de la Villa Vauban est beaucoup plus modeste, mais provient du Landesmuseum Hannover, qui possède une riche collection des peintres de la colonie de Worpswede. Loin de la peinture académique et officielle qu'ils détestaient, les artistes appréciaient les paysages de lande et de tourbière, les marécages et la simplicité de la ville paysanne.

On retrouve cela dans les trois tableaux qui ouvrent l'exposition et qui sont ceux d'hommes. Leurs couleurs (on peignait à l'époque sur le motif), sont sombres comme l'était la terre, l'eau, le ciel chargé de nuages et de pluie. Puis vient la salle consacrée à Paula Modersohn-Becker. Et on voit immédiatement autre chose dans ses paysages : point de représen-

Portrait d'une artiste hors norme à la Villa Vauban : Paula Modersohn-Becker et quelques œuvres choisies

tion générale qui raconterait comme une histoire, mais un focus sur des détails et des couleurs beaucoup plus claires. La texture est matte qui plus est (technique mixte sur carton ou toile), c'est-à-dire sans effet de pinceau. Sauf pour un tableau, qui paraît beaucoup plus libre dans son expression que celle de ses collègues hommes.

Suivent, dans la même salle – on peut regretter qu'il n'y ait pas de cloisonnement dans l'exposition consacré aux trois thèmes, les paysages, les natures mortes et les portraits – des fruits avec des cruches qui, dirait-on retiennent la nappe (c'est peut-être les mouvements de celle-ci qui est le sujet), des vases de fleurs. L'un est presque cubiste. Mais c'est une assiette de fruits qui retient surtout l'attention : il n'y a pas de décor, c'est juste un gros plan. On pense à Cézanne, ou plutôt à aussi bien Cézanne, que Paula Modersohn-Becker connut avant même qu'il ne soit célèbre. Car elle effectua plusieurs séjours à Paris, pour continuer à étudier, dans ce qui était, au tournant du siècle passé, « le » centre artistique d'avant-garde.

Témoignent de son avant-gardisme à elle, les portraits : on dirait qu'ils portent des masques, qu'il s'agit de statuaire simplifiée. Les jeunes filles sont représentées en buste ou à mi-corps, l'une porte une couronne de fleurs des champs, l'autre un petit chapeau plat de paysanne, l'arrière-plan, le mur



Paula Modersohn-Becker touche le visiteur non seulement par la qualité des sujets (natures mortes, portraits, paysages). Elle fut en son temps, une précurseure

et le sol, sont traités au même niveau avec juste une ligne de séparation à mi-hauteur du tableau. Viennent ensuite une série d'eau-fortes et de gravures rares – elle n'en réalisa que treize en tout pour

750 peintures et un millier de dessins. Ici, encore une fois des représentations simples à l'extrême attirent le regard : un dessin au fusain d'une femme à la fenêtre et un autre d'une fille avec une fleur.

L'exposition *Paula Modersohn-Becker (1876-1907) : Peintures et dessins* est à voir encore jusqu'au 10 juin à la Villa Vauban, Musée d'art de la Ville de Luxembourg. 18, avenue Emile Reuter, Luxembourg-ville ; www.villavauban.lu

Politique culturelle

Changement de saison

Kévin KroczeK

Mercredi 18 avril, en fin de matinée, la place de l'Europe commence à fourmiller. Aux habitués employés de bureau partant déjeuner se mêlent des musiciens et des journalistes. Les cigarettes sont consommées à la hâte et on se presse à la Philharmonie. Au sous-sol, dans l'espace découverte, est organisée la présentation de la nouvelle saison 2018/2019 de l'institution et de son Orchestre philharmonique. Des dossiers de presse sont distribués à l'entrée ainsi que quelques *goodies* pour appâter les visiteurs. Certains semblent émerveillés par les batteries externes pour *smartphones* gracieusement offerts. En guise d'amuse-bouche encore, une brève mais sympathique introduction musicale du Quatuor Beat. Gabriel Benlolo, Laurent Fraiche, Jérôme Guicherd et Adrien Pineau, percussionnistes en leur état, exécutent une chorégraphie. Munis de baguettes, ils tapent frénétiquement sur des chaises en bois en tournant autour. L'un d'eux, en reculant, se prend le pied dans le tapis et manque de trébucher. Toutefois, le set terminé, les applaudissements sont nourris.



Les orateurs et le Quatuor Beat lors de la conférence de presse, mercredi dernier

L'audience étant d'emblée conquise, la conférence de presse peut débiter. Le secrétaire d'État à la Culture, Guy Arendt (DP), commence par remercier tous les participants. Il est suivi par Pierre Ahlborn (Banque de Luxembourg), président du conseil d'administration et Stephan Gehmacher, directeur général de la Philharmonie. On passe du français à l'allemand puis à l'anglais, une conférence trilingue, comme souvent. Sur le principe d'une table-ronde, différents intervenants décortiquent la future programmation qui, il faut l'admettre, est plus qu'alléchante.

Trois personnalités d'envergure seront en résidence au Grand-Duché le temps de quelques dates avec l'OPL (Orchestre philharmonique Luxembourg) : Yuja Wang, Brad Mehldau et Philippe Herreweghe. La première est une pianiste chinoise, aussi talentueuse que médiatisée et commentée. Le second, Américain, est sans doute le pianiste de jazz le plus influent de sa génération. Proche notamment du saxophoniste Joshua Redman. Enfin le



Gustavo Gimeno, chef d'orchestre et directeur musical depuis trois saisons, se dit fier du chemin parcouru et ravi des nombreux projets prévus

dernier, le chef d'orchestre belge, maître de la musique dite ancienne, dirigera l'OPL pour quatre dates luxembourgeoises. Gustavo Gimeno, chef d'orchestre et directeur musical depuis trois saisons, présent lors de la conférence, se dit fier du chemin parcouru et ravi des nombreux projets prévus. Il dirigera l'OPL à 32 reprises dont 22 à l'étranger, et ce, aussi bien à Paris, Hambourg, Madrid qu'à Athènes ou Istanbul. La musique du pays va donc rayonner à l'international, mais aussi sur ses terres puisque l'institution compte privilégier certains artistes autochtones parmi lesquels la pianiste Cathy Krier, le vibraphoniste Pascal Schumacher et le trompettiste Ernie Hammes. Enfin, seront encore programmés Angélique Kidjo et Gast Waltzing, une combinaison toujours gagnante. Leur collaboration avec l'OPL leur a valu un Grammy Award en 2016, sacro-sainte récompense que les officiels brandissent toujours avec autant de ferveur, de manière assez amusante de surcroît, pour tenter de démontrer la légitimité de leurs actions.

Concernant d'autres événements ponctuels, on ne peut que se réjouir du retour de Chilly Gonzales, formidable pianiste canadien qui avait fait sensation à la Philharmonie en novembre 2015. Retour à la conférence, Lydia Rilling, *Chief dramaturg* et directrice artistique du festival *Rainy Days*, présente justement sa prochaine édition, qui sera sous-titrée *Get real*. La musique contemporaine sera donc bien de retour tout comme la musique lusophone puisque le festival *Atlántico* est reconduit pour une troisième édition. Le programme est ainsi dévoilé et minutieusement développé. Quelques questions sont posées par des membres de l'audience. En guise de conclusion musicale, le Quatuor Beat remonte sur scène. Les quatre performeurs se partagent un unique et large xylophone. Ils interprètent, à huit mains, le célèbre *Vol du bourdon* de Nikolai Rimski-Korsakov. L'exercice est ardu, car le rythme est effréné. Là encore les applaudissements fusent.

Plus d'informations : philharmonie.lu

Out of the crowd

Pèlerinage indie

Sébastien Cuvelier

Des hommes chevelus et mal rasés s'abreuvent sur le parking du supermarché voisin. D'autres préfèrent la petite cour de la Kulturfabrik pour se rincer le gosier. Les plats végans ont moyennement la cote à côté des *grillwurst* et autres hamburgers disponibles quelques centaines de mètres plus loin. Les fans de Motorpsycho sont là et attendent leur groupe favori avant d'envahir la salle, tandis que quelques jeunes pousses *indie* excitantes déflorent les hostilités. Quinzième édition déjà pour le festival Out of the crowd (OOTC) et une belle affiche pour régaler tout ce que le Grand-Duché compte de fans de musique indépendante, alternative, oblique.

C'est qu'avant la triple déflagration finale (Motorpsycho donc, This Town Needs Guns et Metz – le groupe canadien, pas la ville lorraine), il y avait de quoi se réjouir pour les grappes d'*indie-nerds* se fichant pas mal du soleil omniprésent et désirant découvrir quelques sensations du moment. Focus sur quelques-unes d'entre elles, en commençant par le régional de l'étape, Antoine Honorez aka Napoleon Gold, qu'on a l'impression d'avoir vu mille fois, mais qui arrive toujours à surprendre. Cette fois, c'est via l'adjonction de Pit Dahm à la batterie que son set prit des tournures tantôt jazzy, tantôt denses et explosives comme sur le final *Midnight*

Le OOTC, outre ces groupes que vous ne connaissez sans doute pas, c'est surtout une communauté de passionnés, devant, derrière et sur la scène

call, une tuerie en montagnes russes écrite avec Aamar. On attend avec impatience l'album en mai.

Dans la petite salle affublée du patronyme des Rotondes, partenaire de l'événement depuis quelques années, s'affaire Grooms, trio de Brooklyn aux guitares affûtées et aux sons stridents. On se retrouve catapulté en plein dans les années 90, on pense à Sonic Youth, Pavement, Clinic. Des moments *shoegaze* nous font baisser la tête et taper du pied en regardant le sol, on se surprend à jouer de l'*air guitar* avec la main droite sur des riffs effrénés, bref c'est le bonheur absolu pour le



Porches, Napoleon Gold et Grooms (de gauche à droite) au OOTC 2018

quarantenaire pas encore rassasié par Deerhunter ou The Pains of Being Pure at Heart. Au niveau du set, les deux derniers albums (*Comb the feelings through your hair* et le récent *Exit index* sorti sur Western Vinyl, label entre autres de Dirty Projectors) sont à l'honneur, dans une version *live* beaucoup plus nerveuse que sur disque.

Dans la foulée, un grand gaillard au t-shirt douteux s'agit sur la scène de la Kufa, entouré de quatre acolytes. Son nom est Aaron Maine et son projet Porches est une splendide synthèse de pop à la fois contemplative et bondissante. À voir la



façon désinvolte et déconnaute dont le gaillard dégingandé s'exprime entre les morceaux, on a presque du mal à croire la justesse de la musique fabriquée devant nos yeux. Les mélodies sont imparables, c'est brillamment construit et exécuté quasi à la perfection. On comprend sans problème pourquoi les Américains ont signé chez Domino (mastodonte de l'*indie* avec des gens comme Arctic Monkeys ou The Kills dans le catalogue). Un concert parmi les meilleurs de la journée.

Le OOTC 2018, c'était aussi les belges de BRNS, attendus après leur passage sur la même scène en



2013. Ils n'ont pas déçu, pas plus que Metz, peut-être le groupe le plus puissant du moment, une véritable orgie sonore aux déflagrations telluriques. Mais le OOTC, outre ces groupes que vous ne connaissez sans doute pas, c'est surtout une communauté de passionnés, devant, derrière et sur la scène. Une clique de gens qu'on finit par connaître et reconnaître. Des organisateurs engagés qui ne font pas de compromis et ne jouent pas la facilité. Pour ceux qui ont préféré en ce samedi ensoleillé suivre leur flamme à Esch/Alzette plutôt que subir du hip hop frelaté et des *selfies* vulgaires à Esch/Sûre, c'est déjà ça de pris.

Cinémasteak

Zeitgeist

Michelangelo Antonioni est connu et célèbre pour son cinéma « réaliste » mais pas « néo », c'est-à-dire pour un cinéma qui se préoccupe moins de la lutte finale que des états d'âme ultimes, et moins de la « convergence des luttes » que de « la coalescence du sens et de la forme » (Pascal Bonitzer, *Cahiers du cinéma*, janvier 1976). Exit *partigiani*, paysans, ouvriers, *riz amer* et *voleurs de bicyclette*, la caméra d'Antonioni sonde les âmes bourgeoises en traquant les visages comme des paysages, en filmant les paysages comme des projections mentales, et en cadrant les corps par les décors. Le cinéma d'Antonioni est lent, suspendu et beau. Les âmes tourmentées sont bien bourgeoises mais l'expérience de leur mise en scène, lorsqu'elle est réussie – car il arrive d'être ennuyé par l'ennui d'Antonioni – produit un tourment bien partagé.

C'est ainsi que l'on perçoit de la continuité thématique et stylistique dans la tétralogie existentielle et italienne du début des années soixante (*L'Aventura*, *La Notte*, *L'Eclisse*, *Il Deserto rosso*) et sa suite anglo-américaine dans les années 1970 (*Blow up*, *Zabriskie Point*, *The Passenger*, plus connu sous son titre italien *Professione : Reporter*). Non seulement l'homme moderne est étranger à lui-même mais il est incapable d'échapper à son destin, qui consiste précisément à endosser un rôle. D'où la récurrence

Un journaliste pense se libérer de son passé en échangeant son identité avec celle d'un homme mort : Professione : Reporter d'Antonioni



Chez Antonioni, l'homme moderne est étranger à lui-même

plastique et physique du désert, dans les films d'Antonioni, qu'il prenne la forme des immensités vides de la plaine du Po ou de la sécheresse aveuglante des pays du Sud. La solitude du dedans et celle du dehors ne font qu'un et leur mise en image donne ce spectacle qui nous condamne à vivre le moment présent comme une attente sans fin.

C'est d'ailleurs le temps comme « personnage » que l'Université Populaire du Cinéma a choisi de valoriser dans sa septième leçon en projetant *Professione : Reporter*. Mais on aurait pu tout aussi bien le présenter dans le cadre des festivités de Mai 68, tant l'obsession antonionienne de l'aliénation rejoint la colère étudiante des campus universitaires. *Professione : Reporter* s'appuie sur deux acteurs rendus célèbres par leur performance précédente (Jack Nicholson, le héros de *One flew over the cuckoo's nest* et Maria Schneider, la jeune inconnue du *Dernier tango à Paris*). Il utilise le thriller et le thème très

politique de la perte d'identité pour interroger, à la manière des révoltés des années 1960, cette altérité radicale qui est en nous et qui nous détermine. La scène finale du film, très connue des cinéphiles, est souvent célébrée pour sa virtuosité. Celle-ci n'a pourtant rien de gratuit. Il s'agit d'un plan-séquence de plus de six minutes où la caméra d'Antonioni sort de la pièce dans laquelle repose Jack Nicholson, en réussissant l'exploit technique de traverser la grille qui la sépare de l'extérieur, avant de faire le tour de la place et de revenir vers le point de départ. Antonioni exprime ainsi une idée très simple : La continuité du récit est celle du temps qui passe, et de la vie qui continue, nonobstant la finitude des êtres. Fabrice Montebello

Professione : Reporter de Michelangelo Antonioni (Italie-États-Unis, 1975, vostf, 126', couleurs), sera projeté à la Cinémathèque, place du Théâtre, lundi 30 avril 2018 à 20 heures. Introduction du film par Emmanuel Siety à 19 heures.

Lesung

Cross the border

Vor anderthalb Jahren, am 19. Juli 2016, ist Jean-Paul Jacobs in Berlin verstorben. Das Kasemattentheater widmete dem Luxemburger Dichter am 18. April eine Lesung aus Originaltext und Kommentar, die einen anschaulichen Überblick über Leben und Werk bot. Zusammen mit der Schauspielerin Christiane Rausch, die den Großteil der Gedichte und Zitate des Autors vortrug, erinnerte Claude Conter, Leiter des Centre national de littérature und einer der Nachlassverwalter des Autors, an eine vor allem in den Anfangsjahren stürmische Künstlerkarriere. Der relativen Bekanntheit von Jacobs' Spätwerk, die auf zahlreiche Veröffentlichungen und die Auszeichnung mit dem Prix Servais (2004) zurückgeht, setzte Conter die allgemein weniger bekannten Facetten der dichterischen Anfänge entgegen. In Berlin, wohin er in den sechziger Jahren dem Luxemburger Mief entflohen war, führte Jacobs ein unstetes Berufsleben, lebte in einer Künstlerkommune und schrieb Texte, die auf Krawall und Provokation ausgerichtet waren. Ausgehend von Jacobs' erstem Gedichtband *apoll kaputt* und frühen Texten wie dem Gedicht „Die Demonstration“ oder der Kriminalsatire *Die Toten* schießen schneller verdeutlichte Conter die „Schockästhetik“ des jungen Jacobs, seine Verweigerung politischer Vereinnahmung in einer hochpolitisierten Umgebung, sein Angehen gegen ein verknöchertes bürgerliches Kunstverständnis. Die in dieser Schaffensphase typische Darstellung grotesker Gewaltexzesse und sexueller Freizügigkeiten band Conter zurück an Jacobs' Bestreben, gemäß Leslie Fiedlers Schlagwort „Cross the border – close the gap“ Genrekonventionen aufzuheben und Grenzen zwischen hoher und populärer Kunst zu verwischen. Nicht ausgelassen wurden dabei Jacobs' vergebliche Bemühungen, im deutschen Literaturbetrieb Fuß zu fassen. Als Überraschungsgast betrat anschließend der Schriftsteller Pol Greisch die Bühne, um unter dem Gelächter des Publikums im Wechsel mit Christiane Rausch aus Jacobs' fiktiven Telefongesprächen (*De Jean-Paul ríft de Roger un*, 1993) vorzulesen. Auch der Autor selbst kam noch in einem Tondokument zu Wort, das sich im Nachlass von Roger Manderscheid gefunden hat. In diesen Momenten der Heiterkeit entsprach die Lesung Jean-Paul Jacobs vermutlich am meisten. Wie der Dichter in seiner Dankesrede zur Verleihung des Prix Servais bekannt hatte, bestand nämlich genau darin die Zielrichtung seines Werks: den Leser zu „erquickern“ und zu „ergötzen“. Elise Schmit

In den Momenten der Heiterkeit entsprach die Lesung Jean-Paul Jacobs vermutlich am meisten



05.05.2018 - 07.06.2018

www.centredart-dudelange.lu



Myriam Mechita

LA MAGIE DE TON OMBRE
(THE DRUNKEN BOAT IS CLOSE TO DIVE)



Sébastien Cuvelier

PARADISE CITY



Cinéma

Couché, assis, debout

Marylène Andrin-Grotz

C'est une question de pouvoir, évidemment. L'al-pha-maire Kobayashi veut se faire réélire à la tête de Megasaki, ville côtière du Japon. L'éducation, l'éco-nomie, peut-être ? Non, Kobayashi a bien saisi que l'aspirateur à voix électorales, c'est la sécurité. L'édile a trouvé sa cible à abattre : sus aux chiens malades de la grippe ! Ces quadrupèdes errant dans les rues, dégoulinant de la truffe, voilà la source de tous les maux. La grippe canine se soigne alors par la dépor-tation : tous les chiens seront envoyés sur l'île dépo-toir d'en face, à commencer par Spots, le garde du corps d'Atari, pupille de Kobayashi. Ainsi, ce sont des centaines, des milliers de chiens que l'on envoie par téléphérique sur la décharge insulaire. Livrés à eux-mêmes, affamés et miteux, les chiens s'orga-nisent en bandes, comme celle de Chief, King, Boss, Rex et Duke. La branche scientifique de la mairie a beau avoir trouvé un remède, Kobayashi sentête, avide de pouvoir et de contrôle. Alors le jeune Atari s'envole alors maladroitement sur l'île avec l'espoir de retrouver son fidèle Spots, que la meute qui l'ac-cueille ne semble pas connaître.

Acclamé depuis son premier long-métrage (*The royal Tenenbaums*, 2001), l'Américain Wes Ander-son livre régulièrement ses pépites et *Isle of dogs*, réalisé en *stop-motion*, est probablement l'une des

L'Américain Wes Anderson livre régulièrement ses pépites et *Isle of dogs*, réalisé en *stop-motion*, est probablement l'une des meilleures



Isle of dogs est aussi une ode poétique à la démocratie

meilleures. Construit comme un conte, avec cha-pitres, présentation du contexte et des personnages, le film utilise une dramaturgie convenue, basée sur la quête d'un personnage. Mais Anderson détricote ses classiques, multiplie les points de vue et s'at-tache à épaissir les personnages. Si Bryan Cranston, Bill Murray ou encore Jeff Goldblum donnent de la voix, la poésie des marionnettes diffuse à elle seule une subtilité jamais démentie. Imparfaits, décatés, comme le souligne la mise en scène, ils n'attirent pas la compassion pour autant : leur détermination à se sortir de cette laideur et précarité ambiante attire l'intérêt, même si le récit concède à quelques facilités (les contradictions du chien dominant et son revirement assez soudain). Métaphores dys-topiques de tous les exilés, ces chiens survivent, victimes de l'arbitraire, partagent leurs souvenirs, tentent de surmonter leurs différences pour avan-cer ensemble. La figure contraire, Kobayashi, ac-compagné de son sbire Major-domo, ne se dévoile jamais et a élevé le cynisme en religion. Autour gravitent des figures fonctionnelles, utiles comme les deux scientifiques ayant trouvé un vaccin, mais aussi accessoires, comme la traductrice. Les Japo-nais parlent japonais, bien sûr, et tout n'est pas

traduit : là aussi, la subtilité des émotions est bien plus véhiculaires que la langue et Anderson fait des paroles une musique, au même titre que l'enveloppe sonore, que le compositeur Alexandre Desplats a imaginé vibrante, dynamique et interprétée par des Taiko, grands tambours japonais.

Mais c'est dans son approche visuelle que *Isle of dogs* se distingue de la simple petite histoire. Bien sûr, Akira Kurosawa, bien sûr Yasujiro Ozu sont les deux influences majeures du film. Mais les maquettes de Paul Harrod et Adam Stockhausen, nourries d'une accumulation de détails, forment un ensemble gra-phique contrasté, où les indices, disséminés çà et là, se voient toujours en deux dimensions. La ville, re-présentée uniquement dans sa globalité et ses sym-boles, tranche avec l'île, peu colorée et dépourvue de lignes de fuite : tout parallèle avec une certaine réalité ne serait peut-être pas tout à fait fortuite.

Car Wes Anderson prouve une fois de plus que les convictions politiques peuvent se révéler sous plu-sieurs formes : son ode poétique à la démocratie, à l'antispécisme et au rassemblement vaut mieux que bien les discours ambiants.

Musique classique

La touche Järvi

Figure majeure de la direction d'orchestre, maestro aux multiples facettes, et, cette sai-son, « artiste en résidence » à la Philharmonie, aux côtés de la soprano Anna Prohaska et de l'éclastique Jean-François Zygel, Paavo Järvi ne vient pas seulement pour quatre concerts avec son orchestre d'Estonie. Le 13 juin, en effet, il revient, à la tête de la Deutsche Kammerphilharmonie (dont il est le directeur artistique depuis 2004), pour une soirée entièrement consacrée à Brahms.

Un chef venu du Grand Nord pour diriger l'OPL dans Wagner et Beethoven

Or, le 19 avril dernier, c'est l'Orchestre philharmonique du Luxembourg qu'il a dirigé dans Wagner et Beethoven. Apprécié pour l'élégance, le raffinement et la clarté de sa direction, l'Esto-nien (qui confia tout récemment à un journaliste du *Figaro* que di-riger un orchestre revient à faire « de la musique de chambre en grand nombre ») est l'aîné d'une fratrie de trois jeunes chefs for-més à la direction d'orchestre par leur père, le vénérable vétéran Neeme Järvi.

La soirée débute aux accents du *Siegfried Idyll*, une aubade pleine de grâce délicieuse-ment poétique que le Maître de Bayreuth composa pour la naissance de son fils. Dans ce « private joke », page confidentielle, berceuse ineffable qui révèle un Wagner intime et souriant, lui que l'on imagine le plus souvent en orchestrateur d'orages, le fils prodigue qui s'est fait un prénom parvient à caresser les cordes et les bois du Philharmonique maison avec une gourmandise adaptée au propos, et que telle approximation de phrasé ou tel accroc des pupitres de la petite harmonie ne parviennent pas à entamer.

Le plat de résistance qui suivit cet hors-d'œuvre goûteux à souhait porte le sceau de Beethoven. La *Quatrième* du Maître de Bonn, celle dont Schumann, en des termes lyriques exubérants, disait qu'elle est « une svelte jeune fille grecque entre deux géants nordiques », est une symphonie que l'on aurait mauvaise grâce à qualifier de mineure par rapport à celles qui l'entourent, tant elle abonde en trouvailles tous azimuts abso-lument géniales – innovations que la direction limpide, rigoureuse, efficace du maître d'ouvrage met admirablement en valeur. Direction, enfin et surtout, d'une rare sobriété, en ce qu'elle évite les gestes démesurés qui sortent du champ de vision des musiciens. Ce qui en fait l'exact contraire de ces batteurs d'estrade que l'on subit parfois. La gestique du natif de Tallinn est incitative, sa main droite extrêmement active.

À 55 ans, le crâne déjà dénudé, mais le visage étonnamment jeune et la silhouette athlétique, la nouvelle étoile du Nord (qui n'entend pas céder à une ambition carrié-riste mais que seule la passion musicale anime) dégage une impression de puissance et de sûreté dont l'auditeur prend toute la mesure au plus tard dès l'Allegro vivace du premier mouvement, lorsque, à la faveur d'un tutti gonflé d'une joie bondissante, l'orchestre éclate fortissimo.

Dans le très prenant *Adagio* suivant, mouvement lent dont Berlioz, ne reculant devant aucune hyperbole, affirmait que « ce morceau, qui surpasse tout ce que l'imagination la plus brûlante pourra jamais rêver de tendresse et de pure volupté, semble avoir été soupiré par l'archange Michel, un jour où, saisi d'un accès de mélancolie, il contemplait les mondes, debout sur le seuil de l'empyrée », Järvi convainc par un constant souci du cantabile lyrique. Aussi s'emploie-t-il comme un beau diable pour conférer un maxi-mum de rondeur aux cordes et de souplesse à la dynamique. Tout se passe comme s'il réussissait tout à la fois à insuffler aux Opliens un bel enthousiasme (élixir qui ne s'évente jamais) et à leur laisser la bride sur le cou. Enfin, après un *Scherzo* endiablé et piaffant d'alcacrité, le chef invité entraîne ses troupes dans « l'allègre banderole mélo-dique » (Jean Chantavoine) du *Finale*, sans exacerber les contrastes dynamiques de cet hymne à la jovialité épatamment fantaisiste. Une belle réussite formelle qui se termine par une belle leçon de bonne humeur. **José Voss**

Zeitgenössischer Tanz

Sichtbare Begrenzung

Anina Valle Thiele

Man stelle sich vor, man hätte Steven Hawking auf die Bühne geschoben und ihm ge-sagt: Spiel mit uns Theater! Der Physiker hätte sich höchstwahrscheinlich geweigert, Vorführeffekte waren ihm zuwider. Der Umgang mit Menschen mit Behinderung ist auch in der Kunst eine Gratwanderung. Seit Jahrzehnten wird „Inklusion“ beschwo-ren, und doch mäandern die meisten künstlerischen Projekte, die Menschen mit Be-hinderung einbeziehen, noch immer zwischen behütender Fürsorge und der Insze-nierung von ihnen als Helden, nach dem Motto: Seht her, auch sie können tanzen!

Blickt man auf den gesellschaftlichen Umgang mit Menschen mit Einschränkungen, so wird zwar überall am politisch korrekten Vokabular geschraubt, der Ruf nach Barrierefreiheit und Inklusion ist in aller Munde, die gesellschaftliche Realität hat sich jedoch kaum geändert, der bemitleidend-fürsorgliche Blick ist noch immer Standard. Leider auch auf der Bühne, wie etwa *À part être* zeigt, eine Choreografie von Annick Pütz und Thierry Raymond, die im Rahmen des Projekts *Blancontact* im Merscher Kulturhaus aufgeführt wurde.

Dabei sind einige Details durchaus gelungen. So etwa das Bühnenbild (Trixi Weis): Fäden hängen von der Decke – die Tänzer betreten langsam die Bühne, einander stützend, oder sie rollen in Rollstühlen heran. An den Fäden werden sie Halt ma-chen und vor sich hin stammeln: „I – Ich – Ech“, ein Sprachendurcheinander, das an das Projekt *Babel* denken lässt. Die farbenfrohen Kostüme (Dagmar Weitze) strah-len Fröhlichkeit aus und stellen die Unterschiedlichkeit der Einzelnen selbstbewusst heraus ... So beginnt der Abend vielversprechend, doch die Choreografie will kein geschlossenes Ganzes bilden, wenngleich einige Bilder gelungen sind.

Während sich die Tänzer in einer Reihe am Bühnenrand aufstellen, herrscht wildes Gemurmel. Klavierklänge von Pink Floyd sind zu hören und Satzketzen wie: „I was made for loving you!“ Zwei Musiker treten in die Mitte der Bühne und improvisie-ren am Kontrabass. Der Tänzer Giovanni Zazzera leitet die Tänzerinnen an, seinen Bewegungen zu folgen – ein gelungener Effekt, der sich als Spiel mit Berührungs-ängsten lesen lässt. Doch wenn zu lieblicher Klaviermusik Personen Rollstühle im Kreis umherschieben, werden die Blicke gerade auf diese „Anderen“ gelenkt. Ästhe-tisch gelungen hingegen das Bild, in dem Tänzerinnen Seile quer über die Bühne spannen. Verschiedene Sequenzen der Choreografie beeindrucken durchaus, etwa wenn eine Frau an den aufgespannten Seilen hängt und sich darin windet und andere

À part être ist der Versuch eines inklusiven Theaterstücks, das ein Miteinander beschwört, doch einige der Menschen mit ihren Einschränkungen vorführt

sie zurückziehen werden. – Geometrische Seilspiele von sechs Tänzerinnen, die mit den Seilen ein Quadrat bilden, in das der Rollstuhlfahrer unter melodramatischen Klängen hineingefahren kommt, um darin seine Kreise zu drehen. Doch was wirken könnte, wird in *À part être* verkitscht: Etwa wenn Tänzer, die zu schweben schei-nen, zu sanften Klavierklängen nach herabfallenden Federn greifen. Ein Greifen nach Träumen? Das Zusammenspiel der Tänzer Christiano Dias Andrade und Giovanni Zazzera vermag in der Tat zu beeindrucken: Zu fröhlichen Klarinettenklängen balan-cieren die beiden mit Plastikgeschirr über eine Picknickdecke – ein Balanceakt, bis das Geschirr durch die Luft fliegt.

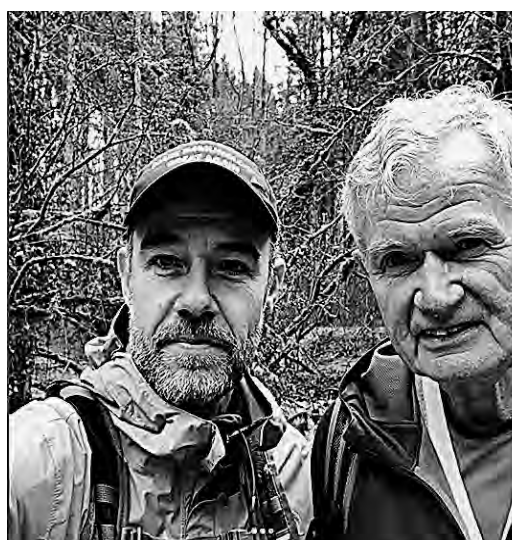
Doch der Ausklang bedrückt durch das Abgleiten in Klischees: Am Ende rücken alle zusammen. Zwei Menschen sitzen am Boden, Rücken an Rücken. Einer davon ein alter Mann, der aus dem Rollstuhl gehievt und auf den Boden gesetzt wurde. Dann singen alle unter den Blicken der Anderen Luxemburger Lieder; besonders abgeschmackt wirkt die Szene, in der eine Frau – ohne sichtbare Einschränkung – den gebrechlichen Mann am Boden lasziv mit ihren weiblichen Reizen umgarnt. Und wenn sie am Ende behütend nach seiner Hand greift, ist er wieder da: der Mo-ment der Fürsorge. *À part être* ist der Versuch eines inklusiven Theaterstücks, das



Fäden hängen von der Decke – die Tänzer betreten langsam die Bühne

STIL

Le socialisme heureux



Franz Fayot (LSAP) lors des portes ouvertes institutionnelles, avec son père Ben, en vacances et avec son épouse et le Roude Léiw

josée hansen

Il y eut un temps, il y a quarante ans, où les journalistes espionnaient les politiques – enfin, pas tous les journalistes quand même, mais le plus célèbre, du *Wort* – par exemple en se cachant derrière les buissons de la résidence du Premier ministre de l'époque, Gaston Thorn (DP), afin d'épier les invités d'une fête mondaine, histoire de démasquer les coteries de l'ennemi politique. Aujourd'hui, ce n'est plus la peine de se salir pour en savoir plus sur qui fréquente qui ou qui fait quoi, parce que tout le monde, y compris les hommes et les femmes politiques, s'expose plus que de raison sur les réseaux sociaux. On les y voit en maillot, en sueur, en cuisine ou en vacances. Voici le deuxième article de notre série sur le *storytelling* de la campagne électorale pour les législatives d'octobre sur *Instagram* (le premier, sur Claude Wiseler, CSV, a paru dans le *Land* 13/18).

Cette semaine : le député socialiste Franz Fayot. Né en 1972, il compte toutefois toujours parmi les jeunes, ce qui n'est pas étonnant au vu de la moyenne d'âge du groupe parlementaire socialiste. Franz Fayot n'est entré au Parlement qu'après les élections de 2013, remplaçant alors son père. Il semble donc si frais qu'il cosigna la célèbre tri-

bune des dix élus et mandataires du LSAP appelée *D'LSAP nei denken ! D'LSAP nei opstellen !* parue dans le *Tageblatt* du 6 janvier et perçue par les pontes du parti comme une fronde de ceux qui voudraient leur voler le pouvoir. Ce n'est pas un problème pour Fayot, parce qu'il échappera toujours à Etienne Schneider, tellement il est plus sportif et dynamique. Sur *Instagram*, on le voit prendre des *selfies* en sueur après ou durant des joggings, comme récemment à Tel Aviv, faire un plongeon dans le lac de Zurich ou pratiquer la natation dans les plus belles piscines historiques.

Actif sur *Instagram* depuis trois ans, à côté d'un blog *franzfayot.lu*, de *Twitter* et de *Facebook* (où il est plus politique), Franz Fayot publie beaucoup de photos privées ou d'ambiance, du quartier Gare qu'il habite et dont il promeut la gentrification grâce aux nouveaux commerces branchés, de son épouse (« love of my life » et plein de petits cœurs), et de leurs nombreux voyages, par exemple au Japon. Si, dans son travail parlementaire, Franz Fayot s'investit dans les thèmes sérieux, comme la régulation de la place financière (voir notre supplément *Finances*), et se veut parfois de gauche en proposant par exemple l'introduction d'un

droit de succession en ligne directe (initiative qui a échoué), son *Instagram* est un espace protégé où règne le bonheur le plus total. Les fleurs y sont fraîches, les repas, de préférence préparés (et servis, photo à l'appui) par son épouse, ont l'air succulents, l'architecture du bout du monde moderne, la nature intacte, les couchers de soleil à couper le souffle et l'art contemporain intéressant. Franz Fayot est un *storyteller* conscient et averti : peu de mots dièse pour 532 abonnés et 260 abonnements, un fil nourri davantage de photos de campagne politique depuis quelques semaines, mais toujours beaucoup de *selfies* sur lesquels il se montre rayonnant, dents blanches et barbe de trois jours impeccablement coupée, aussi optimisé que faire se peut.

Le fil *Instagram* de Franz Fayot est le *La-La-Land* parfait dans un monde où les relations humaines se désarticulent, comme si le pays rêvé et le pays réel n'avaient rien à voir l'un avec l'autre. Mais peut-être que c'est aussi pour indiquer que le socialisme progressiste tel qu'il semble vouloir le pratiquer, rendra tous les gens aussi riches et heureux pour pouvoir se permettre une vie si accomplie. Lénine roulait bien en Rolls Royce, non ?

L'endroit



Depuis que nous avons pris goût à la cuisine syrienne, grâce à l'appui donné d'abord au Syriously et ensuite au Chiche ! à Hollerich par des initiatives visant en premier lieu une meilleure intégration des personnes réfugiées, la situation semble commencer à évoluer vers un sain développement des choses. Car récemment vient de s'ouvrir dans la rue Zitthe, à deux ou trois établissements du Paname, le **Damas** (photo : GD), autre rendez-vous pour amateurs de mezzes et boulettes de viande ou de pois chiches. La déco y est certainement moins sexy et beaucoup plus basique qu'au Chiche !, mais Husain a le grand mérite d'avoir essayé de voler de ses propres ailes, sans appui quelconque. S'il trouve très généreux le soutien dont ont bénéficié ses prédécesseurs, il pense qu'une intégration optimale doit se faire de façon totalement autonome. Raison pour laquelle il s'est lancé avec ses propres moyens dans cette aventure, en toute modestie, mais persuadé que le succès ne se doit en première ligne que grâce à une excellente cuisine. De ce côté là, rien à reprocher, en commençant par l'excellent potage aux lentilles que nous avons goûté en plat du jour. Des mezzes qui ont suivi jusqu'au vin libanais, tout était frais, bien assaisonné, gouteux. Et surtout servi avec beaucoup de gentillesse par une jeune équipe aussi souriante que motivée et désireuse de transmettre la générosité d'une culture gravement mise en danger. (<https://m.facebook.com/Damas-Restaurant>) GD

L'endroit

Si on n'en a plus parlé depuis un moment, c'est parce que le restaurant **Bonifas** à Nospelt (photo : GD), fidèle à son impeccable qualité gastronomique, n'a pas vraiment besoin de relance pour remplir son intérieur douillet. Mais, ayant changé légèrement de look il y a quelques semaines, le local méritait qu'on retourne y faire un tour, histoire de savoir si on s'y sentirait toujours autant à l'aise. Nul doute à ce niveau-là. À peine a-t-on avancé son museau dans la salle à manger, qu'on constate que rien n'a changé au niveau de l'ambiance intimiste. Les tables semblent encore plus espacées, et si une étagère moderne à compartiments décalés sépare maintenant l'espace central de celui du jeu de quilles, un vaisselier à l'ancienne trône toujours côté mur central, alors que de très grands cônes lumineux tamisent agréablement l'ambiance en soirée. Côté assiette,

rien de changé et c'est très bien ainsi. Pour 37 euros, vous avez toujours la possibilité de composer un menu à trois services à partir de la carte, suggestions comprises. L'ex-Chef des plats canailles de la bleue maison y compose toujours de très beaux dressages, les viandes sont toujours aussi onctueuses, les fonds de sauce succulents. Et, surtout, les pommes dauphine toujours et encore parmi les plus légères du pays. Pas surprenant qu'au vu et su de cet excellent rapport qualité-prix, Bonifas ait un Bib gourmand dans le guide *Michelin*, alors que le *Gault+Millau* lui décerne un treize sur vingt. GD



La découverte

Capitale économique d'Andalousie, **Malaga** fut pendant longtemps juste une ville tremplin pour les touristes de passage qui venaient visiter des fleurons comme Grenade, Cordoue, Séville et Ronda, jouer au golf à Marbella ou se trémousser sur les plages bondées et hyper-mainstream de Torremolinos ou Benalmadena. Mais depuis un peu plus d'une demi-douzaine d'années, le berceau de Picasso et d'Antonio Banderas se métamorphose en une véritable centrale historique, pavée de grandes zones pédestres avec de magnifiques églises et palais restaurés, un jardin botanique à couper le souffle et de beaux bars à tapas privilégiant l'art du grignotage classique ou revisité. Cerise sur le gâteau, l'art contemporain y a une place d'honneur avec un centre d'art contemporain qui a déjà une belle collection et propose en ce moment une expo monographique dédiée à Stephan Balkenhol, l'artiste qui sculpte dans le bois et a immortalisé le Grand-Duc Jean et son épouse pour le Mudam. Le Centre Pompidou y a lui aussi installé un cube provisoire. Dans lequel on retrouve, au sous-sol, la vidéo *L'Écho* de Su Mei Tse, qui a fait partie de l'installation ayant rapporté le Lion d'or de Venise au Grand-Duché en 2003. L'œuvre fut par la suite acquise par la Société des amis du Musée d'art moderne de Paris et offerte par celle-ci au Centre Pompidou. Un pèlerinage s'impose donc au Centre Pompidou de Malaga lors d'une promenade en bord de mer. GD

Entre chien et loup

On appelle « entre chien et loup » le moment qui précède le crépuscule, l'heure de tous les dangers quand les contours des choses s'effacent et qu'on voit les loups garous sortir de leurs repaires et les feux follets s'allumer dans les sous-bois.

Dans son livre porté par un souffle narratif exceptionnel, l'historien Henri Wehenkel dresse le portrait de seize Luxembourgeois pris dans l'engrenage de la Collaboration –

grands bourgeois, ouvriers montés en grade, journalistes *völkisch*, cadres techniques ambitieux, artistes conformistes... L'auteur pénètre jusqu'aux niveaux des enjeux, des lieux de décision, des endroits où les chemins se séparent et où il faut choisir. Le livre donne à sentir ces choix dans toute leur urgence sans pour autant faire de jugement de valeur. Il s'agit, selon l'auteur, d'« éclairer les recoins obscurs de la société luxembourgeoise ».

Le livre de 304 pages richement illustré et qui se base sur une série d'articles du *Lëtzebuurger Land*, est disponible en librairie au prix de 29 euros ou peut être commandé en ligne sur www.land.lu, par téléphone 48 57 57-32, courriel land@land.lu ou fax 49 63 09.

land



NICHT BEI JEDER MODE MITMACHEN
FRANZ FAYOT (LSAP) SIEHT STEIGENDE RISIKEN IM PRIVATBANKGESCHÄFT UND HOFFT, VERMÖGENSSTIFTUNG NICHT MEHR AUS DER SCHUBLADE GEHOLT WIRD
EN ATTENDANT LA « PRIME LUXAIR »
BANCAIRE
EUROPE
NOUVEAUX RECORDS POUR LA GESTION COLLECTIVE
FONDS
SPEZIALIST, NICHT LOBBYIST?
LAURENT MOSAR (CSV) WEHRT SICH GEGEN LOBBYISMUSVORWÜRFE, VERSPRICHT DER BRANCHE EINEN BESSEREN DIALOG MIT EINER CSV-REGIERUNG STRAFVERFOLGUNG
IMMER U F S P I E L E N
BEZAHLEN
UN EXERCICE 2017 DE BONNE TENUE
L A S S U R A N C E L U X E M B O U R G E O I S E
ABORDE 2018 EN POSITION FAVORABLE
AKTEUR, NICHT FOLLOWER
BLOCKCHAIN UND KRYPTOWÄHRUNGEN

finances

Index

23

Nicht bei jeder Mode mitmachen

Franz Fayot (LSAP) sieht steigende Risiken im Privatbankgeschäft und hofft, dass die Vermögensstiftung nicht mehr aus der Schublade geholt wird
Michèle Sinner

24

Akteur, nicht Follower

Blockchain und Kryptowährungen
Ines Kurschat

En attendant la « prime Luxair »

Convention collective bancaire
Bernard Thomas

25

Nouveaux records pour la gestion collective

Rapport de l'Efama sur les fonds en Europe
Georges Canto

26

Spezialist, nicht Lobbyist?

Laurent Mosar (CSV) wehrt sich gegen Lobbyismuskorruptionen, verspricht der Branche mehr Dialog mit einer CSV-Regierung und fordert eine bessere Strafverfolgung der Finanzkriminalität
Michèle Sinner

28

Noch ein wenig Geduld

Wir sind noch nicht in der Realität von Beps angekommen, sagt EY-Steuerexperte Marc Schmitz.
Michèle Sinner

Immer die Updates aufspielen

Bezahlen mit dem Smartphone
Peter Feist

30

Der moralische Charakter des Geldes

Henri Kox (déi Gréng) über Sven Giegold und Koalitionsspielräume
Michèle Sinner

31

Un exercice 2017 de bonne tenue

L'assurance luxembourgeoise aborde 2018 en position favorable
Gérard Klein

Coordination : Michèle Sinner

Photos : Sven Becker

Durchblick

Michèle Sinner

Vergangene Woche hat die Vereinigung der Banken und Bankiers (ABBL) bei ihrer Generalversammlung den Luxemburger Guy Hoffmann zu ihrem Präsidenten gewählt, den Direktor der genossenschaftlichen Banque Raiffeisen. Welches Signal wollen die Bankiers zehn Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise, nach dem Ende des Bankgeheimnisses, nach den Panama-Papieren und Luxfiles damit senden?

Hoffmanns Vorgänger, der Harley-Davidson fahrende Bill Contzen, war 2010 der zweite Nicht-Luxemburger und der erste Präsident der ABBL, der nicht bei der KBL, der BIL oder der BGL arbeitete. Ihm folgte Yves Maas, Luxemburger Staatsbürger, der jedoch als Direktor von Crédit Suisse ein Vertreter der internationalen Hochfinanz war. Genau wie Contzen sollte er die Bedeutung der ausländischen Banken am Platz verkörpern sowie die internationale Ausrichtung der Finanzbranche.

Hoffmann, ein *Stacklätzeburger*, der so auch redet, ist Vorsitzender einer Bank, deren Anfänge im *Bauerenduerf* liegen und die ihre Gewinne thesaurisiert, statt sie den Aktionären zu geben. Bei ihren Kunden wirbt die Raiffeisen (nachdem sie während der Schuldenkrise beim Verkauf von Griechenlandanleihen mit einem blauen Auge davon gekommen war) gerne damit, dass sie keine risikoreichen Anlagen macht. Die Abschaffung des Bankgeheimnisses habe ihr nicht viel ausgemacht, weil sie kaum belgische Zahnärzte oder deutsche Metzger zu ihren Kunden zählte, sagt die Bank. Sie behauptet außerdem stolz von sich, die Einlagen ihrer mehrheitlich gebietsansässigen Kunden via Kredite in die Luxemburger Wirtschaft zu leiten, nicht ins Ausland; also den Geldkreislauf innerhalb der Landesgrenzen zu halten. Sogar im Gebührenstreit steht die Raiffeisen gut da, weil sie ihren Mitgliedern Kosten rückerstattet. Hoffmann, der Bankier mit der freundlichen Zahnücke, steht für eine heile, überschaubare Bankwelt, in der es keine Offshore-Gesellschaften gibt, keine Souveränitätsnischen auf Kosten anderer, keine komplexen Produkte, kein Business-Kauderwelsch – noch nicht mal *shareholder value*. Damit personifiziert er, was

die Abgeordneten predigen, die das *Land* im Vorfeld der Wahlen dazu befragt hat, wie sich der größte Wirtschaftszweig weiterentwickeln soll, wenn die bisherige Wirtschaftsentwicklung in Frage gestellt wird: Sauberkeit. Die Auffassung davon, was das bedeutet, fällt mitunter recht unterschiedlich aus. Aber von „grünen Finanzen“ und „Fintech“ wollen alle koalitionsfähigen Parteien in Zukunft mehr sehen, während sie von fiktiven Zinsen lieber nichts mehr wissen wollen. Diese Beilage liefert vor der Veröffentlichung der Parteiprogramme erste Hinweise darauf, was in den jeweiligen Kapiteln unter dem Titel „Finanzplatz“ zu erwarten ist.

Guy Hoffmann beschwerte sich in den vergangenen Wochen mehrmals über die Regulierungswelle, die seit der Finanzkrise über die Branche schwappt, beklagte, die Banken hätten innerhalb eines Geschäftsjahres fast 470 Millionen Euro an Regulationsaufwendungen verbucht. Dabei schwappt die Regulierungswelle nicht nur über die Banken und den Finanzplatz im allgemeinen, sondern auch über das Parlament, wo neue Richtlinien und Gesetze für die Finanzbranche in der Finanz- und Haushaltskommission (Cofibu) besprochen werden. Die Cofibu-Mitglieder Laurent Mosar (CSV), Franz Fayot (LSAP) und Henri Kox (déi Gréng) müssten demnach zu den Politikern gehören, die sich am Besten mit dem Thema auskennen. Sie räumen aber ein, dass es einem normalen Abgeordneten kaum noch möglich ist, die Materie zu durchblicken. Ein Abgeordneter, der die Gesetzesvorlage nicht versteht, die vor ihm auf dem Tisch liegt, kann weder prüfen, ob sie mit seinen politischen Überzeugungen vereinbar ist, noch kontrollieren ob stimmt, was ihm die Regierung oder Branchenvertreter dazu sagen. Er ist ihnen ausgeliefert und kann ganz einfach seine Arbeit nicht machen. Wozu es führt, wenn der Staat, seine Institutionen und Verwaltungen sich auf die Branche verlassen müssen, weil ihnen selbst Personal und Wissen fehlen, hat die Luxleaks-Affäre deutlich gemacht. Der DP-Abgeordnete und Cofibu-Präsident Eugène Berger (DP) hat sein Interview, nach einem, wie er sagt, Missverständnis darüber, wie ein Interview abläuft, zurückgezogen.



© OGELIFE SA – Compagnie d'assurance vie agréée au Grand-Duché de Luxembourg – Siège social : 11, avenue Emile Reuter L-2420 Luxembourg – RCS B-55612 – TVA LU 17221904.

IN LUXEMBOURG SINCE 1996, PROVIDING LIFE INSURANCE
AND WEALTH MANAGEMENT SOLUTIONS TO INTERNATIONAL CLIENTS



ENRICH YOUR LIFE

WWW.SOGELIFE.COM

Franz Fayot (LSAP) sieht steigende Risiken im Privatbankgeschäft und hofft, dass die Vermögensstiftung nicht mehr aus der Schublade geholt wird

Nicht bei jeder Mode mitmachen

Michèle Sinner

D'Lëtzebuurger Land: Herr Fayot, haben Sie den Eindruck, dass die öffentliche Debatte dem Gewicht der Finanzbranche in der nationalen Wirtschaft gerecht wird? Um es anders zu formulieren: Ist das Parlament dem Finanzplatz gewachsen?

Franz Fayot: Das ist eine komplizierte Frage. Im Parlament gibt es wenige Abgeordnete, die sich mit dem Thema beschäftigen und Hintergrundwissen haben, sei es aus ihrer beruflichen Erfahrung oder aus Interesse. Es gibt einige, die sich mit Steuerrecht auskennen, weil sie Beamte waren, oder einige, die Anwalt sind, wie ich oder auch Laurent Mosar (CSV). Abgesehen davon, gibt es nicht viele, die sich damit beschäftigen. Außerdem herrscht eine Ungleichheit der Waffen zwischen Parlamentariern und Ministerialbeamten, wenn es um sehr technische Richtlinien geht. Letztere verhandeln diese Texte in Brüssel, wandeln sie in Gesetzesvorlagen um, die sie im Parlament vorstellen. Im Ergebnis gibt es wenige Abänderungsanträge und kaum eine kritische Auseinandersetzung mit den Vorlagen. Das hängt natürlich auch mit der Vorgabe „la directive, rien que la directive“ zusammen. Diese liberale Ausrichtung in Sachen Finanzmarktregulierung könnte man natürlich auch einmal in Frage stellen, prüfen, welche Optionen man bei verschiedenen Richtlinien nehmen könnte. Aber trotz meiner Versuche in den vergangenen Jahren, eine andere Glocke zu läuten und auf einen bedachten Ausbau des Finanzplatzes zu setzen, herrscht ziemlichliches Einheitsdenken darüber, dass der Finanzplatz weiter beworben und ausgebaut werden muss. Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, denen der Finanzplatz immer suspekt war, die aber auch nicht viel davon verstehen. Ich denke, so lassen sich die bisher vorherrschenden Positionen resümieren, ich glaube aber, dass sich dies derzeit ein wenig verändert.

Wodurch?

Einerseits durch die Wirkung der Finanzkrise. Und andererseits durch die ganzen Skandale, die es in den vergangenen Jahren gegeben hat. Lux-leaks und die Panama-Papiere haben ein größeres Bewusstsein geschaffen für den Zusammenhang zwischen Private Banking und Finanzbeteiligungsgesellschaften sowie den Möglichkeiten zur Steueroptimierung und -strukturierung, auf den denen sie in hohem Maße beruhen, und dafür, dass dies international immer umstrittener wird.

Sie haben als Anwalt die Insolvenz von Kaupthing geleitet, haben also Erfahrung aus erster Hand und konnten sozusagen im Feld beobachten, was in den vergangenen zehn Jahren seit Ausbruch der Finanzkrise passiert ist. Welches sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Änderungen, die es seither gegeben hat, wenn man berücksichtigt, dass die Abschaffung des Bankgeheimnisses nicht zu dem vom Codeplafi befürchteten Verlust von zehntausenden Stellen geführt hat?

Die Abschaffung des Bankgeheimnisses ist natürlich trotzdem eine Zäsur, weil sich dahinter eine ganze Industrie versteckte, die kleinere vermögende Kunden aus den Nachbarländern bediente, von der immer ein latentes Risiko ausging, dass die Reputation Schaden nimmt. Vielleicht wurde am Bankgeheimnis zu lange festgehalten durch die bewusste Politik, so lange Obstruktion zu machen, bis es wirklich nicht mehr ging. Der Abschied von diesem Geschäftsmodell, das auf den belgischen Zahnarzt aufbaute, hat aber auch den Weg geebnet für ein vielleicht noch gefährlicheres Private Banking, das Kunden bedient, bei denen man wirklich nicht mehr nachvollziehen kann, wo ihr Wohlstand herrührt. Auf internationaler Ebene ist die Bankenunion mit der neuen Aufsichtsstruktur, strengen Regeln zum Risikomanagement und den neuen Verdienstrengen für Bankmanager eine Entwicklung, die sicher in die richtige Richtung geht, die aber den Fortbestand kleinerer Bankhäuser gefährdet. Seltsamerweise hat die Finanzkrise in der Branche nicht zu einem größeren Bewusstsein für den verursachten Schaden geführt – die Suche nach dem größtmöglichen Gewinn geht weiter, als ob nichts passiert wäre. Der Rahmen hat sich verändert, aber die Kultur bei manchen Akteuren eigentlich nicht; das kann man im Bereich Private Banking sehen, wo beispielsweise die Banque Rothschild weiterhin sehr hohe Risiken eingegangen ist und

deswegen auch von der CSSF mit einer schweren Geldstrafe bestraft wurde. Und dafür gibt es noch andere Beispiele. Dass es auf steuerlicher Ebene viel mehr Transparenz gibt, mehr Informationen ausgetauscht werden, ist sicher Ergebnis der diversen Steuerskandale.

Der große Zusammenbruch ist dennoch ausgeblieben, sowohl nach der Abschaffung des Bankgeheimnisses, als auch nach der Einführung des Austausches von Steuerinformationen. Im Gegenteil haben sich die Geschäfte weiterentwickelt. Sind diese Geschäfte nach den neuen Regeln denn nun „sauber“?

Gute Frage. Von den Finanzbeteiligungsgesellschaften, den Soparfis, gibt es viele, die von Beteiligungsfonds abhängen, die, das ist kein Geheimnis, vornehmlich benutzt werden, um Gewinne steuerfrei zu den wirtschaftlichen Nutznießern zu leiten. In den Banken gibt es, wie sich durch die Panama-Papiere herausgestellt hat, viele alte Offshore-Strukturen, welche die CSSF heute so von den Banken nicht mehr akzeptiert. Daneben gibt es Anwälte und Domizilierungsgesellschaften, die teils ähnliche Beratung und Dienstleistungen anbieten, aber anders beaufsichtigt sind. So dass man davon ausgehen kann, dass in verschiedenen Berufssparten noch die gleiche Kundenberatung angeboten wird wie früher. Daher ist die Frage, wie sauber die Finanzbranche heute ist, schwer zu beantworten, zumal schon allein die Anzahl der Soparfis ein Hinweis darauf ist, dass Steuerstrukturierungen nach wie vor vorgenommen werden.

Sie sprechen die Anwälte an, zu denen auch Sie gehören und die im Rahmen der Panama-Papiere die Anfragen der Steuerverwaltung en bloc abgelehnt haben. Ist das für Sie ein Zeichen, dass die Anwälte unter eine andere Aufsicht gehören? Fanden Sie die Position des Anwaltsordens, aufgrund des Berufsgeheimnisses keine Informationen über Kunden aus den Panama-Papieren an die Steuerverwaltung zu geben, gerechtfertigt?

In meinen Augen war das eine ziemlich extensive Interpretation des Berufsgeheimnisses, zu sagen: Wir verweigern prinzipiell alle Kommunikation über diese Dossiers. Es gibt auch Leute, die der Ansicht sind, dass das Berufsgeheimnis gegenüber der Steuerverwaltung hauptsächlich im Rahmen laufender juristischer Prozeduren spielt, nicht auf Ebene der Beratungstätigkeit von Anwälten. Die von der Anwaltskammer verteidigte Position ist eine kompromisslose Verteidigung des Berufsgeheimnisses – ob diese haltbar ist, wird wohl das Gericht entscheiden müssen.

Haben Sie jemals Steuerstrukturen für Kunden aufgestellt?

Nein, ich bin kein Steuerexperte und habe das nie gemacht. Und ich tue es auch jetzt nicht.

Welche Aktivitätsbereiche sollen in Zukunft aktiv gefördert werden, wenn man künftige Skandale und Reputationsschäden vermeiden möchte?

Grundsätzlich sollte man versuchen, sich auf die Bereiche zu konzentrieren, in denen man nicht verletzbar ist, weil man eine Souveränitäts- oder Steuernische ausnutzt oder unterschiedliche Regulierungen gegeneinander ausspielt. Denn diese Nischen schließen sich immer schneller, und wenn das passiert, geht das meist mit grauen Listen oder ähnlichen Maßnahmen einher, die dem Ruf schaden.

Mit Verlaub, die große medienwirksame Initiative des sozialistischen Wirtschaftsministers Etienne Schneider für den Abbau von Rohstoffen im Weltraum beruht auf einer Souveränitätsnische.

Das stimmt. Aber SES begann auch als Souveränitätsnische. Doch die Legitimität des Unternehmens und der Wirtschaftsbranche, die drum herum entstanden ist, wird heute nicht mehr angezweifelt.

Was bleibt in der Finanzbranche noch?

Die Fondsbranche zum Beispiel, die das Flaggschiff des Standorts geworden ist und von keiner Souveränitätsnische profitiert, sondern vom lo-

kalen Know-Kow, das seit 1988 aufgebaut wurde, als Luxemburg die europäische Fondsregulierung als erstes Land umsetzte. Dann gibt es noch interessante Entwicklungsmöglichkeiten im Bereiche der grünen Finanzen oder der sozial verantwortlichen und nachhaltigen Geldanlagen.

Von grünen und sozial verantwortlichen Geldanlagen geht seit Jahren die Rede. Bisher hat sich aber keine Mikrofinanzbranche und keine islamischen Finanzen je zu einem ernstzunehmenden Geschäft entwickelt, im Vergleich zu den „traditionellen“ Branchen. Das bleiben bisher alles Krümel und wirklich „kugelsicher“ sind diese Bereiche auch nicht. Die Luxemburger Börse sagt beispielsweise, sie habe sich strenge Kriterien gegeben, um „grüne“ Anleihen zu kennzeichnen, aber gegen solche Bewertungssysteme werden auch schon Vorwürfe laut, sie würden dazu dienen, traditionellen Produkten einen grünen Anstrich zu verleihen. Sind das also ernstzunehmende Initiativen oder bleibt das Wunschdenken?

Berechtigte Frage. Fakt ist aber, dass sich in diesen Bereichen etwas tut und Klimaziele zu erfüllen sind und wir internationale Verpflichtungen haben, zu dekarbonisieren. Es gibt Möglichkeiten für den Finanzplatz, sich an dieser Entwicklung zu beteiligen. Was daraus wird, bleibt abzuwarten. Allerdings muss man sich als Standort mit einem gewissen Reifegrad auch bewusst sein, dass man nicht bei jeder Mode mitmachen sollte. Luxemburg hat zwar zu Beginn der Legislaturperiode einen Sukkuk (eine islamische Anleihe, Anmerkung der Redaktion) ausgegeben, das war ein Projekt der Vorgängerregierung, um Aufmerksamkeit zu schaffen und eine Nachfrage anzuregen. Viel ist dabei meines Wissens nicht herausgekommen. An diesem Beispiel zeigt sich, dass man auf dem Finanzplatz eine Analyse der Produkte anfertigen sollte, in denen die Branche stark ist, und sich darum bemühen dort noch stärker zu werden. Und manchmal nicht zurückschrecken sollte, anderes bleiben zu lassen.

Wer sollte diese Analyse machen?

Das sollte unter Leitung des Finanzministeriums geschehen. Das muss der Privatbranche natürlich stehen, aber zuhören heißt nicht, sich etwas diktieren lassen. Warum nicht mit Hilfe von Experten aus dem Ausland, die eine Swat-Analyse anfertigen?

Es gibt um den Finanzminister das Hohe Komitee für den Finanzplatz, das ihm beratend zur Seite stehen soll, dessen Mitglieder aber im Hauptberuf zur Aufgabe haben, ihre Kunden die neueste Mode anzudrehen.

Das ist offensichtlich. Eben deshalb denke ich, wäre Expertise von außen ratsam, ohne dass ich eine feste Idee vom Ablauf eines solchen Vorhabens im Kopf habe. Aber wir versuchen beispielsweise, einen Kulturentwicklungsplan aufzustellen, dem eine breite Anhörung vorausgegangen ist. Wieso sollte man etwas Ähnliches nicht für die Finanzbranche versuchen? Prinzipiell aber bleibe ich dabei, dass Produkte vom Luxemburger Finanzplatz ethisch einwandfrei sein sollten, keine Steuer- oder Souveränitätsnischen nutzen und auf internationaler Ebene unangreifbar sein müssen. Die Luxemburger Börse ist als Standort für Euro-Anleihen gut etabliert, gegen traditionelle Bankaktivitäten, der Finanzierung der wirtschaftlichen Aktivität, ist im Prinzip nichts einzuwenden, gegen das Privatkundengeschäft eigentlich auch nicht, wenn es frei von Schwarzgeld ist. Wobei die Kunden der Privatbanken immer reicher werden und von immer weiter herkommen, das ist bei immer strenger werdenden Anti-Geldwäscheregelungen nicht risikofrei. In der Blockchain-Technologie steckt viel Potenzial zur Anwendung in anderen Branchen. Technologie-Firmen, die Programme schreiben, die helfen Regulierungsvorschriften umzusetzen und einzuhalten, sind ein weiterer Bereich, der am Standort Luxemburg Sinn macht.

Eine Sparte, die in der Vergangenheit gefördert wurde, waren die Finanzierungsgesellschaften für multinationale Konzerne. Wie man im Fall Fiat Finance and Trade gesehen hat, kann auch dieser Bereich den Ruf schädigen. Sind Sie dafür, diese Branche weiter auszubauen?



Franz Fayot im Parlament

„Es gibt auch Leute, die der Ansicht sind, dass das Berufsgeheimnis gegenüber der Steuerverwaltung hauptsächlich im Rahmen laufender juristischer Prozeduren spielt“

bereichert, indem es die Vermögen ihrer reichen Bürger verwaltet. Das bleibt immer suspekt. Deswegen ist es umso wichtiger, dass die angebotenen Dienstleistungen lupenrein sind und streng reguliert durch eine seriöse Aufsichtsbehörde, damit man den Vorwürfen Fakten entgegenstellen kann.

Es gibt aber im Ausland auch diejenigen, die gerne das Luxemburger Fondsgeschäft übernehmen würden. Es läuft eher darauf hinaus, ob Luxemburg Finanzdienstleistungen exportieren darf, wie Deutschland Autos exportiert, oder ob dieses Recht nicht unabhängig von der Steuerthematik immer mehr in Frage gestellt wird. Ist es für einen sozialistischen Abgeordneten legitim, dass Luxemburg dies tut, und müssen künftige Regierungen dieses Recht verteidigen?

Im Binnenmarkt herrscht freier Dienstleistungs- und Warenverkehr, und ich denke, Finanzdienstleistungen sind ein Exportprodukt wie ein anderes. Da dieses Recht nicht explizit in Frage gestellt wird, sondern immer in Verbindung mit Steuerfragen oder, wie im Falle der Fondszulassung, via die Esma über andere Wege angegriffen ist, ist es schwierig, direkt dagegen zu argumentieren. In der Steuerwelt gibt es aber isolationistische Tendenzen, beispielsweise bei der Richtlinienvorlage für eine gemeinsame konsolidierte Steuerbemessungsgrundlage, die darauf hinausläuft, dass die Aktivitäten eines Unternehmens im jeweiligen Land besteuert werden, was natürlich die großen Ländern bevorteilt. In der europäischen Realpolitik hat Luxemburg nicht mehr viele Freunde und Verbündete wenn es um den Finanzplatz geht. Aber wir befinden uns immer noch in einer Rechtsunion, in der man seine Argumente vorbringen kann. Und im Versuch, die Zulassung verschiedener Fonds zur Esma zu verlagern, trägt das ja auch seine Früchte.

Links von Ihnen gibt es diejenigen, die finden, der Finanzplatz sollte zurechtgestutzt und abgebaut werden. Haben Sie Verständnis für solche Forderungen?

Solche Positionen lassen sich einfach vertreten, wenn man keine Gefahr läuft, Regierungsverantwortung zu übernehmen und sie niemals im Finanzministerium durchsetzen zu müssen.

Es gibt immer die Grundkritik, dass Luxemburg sich als kleines Land auf Kosten anderer Länder

Convention collective bancaire

En attendant la « prime Luxair »

Bernard Thomas

Une année et demie de négociations, ça use. Ce lundi, sur la matinale de *RTL-Radio*, Guy Hoffmann, le fraîchement élu président de l'ABBL, estimait qu'il ne serait pas bon qu'une « insécurité se maintienne pendant trop longtemps ». Qu'une nouvelle convention collective du travail (CCT) couvrant trois ans mette presque deux ans à se concrétiser ne serait « plus dans les proportionnalités ». Or, tant du côté patronal que syndical, on se dit plutôt confiant qu'un accord sera trouvé au cours du mois prochain. C'est que la « prime de conjoncture » est pour bientôt.

Surnommée « prime Luxair », elle assure aux 26 000 employés bancaires une sorte de « quatorzième mois », qui tombe tous les ans en juin, juste avant les premiers départs en vacances d'été. Pour un employé moyen avec une vingtaine d'années d'ancienneté, cette prime se situe aux environs de 4 000 euros. L'échéance de cette prime met les syndicats sous pression de signer une nouvelle CCT dans les prochaines semaines. « La musique qu'on entend sur le terrain, c'est : 'Quand est-ce que je pourrai réserver mon ticket Luxair ?' », dit Gilles Steichen, vice-président de l'Aleba et négociateur en chef de l'intersyndicale (composée de l'Aleba, de l'OGBL et du LCGB). Et d'évoquer une « cadence énergétique des deux côtés ».

En tant que syndicat majoritaire, l'Aleba devra se dévoiler la première ; le processus d'adoption interne d'une CCT est étonnamment informel : ni assemblée, ni vote secret. Les quelque 700 délégués pourront s'exprimer via mail, nous explique-t-on chez l'Aleba. La question sera si l'OGBL et le LCGB feront bande à part. En 2007, l'Aleba avait ainsi été seule à apposer sa signature sous la convention, invoquant le devoir national ; il ne faudrait pas prêter le flanc à « la concurrence internationale ». Quant à la concurrence syndicale, elle saisisait l'occasion pour dénoncer « un contrat collectif indigne ».

Reste que les secrétaires syndicaux auront du mal à expliquer à leurs adhérents que, faute d'avoir trouvé un accord, ceux-ci devront partir en vacances les poches vides. Début juin 2017, patronat et syndicats avaient trouvé une solution provisoire, assurant in extremis le paiement de la prime. Le climat social avait un moment chauffé, et des piquets de protestation avaient rassemblé plusieurs centaines de manifestants devant les sièges de la Morgan Stanley au Findel et de la BGL BNP Paribas au Kirchberg.

Depuis mars, les négociateurs ne communiquent plus sur l'état d'avancement des négociations. Au point d'annuler, le mois dernier, une conférence de presse à quelques heures de sa tenue. Ceci, lisait-on dans la désinvitation, afin de « privilégier un climat de négociations serein ». (Cette discrétion serait due aux positions peu claires de l'ABBL, estimaient les fonctionnaires syndicaux.) Pour les syndicats, dont la force se mesure à l'aune de leurs capacités de mobilisation, c'est une tactique nouvelle. Surtout que, quelques semaines avant ce vœu de silence, l'intersyndicale avait sorti l'artillerie lourde, notant dans un communiqué : « Comme jamais encore auparavant dans l'histoire sociale du secteur financier, nous sommes très inquiets du déroulement actuel des négociations. » L'ABBL défendrait des positions « dogmatiques », « insensées ».

Au moins sur un point, patronat et syndicats semblaient d'accord depuis le début : il fallait « moderniser » la CCT. La nomenclature a en effet peu évolué au fil des décennies. La version 2014 comporte des anachronismes comme « le manipulateur de titres » ou « le gestionnaire clés télégraphiques ». Les six groupes de fonctions seront donc réduits à quatre et revus de fond en comble.

Sur la question des rémunérations, par contre, la discussion coince. Depuis 2014, il n'y a pas eu d'augmentation linéaire des salaires, les syndicats ayant accepté trois années consécutives de « rounds zéro ». Il y a un an, ils étaient entrés dans les négociations en demandant peu ; une hausse de deux pour cent en 2018, suivie de 1,5 pour cent en 2019 et 2020. (À titre de comparaison : en 1986, en plein boom *offshore*, ils revendiquaient cinq jours de congé supplémentaires, l'introduction de la semaine des 35 heures et une hausse des salaires de dix pour cent.) Depuis plus de trente ans, fonctionnaires patronaux et syndicaux se disputent entre deux modèles : des augmentations collectives auxquelles auront droit tous les salariés contre des primes réservées aux seuls « méritants ». En creux, cette discussion porte sur les gagnants et les perdants d'une place bancaire en pleine mutation réglementaire et digitale. La notion de « mérite » introduite dans la CCT de 2007 (et à laquelle le LCGB et l'OGBL s'opposaient à l'époque) énumère des critères comme les « compétences sociales et comportementales », la « flexibilité », la « disponibilité-fiabilité » ou encore le « développement personnel ».

Dans ses communiqués, l'intersyndicale ressasse que le « front commun » resterait « uni et soudé ». Pourtant, l'avenir de l'Aleba comme syndicat dominant du secteur financier ne tient qu'à un fil. Aux dernières élections pour la Chambre des salariés de 2013, l'Aleba n'avait réuni que 50,39 pour cent des voix. Si, aux prochaines élections de février-mars 2019, elle obtenait 0,4 point de pour cent en moins, c'en sera fini de sa représentativité sectorielle. (Celle-ci lui donne le droit de signer seule une CCT.) Pour le syndicat créé en 1918 sous le nom de « Luxemburger Bankbeamtenverein » et qui revendique « plus de 10 000 affiliés » (sur 26 000 salariés), 2019 sera une année périlleuse. Dès la mi-mars, l'OGBL avait lancé sa campagne, sans cacher son ambition d'atteindre la majorité dans le secteur. (Il reste du chemin : Le syndicat avait obtenu 33 pour cent des suffrages aux dernières élections.) En pleines négociations, ce fut un rappel que, derrière l'unité affichée, la concurrence syndicale sévit.

Collectif vs mérite ; front commun vs concurrence syndicale – les dessous de la négociation autour de la nouvelle convention collective bancaire

Blockchain und Kryptowährungen

Akteur, nicht Follower

Ines Kurschat

Riesenpotenzial, so revolutionär wie die Erfindung des Internets, Goldrausch – kaum ein Vortrag über Kryptowährungen, der ohne derartige Superlative auskommt. Auch nicht die Sprecher der IT-Konferenz, die Sacred Heart University und Handelskammer am vergangenen Montagabend gemeinsam veranstalteten. Die Redner sollten über jenen Trend sprechen, der Investorenherzen, aber vor allem auch die von IT-Tüftlern und Tech-Freunden derzeit höher schlagen lässt: Blockchain und Kryptowährungen.

Blockchain ist nicht mit Bitcoin oder Ethereum gleichzusetzen, obschon Kryptowährungen auf der Technologie aufbauen. Ersteres beschreibt ein Netzwerk von auf Computern gespeicherten transparenten Datenbasen, über die Geldgeschäfte dezentral ermöglicht werden, ohne dabei auf eine zentrale Kontrollinstanz zurückzugreifen. Statt also wie sonst über ein Bankinstitut zu fahren, das unter anderem prüft, ob ein Marktteilnehmer existiert und liquide ist, wird Geld über zwei Parteien direkt transferiert. Die Kontrolle übernimmt die Gemeinschaft: Das Startguthaben ist vom gesamten Teilnehmer-Netz einsehbar. So genannte Miner werden über die Transaktion informiert und überwachen, ob der Transfer in der angegebenen Höhe stattgefunden hat, parallel wird eine Kopie der Transaktion auf jedem beteiligten Rechner gespeichert. Das geschieht bei allen weiteren Transaktionen ebenfalls, daher der Name Blockchain. Die Geldströme sind also zu jedem Zeitpunkt nachvollziehbar, weil jede/r eine Kopie der (synchronisierten, also identischen) Datensätze hat. Fälschungen, Abweichungen und Manipulationen fallen auf.

Nicht nur die Finanzwelt blickt daher mit Hochspannung auf die Innovation, von der nicht wenige vorhersagen, dass sie neben Banken den Markt von Versicherungen, Unternehmensberatungen und Anwaltskanzleien erschüttern wird. So wie einst Email und Internet den Markt der Zeitungen und der Kommunikation auf den Kopf gestellt haben. Denn der Ausblick, mit einer Technologie Geschäfte zwischen zwei Parteien ohne eine dritte Mittelsperson abwickeln zu können, verspricht einen Preis- und Effizienzvorteil sowie direkten Marktzugang für kleinere finanzschwächere Teilnehmer. Es bedeutet, alle diese Kosten, die durch das traditionelle Finanzwesen und den dortigen Akteuren entstehen, durch „direkte“ virtuelle Geldtransfers ausschalten zu können. Fans der Technologie versprechen sich von Blockchain eine Demokratisierung von Finanzgeschäften, ähnlich wie soziale Netzwerke die Dominanz von Nachrichtenprofis aufgebrochen haben. Das hat freilich die Finanzwelt mitbekommen: Goldman Sachs, JP Morgan, keine der großen Banken, die nicht auch in Blockchain und Kryptowährungen investieren. Man will dabei sein, wenn die Party richtig steigt.

Doch auch wenn 2017 für Rekorde beim Handel mit Kryptowährungen gesorgt hat und sich Goldgräberstimmung breitmacht: Ob die Technologie das Versprechen einlösen wird, ist bei allem Enthusiasmus nicht entschieden. Ohne Risiko und Schwachstellen ist die technologische Seite nämlich nicht. Die Blockchain-Technologie sei noch nie gehackt worden, so Redner Chris Marcilla, Vorsitzender der Disruptive Models Working Group, der über derlei „Fake news“ schimpfte. Das stimmt so nicht ganz. Richtig ist, dass der kryptologische Algorithmus hinter Blockchains bisher nicht gehackt wurde, aber die implementierende Software sehr wohl – und des Öfteren. Besonders das boomende Geschäft um die Kryptowährung Ethereum hat erhebliche Rückschläge hinnehmen müssen, weil etwa korruptierte Adressen ins System eingeschleust und dadurch riesige Summen gestohlen wurden. Auch gehackte oder durch Malware geklaute *Wallets*, die virtuelle Geldbörsen, in der ein Teilnehmer sein Krypto-Guthaben aufbewahrt, und Phishing-Angriffe auf Zahlungsteilnehmer mit Millionenverlusten gab es in der Vergangenheit wiederholt. Und anders als bei einer Bank, die bei ungewöhnlich hohen Beträgen oder Fehlern direkt Alarm schlägt, verliert ein Kunde sein gesamtes virtuelles Geld. Die Möglichkeit der Stornierung oder Korrektur ist im unveränderlichen Blockchain-System nicht vorgesehen, eben um Fälschungen zu vermeiden.



Goldgräberstimmung um Kryptowährungen. Links oben: die Juristin Michèle Finck

Die Finanzwelt blickt mit Hochspannung auf die Innovation, von der nicht wenige sagen, dass sie den Markt von Banken, Unternehmensberatungen, Versicherungen und Anwaltskanzleien erschüttern und das Geschäft mit dem Geld revolutionieren werde

Nix datensparsam

Auf der Konferenz wurde ein zweiter Aspekt aufgeworfen, der für den europäischen Markt von Kryptowährungen nicht ohne ist und in der Branche für Kopfzerbrechen sorgt: die (Nicht-)Kompatibilität der Technologie mit der Europäischen Daten-Grundverordnung. Michèle Finck vom Max-Planck Institut für Innovation und Wettbewerb und Dozentin für Recht an der University of Oxford untersuchte in ihrem Vortrag, inwiefern Blockchains die Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung (GDPR) erfüllen, die am 25. Mai in Kraft treten wird.

Ihr Zwischenfazit ist ernüchternd: Sie kenne kein Blockchain-Projekt, das GDPR-konform wäre, so Finck. Das liegt nicht daran, dass diese dubioser als herkömmliche sind, sondern an zwei völlig unterschiedlichen Logiken: Die Grundverordnung, die personenbezogene Daten besser schützen soll, deshalb auf dem Prinzip der Datenvermeidung basiert und datenspeichernde, -produzierende und -verarbeitende Organisationen stärker in die Pflicht nimmt, versteht Daten vor allem als zentral gespeicherte Datensätze. Die Blockchain funktioniert diametral entgegengesetzt: Wegen ihres dezentralen Charakters sind Daten von Teilnehmern nicht auf einem, sondern gegebenenfalls millionenfach auf Rechnern gespeichert. Und: „Es gibt bei keiner, der kontrolliert, was mit den personenbezogenen Daten geschieht“, betonte Finck.

Zwar sind die Daten im Netz pseudonymisiert, das heißt, ein Teilnehmer bekommt, ähnlich einer IP-Adresse, eine mehrstellige Zahl zugewiesen, mit der er oder sie seine Transfers tätigt. Je nachdem welche Informationen aber mit den Transaktionen zusätzlich gespeichert werden, riskieren diese, Rückschlüsse auf die dahinterstehende Person zu erlauben. Damit aber, so die Einschätzung der Juristin, fielen die Datensätze unter die EU-Definition personenbezogener Daten und unterlägen besonderen Schutzauflagen. Zudem baut Blockchain auf dem Prinzip der Unveränderlichkeit auf. Laut Datenschutz-Grundverordnung darf ein Kunde persönliche Daten löschen lassen oder kann die Weitergabe beschränken. Wie soll das mit der Blockchain-Technologie funktionieren? Experten gehen daher mit der EU-Verordnung scharf ins Gericht und sehen sie schon heute als zeitlich überholt. ik

Rapport de l'Efama sur les fonds en Europe

Georges Canto

Selon le dernier rapport de l'EFAMA (European Fund and Asset Management Association), 2017 a été une année exceptionnelle pour « l'industrie des fonds » européenne, dont les actifs nets ont franchi la barre des 15 000 milliards d'euros, soit une croissance moyenne de dix pour cent, mais dans huit des 28 pays membres de l'association elle a été encore supérieure.

Les encours des Ucits (organismes de placement collectif en valeurs mobilières, régis par la directive de 2014) représentent 62,2 pour cent du total. Atteignant 9 714 milliards d'euros fin 2017, ils ont augmenté en moyenne de douze pour cent en un an. Mais parmi les grands « centres de domiciliation » seule l'Irlande fait mieux (15,9 pour cent) devant le Luxembourg (11,9 pour cent), le Royaume-Uni (11,6) et la France (9,8). En revanche, la croissance a été de plus de vingt pour cent dans huit autres pays d'Europe membres de l'Efama qui pèsent moins en termes d'actifs : Belgique, Bulgarie, Chypre, Hongrie, Malte, Pologne, Portugal et République tchèque.

Les encours des fonds alternatifs (Alternative Investment Funds, régis par la directive AIFM de 2011) représentent 5 909 milliards d'euros soit 37,8 pour cent du total. En un an, ils ont crû moins vite que ceux des Ucits, 7,1 pour cent en moyenne, mais l'augmentation a été deux fois plus forte au Luxembourg (15,8 pour cent), l'Irlande se situant aussi au-dessus de la moyenne (11,8 pour cent). Parmi les « grands pays des fonds », l'Allemagne (6,9 pour cent) et la France (5,2) sont plus en retrait. Comme pour les Ucits, plusieurs petits pays ont vu leurs encours augmenter de plus de vingt pour cent (Croatie, Chypre, République tchèque).

Depuis le point bas atteint en 2008, soit en dix ans, les encours totaux ont été multipliés par 2,6 environ, surtout grâce aux fonds alternatifs qui sur la période ont vu leurs actifs multipliés par 3,6, mais ceux investis en Ucits ont aussi plus que doublé. La répartition entre Ucits et AIF est très variable d'un pays à l'autre : au Luxembourg on compte 84 pour cent d'Ucits.

La progression des actifs gérés en 2017 est due à l'augmentation spectaculaire des ventes (souscriptions nettes) qui ont approché la barre symbolique des mille milliards d'euros : avec 949 milliards, elles ont plus que doublé (+105,85 pour cent) par rapport à 2016, considérée il est vrai comme une « annus horribilis » avec une chute de 38 pour cent des montants souscrits. Le record de 2015, qui s'élevait à 756 milliards, est donc battu.

Ce sont surtout les Ucits qui ont été à la fête, avec des ventes multipliées par 2,7, mais en partant d'un niveau assez bas l'année précédente. Leurs souscriptions nettes, d'une valeur de 738 milliards, ont représenté près de 78 pour cent du total. Huit « pays domiciles » ont dépassé chacun dix milliards de ventes. Soit, dans l'ordre Luxembourg, Irlande, Royaume-Uni, France, Allemagne, Espagne, Italie et Suisse. Les fonds alternatifs ont vu leurs ventes croître de 10,5 pour cent, une performance qui leur permet tout de même de parvenir à un niveau encore jamais atteint, avec 211 milliards. Cinq pays ont réalisé plus de dix milliards d'euros : dans l'ordre Allemagne, Irlande, Luxembourg, Royaume-Uni et Pays-Bas.

Les actifs gérés sont éparpillés sur un très grand nombre de produits : au total il existait en Europe plus de 60 000 fonds à la fin de 2017 (précisément 60 205). Les Ucits sont légèrement majoritaires (31 974), en hausse de 4,2 pour cent, tandis que les AIF au nombre de 28 231, sont seulement 0,3 pour cent de plus. Un foisonnement qui pose problème aussi bien pour les souscripteurs confrontés à une masse considérable de supports mais aussi aux sociétés de gestion. Ainsi, si la taille moyenne des fonds s'est accrue (elle atteint désormais 260 millions contre 241 millions en 2016), elle cache d'importantes disparités. On peut se demander combien de fonds atteignent une « taille critique », qui au demeurant reste à définir.

Le Top 5 du marché européen des fonds fin 2017

selon les actifs gérés, en milliards d'euros

Pays de domiciliation	UCITS	AIF	Total
Luxembourg	3 486	673	4 159
Irlande	1 831	566	2 397
Royaume-Uni	1 225	421	1 646
Allemagne	372	1 660	2 038
France	874	1 055	1 929

(source : Efama)



Plus que jamais, le Luxembourg est le paradis européen des fonds avec 26,6 pour cent du total

Pour analyser les supports sur lesquels les sommes sont investies il faut bien distinguer les Ucits et les fonds alternatifs.

Du côté des Ucits, les fonds investis en actions dominent (39 pour cent) devant ceux qui sont placés en obligations (27 pour cent). Cela dit, en 2017, les

ventes de fonds actions n'ont atteint que la moitié de celles des fonds obligataires (159 milliards contre 316) et elles n'ont représenté que 21,5 pour cent du total souscrit. La tendance leur est néanmoins très favorable car ces fonds avaient connu des retraits nets de neuf milliards en 2016. Les fonds monétaires ne représentent que douze pour cent du total des actifs et 9,2 pour cent des ventes. Après les retraits nets observés de 2009 à 2013, ils ont retrouvé quelques couleurs.

Le rapport de l'Efama donne un coup de projecteur sur les ETF, qui connaissent un vrai engouement avec des encours en hausse de 23 pour cent en un an, même s'ils ne comptent au final que six pour cent des actifs en Ucits, en notant au passage que sur les 64,5 milliards souscrits en 2017, 88 pour cent l'ont été sur des ETF irlandais. Plus de 1 500 ETF sont désormais accessibles en Europe, soit 78 pour cent de plus en un an !

Pour ce qui est des fonds alternatifs, la diversité est reine avec 25 pour cent des actifs en « multi-assets »

et 33 pour cent en « autres ». Le total des fonds « purs » en actions et obligations est d'à peine trente pour cent. Mais en un an, la tendance a été favorable

Depuis le point bas atteint en 2008, soit en dix ans, les encours totaux ont été multipliés par 2,6 environ, surtout grâce aux fonds alternatifs qui sur la période ont vu leurs actifs multipliés par 3,6 mais ceux investis en UCITS ont aussi plus que doublé

aux actions, avec des encours en nette augmentation (près de 13 pour cent) alors que ceux placés en obligations baissaient de plus de trois pour cent en raison de retraits nets de 14 milliards.

Le poids des fonds monétaires est ici dérisoire mais on trouve aussi parmi les AIF les fonds immobiliers, qui représentent onze pour cent des actifs et connaissent une croissance soutenue (7,8 pour cent).

Contrairement aux UCITS, les fonds alternatifs sont pour près de la moitié (42 pour cent des produits et 48 pour cent des actifs) des « fonds institutionnels ». Par rapport à la moyenne des fonds AIF, ils présentent un profil moins risqué, étant davantage placés en obligations (24 pour cent), en « diversifiés » (43 pour cent) mais moins en actions et en immobilier (respectivement dix et huit pour cent).

En se fondant sur le critère de la domiciliation des fonds, les encours apparaissent très concentrés géographiquement : les cinq premiers pays rassemblent près de 80 pour cent des actifs totaux (lire encadré).

Plus que jamais, le Luxembourg est le paradis européen des fonds avec 26,6 pour cent du total.

Une place que le Grand-Duché doit à sa prééminence dans les Ucits où il pèse 36 pour cent des actifs, quasiment deux fois plus que son suivant immédiat, l'Irlande (18,8 pour cent). En revanche pour les fonds alternatifs, il arrive derrière l'Allemagne, la France et les Pays-Bas, avec seulement 11,4 pour cent du total. L'Allemagne et la France font partie des onze pays où les actifs gérés en fonds alternatifs sont supérieurs à ceux gérés en Ucits : en Allemagne ils sont même cinq fois plus importants ! Cela dit en 2017 le Luxembourg s'est hissé à la troisième place des « ventes nettes » de fonds alternatifs avec une part de marché de treize pour cent.

La concentration géographique est encore plus marquée pour les souscriptions nettes que pour les encours : du côté des Ucits le Luxembourg et l'Irlande à eux seuls ont représenté 71 pour cent des ventes en 2017, et pour les fonds alternatifs 68 pour cent des ventes sont imputables à l'Allemagne et à l'Irlande.

Les chiffres de l'Efama montrent de grandes disparités géographiques existent en Europe, avec trois pays (Slovénie, Croatie, Chypre) où les actifs ne dépassent pas trois milliards d'euros, et la Bulgarie où il atteint seulement 650 millions. Dans de nombreux autres pays comme la Turquie, la Hongrie, Malte, la Roumanie et la Slovaquie les souscriptions en 2017 ont été très modestes.

L'Europe dans le monde

L'Europe représente un peu plus d'un tiers du marché mondial des fonds évalué à 44 300 milliards d'euros par l'Efama.

Le marché américain des fonds, avec 20 315 milliards d'euros sous gestion fin 2017, est supérieur d'environ un tiers au marché européen et sa part du marché mondial est de 45,9 pour cent. Il est beaucoup plus orienté sur les actions qu'en Europe (54,4 pour cent contre 29,2) et les fonds monétaires y pèsent aussi davantage (11,7 pour cent contre 8,3). En revanche, aux États-Unis, on note un poids moindre pour les fonds obligataires (19 pour cent contre 24,4) et pour les fonds diversifiés (14,7 contre 21).

Parmi d'autres pays étudiés par l'Efama, l'Australie affiche comme le Luxembourg et l'Irlande une taille de marché sans rapport avec sa population : 1 800 milliards d'euros. Le Brésil (1 600 milliards), le Japon (1 467) le Canada (1 416) et la Chine (1 416) se classent au-delà du Top 5 européen.

Laurent Mosar (CSV) wehrt sich gegen Lobbyismusvorwürfe, verspricht der Branche mehr Dialog mit einer CSV-Regierung und fordert eine bessere Strafverfolgung der Finanzkriminalität

Spezialist, nicht Lobbyist?



Laurent Mosar, zwischen seinen Fraktionskollegen Paul-Henri Meyers und Gilles Roth

Michèle Sinner

D'Lëtzebuurger Land: Herr Mosar, sind im Parlament die notwendigen Kompetenzen vorhanden, um mit der Entwicklung am Finanzplatz Schritt zu halten?

Laurent Mosar: Die Thematik wird komplizierter und das ist weniger Luxemburger Gesetzesinitiativen geschuldet, als der Umsetzung von europäischen Richtlinien, von denen es immer mehr gibt und die in hohem Grade technisch sind. Sogar ein gewisses Verständnis vom Finanzplatz hilft einem nicht wesentlich weiter. Da hat man mitunter den Eindruck, man müsse Ingenieur, Mathematiker und Finanzspezialist sein, um verstehen zu können, worum es geht. Deshalb muss überlegt werden, ob sich das Parlament nicht zusätzliche Kompetenzen geben muss. Entweder in der Parlamentsverwaltung oder in den Fraktionen. Man muss sich eingestehen, dass es im Moment nicht möglich ist, auf Augenhöhe mit der Regierung zu diskutieren.

Unter Ihren Kollegen im Parlament heißt es, Sie seien wahrscheinlich der Abgeordnete, der sich am besten auskennt. Ihnen wird aber gleichzeitig vorgeworfen, Lobbyarbeit für die Finanzbranche zu leisten. Wie stehen Sie zu diesen Vorwürfen?

Das eine hängt wohl mit dem anderen zusammen. Ich versuche, mich immer wieder auch in sehr technische Dossiers hineinzukennen und in der Finanzkommission den Vertretern der Regierung sehr detaillierte Fragen zu stellen. Ich merke durchaus, dass einige Kollegen das manchmal lästig finden. Als Politiker sehe ich es dennoch als meine verdammte Pflicht an, die Wirkung von Gesetzen, die wir annehmen sollen, zu hinterfragen. Wenn einem das nun als Lobbyismus ausgelegt wird, dann verstehe ich die Welt nicht mehr! Jeder Abgeordnete sollte doch die Gesetzesvorlagen hinterfragen und kritisch durchleuchten. Daher kann ich diesen Vorwurf auf gar keinen Fall im Raum stehen lassen. Ich stehe zu unserer Finanzbranche, weil ich weiß, was sie für den Haushalt und die Wirtschaft insgesamt bedeutet und dass wir nicht auf einen Teil der Einnahmen aus der Finanzbranche verzichten können, ohne budgetär in eine ganz schwierige Situation zu kommen.

Sie führen den Lobbyismusvorwurf auf ihre detaillierten Fragen zurück. Könnte es nicht auch mit Ihrer beruflichen Tätigkeit als Geschäftsanwalt zusammenhängen?

Nein!

Sie sind im Gegensatz zu Ihren Kollegen der Meinung, das neue IP-Regime gehe nicht weit genug.

Die IP-Box¹ basiert auf einer Richtlinie, die den EU-Mitgliedstaaten einen gewissen Spielraum lässt. Was ich der Regierung vorwerfe, ist diesen Spielraum nicht vollständig auszunutzen. Ich verlange also nicht, etwas einzuführen, was den Rahmen der Richtlinie überschreitet. Konkret geht es um eine dritte Kategorie an Rechten für geistiges Eigentum, also neue Erfindungen, die noch nicht durch ein Patent geschützt sind. Solche Entwicklungen fallen momentan nicht in das Anwendungsgebiet des IP-Regimes, und das ist bedauerlich sowohl für die KMU, die schon hier ansässig sind, als auch für diejenigen, die wir anziehen wollen. Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) stimmt mir zu und hat versichert, er werde versuchen, diese dritte Kategorie an Rechten bis zum Ende der Legislaturperiode einzuführen. Bei den Diskussionen in der Kommission waren die Mehrheitsabgeordneten übrigens alle dieser Meinung und sie haben das auch öffentlich gesagt. Aber danach hat sie die Regierung wohl zur Ordnung gerufen und sie haben ihre Meinung wieder geändert.

Dass die IP-Box reformiert werden musste, liegt daran, dass der internationale Rahmen, die OECD-Standards, angepasst wurden und sich die Regierung nach der Luxleaks-Affäre beeilt hat, diese umzusetzen. Die Dreierkoalition hat sich seither zumindest nach außen hin sehr bemüht, sich in Sachen Steuerpolitik von den Vorgängerregierungen zu distanzieren, sich als die Regierung der Transparenz darzustellen. Wie schätzen Sie diese Bemühungen ein?

Wir unterstützen die Bemühungen der Regierung Richtung Transparenz und die möglichst schnelle Umsetzung der neuen Richtlinien in diesem Kontext. Punktuell üben wir manchmal Kritik, wenn wir der Meinung sind, dass nicht jeder Spielraum genutzt wird, oder wenn, wie bei der Einlagensicherung, die Regierungsvorschläge weit über die Richtlinie hinausgehen. Wir sind übrigens auch mit der Regierung auf einer Linie, was das Level Playing Field betrifft, das der Finanzminister immer wieder ins Schaufenster stellt. Wobei auch wir beispielswei-

se der Meinung sind, dass die Gafas² alle Steuern zahlen müssen. Wenn Steuermaßnahmen funktionieren sollen, können sie nicht nur auf EU-Ebene eingeführt werden.

Kann sich eine Finanzplatzpolitik, die ein CSV-Minister machen würde, demnach überhaupt noch unterscheiden von der Politik der aktuellen Regierung?

Ja.

Worin, abgesehen von der punktuellen Kritik, die Sie ausüben?

Noch einmal: Wir unterstützen die Bemühungen der Regierung in Richtung Steuertransparenz und auch eine nächste Regierung mit CSV-Beteiligung und einem CSV-Minister würde daran fundamental nichts ändern. Wir glauben aber, dass man die Richtlinien punktuell besser umsetzen könnte. Was wir der Regierung ebenfalls vorwerfen, ist, dass sie sich in verschiedenen Dossiers zu spät eingeschaltet hat.

Zum Beispiel?

Beim Dossier Esma³ hat sich die Regierung erst eingeschaltet, als der Richtlinienvorschlag quasi schon auf dem Tisch lag. Daher sind wir der Meinung, nicht nur für die Regierung, sondern das Parlament ebenso wie die Berufskammern müssen sich früher in den legislativen Prozess in Brüssel einklinken. Wir haben den Eindruck, Luxemburg reagiert da oft viel zu spät und viel zu langsam.

Die Erklärung dafür scheint zu sein, dass die Regierung in diesem Fall ein wenig hinter Licht geführt wurde. Das wirft die Frage auf, wie Luxemburg seine Position als legitimer internationaler Finanzplatz noch verteidigen kann?

Es wird eindeutig schwieriger in Zukunft, weil der Wettbewerb zunimmt und der Druck steigt. Da darf man sich keine Illusionen machen. Wir müssen uns deshalb noch besser aufstellen als in der Vergangenheit und mit anderen Ländern Allianzen in verschiedenen Dossiers schmieden, wobei wir durch den Austritt Großbritanniens aus der EU einen mächtigen Verbündeten verlieren. Aber ich glaube, wenn man sich gut vorbereitet, Allianzen sucht und gute Argumente vorbringt,

dann bleibt es möglich, ab und zu Veränderungen herbeizuführen. Wir würden als CSV in der Regierung auch wieder eine engere Kooperation mit den Akteuren der Privatwirtschaft suchen. Beispiel Doppelbesteuerungsabkommen mit Frankreich: Das wurde verhandelt und unterzeichnet und das quasi ohne dass die wichtigen Akteure vom Finanzplatz konsultiert wurde. Man kann sagen: Ein Doppelbesteuerungsabkommen ist die exklusive Kompetenz der Regierung. Aber es ist das erste große Abkommen der neuen Generation und in unseren Augen hätte es eine viel engere Konsultation mit den *forces vives* des Finanzstandorts benötigt. Mit der CSV in der Regierung wird sich das auf jeden Fall wieder ändern.

In welchen Punkten würde dieses Abkommen denn anders aussehen, wenn es die CSV verhandelt hätte?

Ich kann nicht sagen, dass es unbedingt anders aussehen würde. Ich stelle nur fest, dass mit der Finanzbranche darüber gar nicht geredet wurde. Die hat das erst entdeckt, nachdem es in Paris unterschrieben wurde und sie muss sich nun mit den Folgen auseinandersetzen. Ich bin kein Steuerexperte, aber wenn ich nur die Situation der Grenzpendler in Betracht ziehe, sind die Franzosen wesentlich schlechter gestellt als die deutschen und belgischen Grenzpendler. In der Fondsbranche wird es ebenfalls zu Änderungen kommen, die nicht unbedingt im Interesse der Fondsindustrie sind. Im Detail werden wir das erkennen, wenn uns das Abkommen im Parlament zur Ratifizierung vorgelegt wird.

Sie sagen, Sie seien sich der Bedeutung der Finanzbranche für den Staatshaushalt besonders bewusst. Ihr Spitzenkandidat Claude Wiseler ist in der Wachstumsdebatte einer von denen, die sagen: „Es kann nicht weitergehen wie bisher.“ Was heißt denn das für die Finanzbranche? Soll sie weiter wachsen?

Ja. Denn eine Branche, die nicht weiter wächst, bleibt stehen und bildet sich zurück. Die Frage ist, wie soll sie wachsen. Es gibt da einen ganz wesentlichen Unterschied zu der Zeit, als die CSV noch Regierungspartei war: Die Zeit der Briefkastenfirmen neigt sich dem Ende zu. Da wurde schon manches unternommen und diese Bemühungen müssen weitergehen, Richtung Substanz. Substanz heißt, ...

„Wir können ja nicht sagen: Wir wollen keine Briefkästen, aber wir wollen auch keine Substanz. Sonst haben wir ja nichts mehr, und das kann nicht das Ziel sein“

... dass mehr Mitarbeiter eingestellt werden.

Erst einmal heißt das, dass ein Briefkasten nicht mehr ausreicht, sondern alle Firmen mit Büroräumlichkeiten und einer gewissen Zahl an Mitarbeitern in Luxemburg präsent sind und hier Steuern zahlen. Das scheint mir die logische Konsequenz zu sein. Denn wir können ja nicht sagen: Wir wollen keine Briefkästen, aber wir wollen auch keine Substanz. Sonst haben wir ja nichts mehr, und das kann nicht das Ziel sein. Wer in Richtung Substanz gehen will, der muss sich der Folgen für die Verfügbarkeit von Büroflächen und qualifizierten Mitarbeitern bewusst sein. Dennoch bleibt das der einzig gangbare Weg.

Wenn jede der zwischen 45 000 und 65 000 Soparfis in Luxemburg, Substanz hierherbringt, wird es eng.

Wir sind uns ja bewusst, dass es eine Reihe von Soparfis im Land gibt. Solche Finanzbeteiligungsgesellschaften sind nicht illegal und es gibt sie in praktisch allen Ländern. Wenn man allerdings von Briefkastenfirmen spricht, dann gab es in der Vergangenheit, das haben die Panama-Papiere gezeigt, eine ganze Reihe Offshore-Gesellschaften hier in Luxemburg, die keinen Mehrwert gebracht haben. Auf diese Art fiskalisches Ingenieurwesen soll in Zukunft verzichtet und stattdessen die Instrumente eingesetzt werden, die wir hier haben.

Sie sprechen die Panama-Papiere an. Sind Sie als Oppositionspartei zufrieden mit der Aufklärungsarbeit, die nach den Panama Papieren geleistet wurde? Wissen Sie, ob die HSBC, bei der CSSF-Direktor Claude Marx tätig war, geprüft wurde und was dabei herauskam?

Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das hat die CSSF überprüft. Wir begrüßen, wie sie auf die Banken zugegangen ist und was sie an Informationen gefordert hat. Ich möchte aber deutlich machen, dass dieses *fiscal engineering* zu der Zeit, als es angeboten wurde, völlig legal war.

Offensichtlich war gar nicht alles legal, sonst hätte die CSSF keine Banken sanktioniert, weil sie gegen die Geldwäschebestimmungen verstoßen haben.

Man muss die verschiedenen Epochen berücksichtigen. Ich rede jetzt nicht von 2010 oder 2011, sondern von der Zeit bis 2008 oder 2009, als diese Aktivitäten, außer es handelte sich dabei um Geldwäsche oder Korruption, legal waren. Dann gab es eine ganze Reihe von Entwicklungen und es hieß, es solle nicht mehr auf diese Instrumente zurückgegriffen werden. Das wurde von den meisten Banken befolgt, von einzelnen anscheinend nicht. Es ist nur richtig, dass die CSSF Letztere zur Verantwortung zieht. Wie das im Einzelnen abgelaufen ist, weiß ich nicht, aber ich finde, dass die CSSF derzeit eine gute Aufsichtsrbeit leistet, und das in Zeiten, die nicht einfach sind für eine nationale Aufsichtsbehörde.

Sie finden es also glaubwürdig, dass jemand der Behörde vorsteht, die kontrolliert, ob er selbst in seiner Zeit als Bankdirektor die damals geltenden Geldwäschebestimmungen eingehalten hat?

Ich habe ohnehin ein Problem damit, dass die CSSF die Regeln aufstellt, ihre Einhaltung kontrolliert und gegebenenfalls sanktioniert. Keiner kann gleichzeitig Partei und Richter sein. Das riskiert einmal ein juristisches Problem zu werden. Deswegen verlangen meine Fraktion und ich, die beiden Funktionen endlich zu trennen. Die Regierung müsste unbedingt noch in dieser Legislaturperiode ein entsprechendes Gesetz im Parlament hinterlegen. Wenn sie es nicht tut, müsste das unter einer CSV-Regierung absolute Priorität haben.

Sie haben die Frage nicht beantwortet.

Wird jemand für einen solchen Posten nominiert, der nicht aus dem öffentlichen Dienst kommt, bringt derjenige notwendigerweise eine Vergangenheit aus der Branche mit. Hat man auf einer gewissen Hierarchieebene gearbeitet, kann man auch, wie soll ich sagen, bei verschiedenen Dingen mitgemischt haben, die im Nachhinein kritisiert werden und eine Reihe Fragen aufwerfen. Herr Marx hat bei einer Bank gearbeitet. So weit ich das mitbekommen habe, hat er privat keine Offshore-Gesellschaften gegründet ...

... es geht ja nicht darum, was er privat gemacht hat, sondern als Bankdirektor.

Ich will nur sagen, als Bankdirektor hat man viele Leute unter sich arbeiten, die alle möglichen Operationen machen und die nicht unbedingt immer hundertprozentig sind, wofür der Direktor aber immer die Verantwortung trägt.

Nur weiß keiner, ob er oder seine damaligen Mitarbeiter die Geldwäschebestimmungen eingehalten haben. Ist das für Sie in Ordnung?

Es ist schwierig auf dieser Verantwortungsebene jemanden zu finden, der keine Vergangenheit mitbringt. Wenn man eine Person dermaßen durchleuchtet, vom Anfang ihrer Karriere an, um zu sehen, ob sie da nicht irgendwann in einer Situation war, in der sie Verantwortung trug, wo sie dem Gesetz auf die Füße getreten ist ...

Hätte die CSV jemanden aus der Privatbranche auf den Posten genannt?

Ich kann nicht sagen, wen die CSV nominiert hätte. Die Frage, die man sich stellen kann, ist, ob es eine gewisse Zahl an Posten gibt, für die man es ausschließen soll. Anderenfalls muss man sich bewusst sein, dass es quasi unmöglich ist, jemanden zu finden, der in seiner beruflichen Karriere immer alles richtig gemacht hat.

In den Panama-Papieren waren auch viele Anwälte erwähnt. Haben Sie für Kunden Offshore-Gesellschaften gegründet?

„Wir können hundertmal sagen, wir haben alle Richtlinien umgesetzt und sind ein Musterschüler, aber wenn keine einzige Affäre von Wirtschafts- und Finanzkriminalität zur Verhandlung kommt, wird uns das einholen“

Ich selbst war nie ein Fan dieser Strukturen. Allerdings sind in den diversen Kanzleien, in denen ich gearbeitet habe, solche Strukturen aufgestellt worden. Dazu stehe ich. In meiner aktuellen Kanzlei haben wir vor zehn Jahren irgendwann beschlossen, dies nicht mehr zu tun. Davor, in den Neunzigern und anfangs der 2000-er Jahre, haben wir es, wie die allermeisten Kanzleien, gemacht.

Die Steuerverwaltung hat versucht, von den Anwälten Informationen zu erhalten, die Anwaltskammer hat dies prinzipiell abgelehnt. Finden Sie diese Haltung gerechtfertigt, wenn Sie als Abgeordneter Transparenz fordern?

Das hat doch mit dem Abgeordnetenmandat nichts zu tun. Ein Anwalt hat ein Berufsgeheimnis, das nun einmal mehr wiegt als in anderen Berufen, und das aus gutem Grund. Man kann einem Anwalt nicht vorwerfen, wenn er keine Informationen über einen Kunden preisgibt, ohne zu prüfen, ob sein Berufsgeheimnis dies erlaubt. Denn anderenfalls riskiert er eine Klage von seinem Kunden. Auf der anderen Seite war für mich immer klar: Wenn Geldwäsche, Korruption oder andere Straftaten vorliegen, kann kein Berufsgeheimnis einen Anwalt davon abhalten, Informationen an die Staats-

anwaltschaft weiterzugeben. Es gibt aber ganz viele Leute, die aus privaten Ursachen eine Offshore-Gesellschaft gegründet haben, ohne kriminellen Hintergrund, da sehe ich schlecht, was ein Anwalt der Staatsanwaltschaft sagen sollte.

Ihr Parteikollege Luc Frieden hat einmal vorgeschlagen, das Mandat des Finanzministers aufzuteilen in einen Ministerposten mit Zuständigkeit für den Haushalt und einen für den Finanzplatz. Sind Sie für eine solche Aufgabenteilung?

Bedenkt man, wie komplex die Finanzmarktregulierung ist und dass es ständig mehr Arbeit bei der Haushaltsaufstellung gibt durch den mehrjährigen Haushalt und das europäische Semester, muss man sich fragen, ob ein zukünftiger Finanzminister oder eine zukünftige Finanzministerin nicht zumindest einen Staatssekretär für den Finanzplatz zur Seite braucht. Es gilt allerdings zu berücksichtigen, wie es sich strategisch auswirkt, wenn bei wichtigen Verhandlungen in Brüssel nicht der oder diejenige mit dem Titel Finanzminister antritt. Deswegen wäre ich ganz persönlich für ein Finanzplatzstaatssekretariat.

Dieser Staatssekretär wäre dann wahrscheinlich auch zuständig, Werbung für den Finanzplatz zu machen?

Ja.

Um den Ausbau welcher Aktivitäten sollte er oder sie sich bemühen?

Was mir sehr am Herzen liegt, und wo sich viel in den vergangenen Monaten getan hat, sind die grünen Finanzen. Wir sind quasi der erste Finanzstandort, der grüne Fonds zugelassen hat, und das steht uns gut zu Gesicht. Daneben finde ich den Bereich Fintech sehr wichtig, womit die Schnittstelle zwischen Finanzen und Technologie gemeint ist. Da Luxemburg es geschafft hat, sich in beiden Bereichen ein gewisses Knowhow anzueignen, sollte man dies in Zukunft ausbauen. Mein persönliches Steckpferd ist in der Zwischenzeit die Blockchain-Technologie geworden auch im Kontext der Bitcoins, obwohl ich das nur als eine Anwendungsmöglichkeit der Technologie betrachte. In Zukunft werden immer mehr Transaktionen im Fondsgeschäft über diese Techno-

logie abgewickelt werden. Da es eine ganze Reihe von Risiken gibt, brauchen wir so schnell wie möglich einen gesetzlichen Rahmen für diese Aktivitäten. Ich bin überzeugt, dass die Fondsbranche immer noch weitere Möglichkeiten bietet, sich weiterzuentwickeln, neue Fondsarten aufzulegen, zum Beispiel auch solche, die weniger reglementiert sind.

Alle mehrheitsfähigen Parteien scheinen eine Vorliebe für grüne Finanzen und Fintech zu teilen. Sollten die traditionellen Geschäftsbereiche wie die Fondsbranche oder das Privatkundengeschäft wegbrechen, glauben Sie, grüne Finanzinstrumente und Fintech-Firmen könnten ähnliche Bedeutung entwickeln?

Nein, das muss man ganz klar und deutlich sagen. Aber sie öffnen neue Wege. Beispielsweise auch im Zusammenhang mit der Universität. Denn ich bin überzeugt, dass die Uni der Finanzbranche nicht genug zuarbeitet, und das würde die CSV anders gestalten. Da könnte eine zusätzliche Trumpfkarte für das Angebot der Uni sein. Ein letzter wichtiger Punkt ist die Niederlassung der Europahauptquartiere von Banken in Luxemburg. Mit den chinesischen Banken ist das bereits gelungen, die Luxemburg als Tor zu Europa benutzen. Da gibt es noch Entwicklungspotenzial.

Können Sie denn erklären, was die chinesischen Banken in Luxemburg machen? Eine versucht, auf dem Luxemburger Markt Immobilienkredite zu vergeben. Einer anderen wird von den spanischen Behörden vorgeworfen, über ihre lokale Filiale im großen Stil Geldwäsche betrieben zu haben ...

Ich sitze doch nicht hinter deren Schalter! Man darf nicht vergessen, dass fast alle chinesischen Banken, die hier sind, Staatsbanken sind. Der Chef ist also immer der chinesische Staat, und die Banken führen aus, was ihnen angeordnet wird.

Geldwäsche?

Nein! Allerdings kann ich kann nicht ausschließen, dass es wie überall auch schwarze Schafe gibt. Ich glaube aber, die ICBC-Affäre hat zu einer gewissen Einsicht bei den chinesischen Behörden geführt. Die CSSF macht da auf jeden Fall gute Arbeit und klopft

den chinesischen Banken in diesen Dingen sehr auf die Finger. Die chinesischen Banken haben in Sachen *good governance* in den vergangenen Jahren große Anstrengungen gemacht.

Ob die CSSF der ICBC wegen der Geldwäsche in Spanien auf die Finger geklopft hat, weiß man nicht. Sie hat es abgelehnt, dies offiziell zu bestätigen. Sie hat hingegen nicht gezögert, die Banque Rothschild wegen Geldwäschevorwürfen zu sanktionieren und dies auch öffentlich zu machen. Ein Prozess steht aber bisher noch aus.

Die CSSF hat ihre Hausaufgaben in diesem Dossier mehr als gemacht. Sie hat ein schweres Fehlverhalten festgestellt und administrative Sanktionen verhängt. Jetzt muss die Justiz gegebenenfalls strafrechtliche Verfahren gegen diese Banken einleiten. Es kann nicht sein, dass strafrechtliche Folgen ausbleiben, wenn die Vergehen so schwerwiegend sind, wie die von der CSSF verhängten Strafen vermuten lassen. Das wird meiner Meinung nach für Luxemburg zum wirklichen Reputationsproblem werden: Im Gafibericht 2020 wird drinstehen, dass 2017, und wie ich befürchte, 2018 keine einzige Affäre vor Gericht gebracht wurde. Dadurch werden wir jede Glaubwürdigkeit verlieren. Wir können hundertmal sagen, wir haben alle Richtlinien umgesetzt und sind ein Musterschüler, aber wenn keine einzige Affäre von Wirtschafts- und Finanzkriminalität zur Verhandlung kommt, wird uns das einholen.

Woran liegt es?

Es fehlt an zusätzlichem qualifizierten Personal in der Kriminalpolizei und der Finanzabteilung der Staatsanwaltschaft. Wegen der bestehenden Laufbahnen ist es derzeit schwierig, diese Mitarbeiter für den Dienst bei der Kriminalpolizei zu rekrutieren. Das ist ein ernstzunehmendes Problem, das die nächste Regierung unbedingt angehen muss.

¹ Als IP-Box wird ein Sondersteuerregime bezeichnet, das Erleichterungen für die Einnahmen aus Ggeistigem Eigentum vorsieht.

² Mit Gafas sind die großen US-Technologiefirmen wie Google, Apple, Amazon und Facebook gemeint.

³ Die Esma ist die Europäische Wertpapieraufsicht.



BANQUE
HAVILLAND

LUXEMBOURG • LONDON • MONACO • LIECHTENSTEIN
BAHAMAS • DUBAI • GENEVA • ZURICH



PRIVATE BANKING
WEALTH MANAGEMENT
INSTITUTIONAL BANKING
ASSET MANAGEMENT

www.banquehavilland.com

Wir sind noch nicht in der Realität von Beps angekommen, sagt EY-Steuerexperte Marc Schmitz

Noch ein wenig Geduld

Michèle Sinner

Alles für die Katz? Das kann man sich fragen, wenn man *The outlook for global tax policy in 2018* von EY aufschlägt. Auf mehreren hundert Seiten wird darin auf Basis von Multiple-choice-Bögen Inventur gemacht, was dieses Jahr an Veränderungen in der Steuerlandschaft steht. Darin stellen die EY Steuerexperten einleitend fest: „Tax competition is fundamentally driven by governments wanting to attract economic activity to their jurisdiction. And it sits at the very heart of much of the change occurring today.“ Nach den Steuer-Leaks, nach jahrelangen OECD-Verhandlungen darüber, wie man Beps, die Steuererosion und die Gewinnverschiebung, eindämmen könnte, soll das Ergebnis sein, dass sich die Länder dennoch gegenseitig unterbieten, um Unternehmen anzuziehen?

Marc Schmitz, EY-Partner und Steuerexperte, beschwichtigt. Die Beps-Dispositionen, erklärt er, gipfelten in der EU in der Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken (Atad). Sie aber tritt erst am 1. Januar 2019 in Kraft, beziehungsweise am 1. Januar 2020 für die Richtlinie, die auf hybride Steuerkonstruktionen abzielt. Ein Gesetzentwurf zur Umsetzung liegt in Luxemburg noch nicht vor und angesichts des Wahltermins im Oktober, drängt allmählich die Zeit. „Soweit ich höre, will die Regierung das Gesetz noch vor den Wahlen durchs Parlament bringen“, sagt Schmitz. Darauf hofft er, denn nach den Wahlen werde es für eine neue Regierung, egal welcher Zusammensetzung, die sich erst noch bilden muss, schwer, innerhalb so kurzer Zeit ein Gesetz von derart weitreichender strategischer Bedeutung abzuschließen.

In der Übergangszeit herrscht Aufregung an allen Fronten. Immer neue Leaks, Papiere und Files nähren in der Öffentlichkeit das Gefühl, dass nichts passiert und sich der Besteuerung weiter entzieht, wer sich einen guten Berater leisten kann, seien es Unternehmen oder Vertreter der gesellschaftlichen Elite. Auf politischer Ebene werden bereits neue Steuermaßnahmen in Erwägung gezogen, wie beispielsweise die Digitalsteuer für Internetfirmen oder die Einführung der gemeinsamen harmonisierten Steuerbemessungsgrundlage (CCTB und CCCTB). Die Kunden ihrerseits, berichtet Schmitz, warten mit großer Ungeduld auf die Gesetze zur Umsetzung der Atad, um zu wissen, was genau sie ändern müssen. Die öffentliche Frustration angesichts immer neuer Berichte über die Steuerkonstruktionen kann Schmitz verstehen, aber dass die alten Strukturen immer noch bestehen, liege einfach daran, dass



Marc Schmitz vergangene Woche in den Räumlichkeiten von EY in Kirchberg

Marc Schmitz plädiert freimütig für die Einführung fiktiver Zinsen – schließlich ist auch die EU-Kommission dafür

Atad noch nicht Kraft sei: „Wir sind noch gar nicht in der Realität von Beps angekommen“. Die eigentliche Wirkung der Bemühungen zur Eindämmung der Steueroptimierung würden sich frühestens in zwei Jahren zeigen, wenn es erste Erfahrungen mit den neuen Regeln gibt. Wenn die Atad funktioniere, so der Steuerberater, es also gelinge Steuervermeidungspraktiken und Missbrauch zu unterbinden, stelle das die Notwendigkeit, darüber hinaus eine



CCCTB einzuführen, in Frage. Denn durch die Atad werde die Bemessungsgrundlage für das versteuerbare Einkommen automatisch breiter.

Das ist keine unschuldige Feststellung, denn wie aus dem *Outlook* hervorgeht, ist Luxemburg der einzige Hoheitsbereich, in dem die Steuerlast für Unternehmen in diesem Jahr durch eine Anpassung des Satzes gesenkt wird – ohne Änderungen an der Bemessungsgrundlage. Diese erwartet Schmitz durch die Atad-Umsetzung nächstes Jahr. „Das Problem ist, dass die Unternehmen, die Banken, die Soparfis und die Finanzierungsgesellschaften multinationaler Unternehmen nicht warten werden, bis die Basis breiter wird, sondern wahrscheinlich vorher ihre Koffer packen.“ Präzise quantifizieren kann Schmitz die Abwanderungsbewegung nicht, aber seit zwei Jahren gebe es zwei Tendenzen: Finanzholdings, die Luxemburg verlassen und Finanzholdings, die in Luxemburg ihre Substanz ausbauen, hielten sich bisher die Waage. Die Mehrheit warte einstweilen ab.

Wie sie sich entscheiden, ist für den Staatshaushalt von großer Bedeutung, denn seit das in Vorbereitung der Steuerreform zusammengestellten Kompendium geleakt wurde, konnte sich jeder ausrechnen, dass



die Soparfis ungefähr 800 Millionen Euro jährlich an Steuern einbringen. Doch Soparfi ist nicht gleich Soparfi, erklärt Schmitz. Die Mehrheit davon, fährt er fort, gehörten zu Kapitalbeteiligungsgesellschaften, sogenannten Private-Equity-Fonds, Immobilienfonds oder anderen alternativen Fonds, die für jedes neue Objekt, jede neue Firmenbeteiligung eine Soparfi gründeten. Sie seien von der Atad weniger betroffen als die Soparfis, die zu multinationalen Konzernen gehören. Dass sie im großen Stile abwandern, hält der Steuerexperte daher für weniger wahrscheinlich. Bei der zweiten Kategorie sieht das etwas anders aus. Spätestens wenn Atad II in Kraft tritt und die hybriden Steuerkonstruktionen eingedämmt werden, die ausnutzen, dass die Vergütung von Krediten in einem Land als Zinsen und in einem anderen als Dividenden angesehen werden, werden sie sich die Frage stellen, wo sie ihre Finanzierungsaktivitäten ansiedeln. Marc Schmitz plädiert freimütig dafür, ihnen die Möglichkeit zu geben, bei kapitalfinanzierten Investitionen fiktive Zinsen absetzen zu können. „Findet man, die Finanzierungsaktivitäten passen gut zu Luxemburg, muss man eine andere Möglichkeit finden, damit Luxemburg für kapitalfinanzierte Investitionen interessant bleibt.“ Eine solche Einführung fiktiver Zinsen müsse unbedingt von

Anti-Missbrauchsregeln begleitet sein, unterstreicht Schmitz. Es dürfe nicht möglich sein, ein und denselben Euro durch eine Multiplikation an Firmen mehr als einmal abzusetzen und die fiktiven Zinsen dürften auf jeden Fall nur auf neuen Kapitaleinzahlungen angewandt werden. Aber solchermäßen abgesichert, brauche Luxemburg eigentlich kein Vorgehen der EU-Kommission zu befürchten – die hat in ihrem Entwurf zur CCCTB selbst die Einführung der absetzbaren fiktiven Zinsen vorgeschlagen, weil sie möchte, dass Unternehmen ihr Kapital thesaurieren und neue Investitionen darüber finanzieren, statt Kredite aufzunehmen und sich zu verschulden.

Mit dem Austausch der Rulings und dem Country-by-Country-Reporting (CBC) gibt es erste Erfahrungswerte. Um Schlussfolgerungen über die tatsächliche Wirkung der Neuerungen ziehen zu können, sei es dennoch zu früh, weil es zwischen der Anfertigung der Bilanzen, der Besteuerung und deren Überprüfung eine zeitliche Verschiebung gebe, die noch nicht eingeholt sei. Rulings würden heute nur noch in Fällen angefertigt, in denen das Gesetz interpretiert werden müsse, so Schmitz. Wann immer die Rechtslage klar sei, gebe der Steuerberater schlicht sein Gutachten ab. Diese Gutachten würden aber im Gegensatz zu den Rulings nicht mit und auch nicht zwischen Steuerbehörden ausgetauscht, so dass die Beamten in diesen Fällen jetzt über weniger Informationen verfügten als vorher. Die CBC-Berichterstattung habe zu einem großen Arbeitsaufwand für Unternehmen und ihre Steuerberater geführt; diese Informationen liegen den Steuerverwaltungen jetzt vor. „Die Frage ist, ob die Verwaltungen sie verwerten können?“, so Schmitz. Er glaubt, dies sei angesichts der schieren Datenmenge ohne Investitionen in die Automatisierung nicht möglich. Dafür brauche es Programme, welche „die Daten nach bestimmten Parametern abfragen und dann die Anomalien ausspucken“, auf die sich die Beamten dann konzentrieren könnten. Der Steuerexperte Schmitz begrüßt, dass die Steuerverwaltung sich personell in der Kontrolle verstärkte. „Das ist absolut notwendig“, sagt er, auch weil die Firmen auf Basis ihrer Steuererklärung besteuert würden, also auf Basis eigener Angaben. Danach hat die Verwaltung fünf Jahre Zeit, dies zu prüfen und dann die richtige Besteuerung vorzunehmen. Kommt sie dazu innerhalb von fünf Jahren nicht, gelten die Angaben der Steuererklärung und Firmen, bei denen fristgerecht Diskrepanzen festgestellt werden, werden einfach nachbesteuert, ohne Bußgelder oder Verzugszinsen. Einen Anreiz, richtige Angaben zu machen, gibt es also nicht.

Bezahlen mit dem Smartphone

Immer die Updates aufspielen

Peter Feist

Heutzutage vergeht kaum eine Woche ohne Meldung über irgendeinen Cyberangriff. Vor zwei Wochen warnten die US-amerikanische und die britische Regierung gemeinsam vor russischen Hackern, die es nicht nur auf kritische Infrastrukturen und Server im Westen, sondern auch auf die Computer von Otto Normalverbraucher abgesehen hätten und auf das „Internet of things“, sofern jemand Teile davon schon zu seiner Haushaltseinrichtung zählt. Gleichzeitig wird immer öfter mit dem Smartphone bezahlt, Banktransaktionen mobil abgewickelt. Zwar ist das Ende des Geldes womöglich nicht schon für 2025 in Sicht, wie vor drei Jahren mehr als die Hälfte aller Briten in einer Umfrage meinten, denn von den großen Währungen werden immer mehr Banknoten gedruckt, aber die Frage stellt sich: Wenn Smartphone und kontaktlose Karten immer beliebter werden im Zahlungsverkehr, wie sicher sind sie?

Dem *Cyber Security*-Unternehmen Symantec zufolge sind mobile Bezahl-Apps sicher. Das heißt: an und für sich. Vergangene Woche veröffentlichte die Firma einen Bericht, nach dem 99,9 Prozent der mit schädlichem Code befallenen Apps von „Drittanbietern“ stammt. Soll heißen: Wer sich die Apps bei den Smartphone-Herstellern herunterlädt, in Apples App Store oder im Google Play Store für Android, ist schon mal auf der sicheren Seite. Die App aus einer anderen Quelle zu beziehen, zum Beispiel, weil sie dort nichts kostet, ist dagegen riskant.

„Natürlich muss man selber etwas für seine Cyber-Sicherheit tun“, sagt Jacques Klein, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungszentrum für IT-Sicherheit (SnT) der Universität Luxemburg. „Sein Portemonnaie einfach herumliegen lässt ja auch niemand.“ Drei Regeln empfiehlt er zu beachten: Erstens, das Betriebssystem auf dem neuesten Stand halten – ob von PC, Tablet oder Smartphone. Zweitens, Updates von Apps aufzuspielen, sobald sie angeboten werden, und drittens keine verdächtigen Links in E-Mails oder Text-Botschaften anklicken und keine dubiosen Dateien öffnen. Eigentlich nichts Spektakuläres, sondern das Einmaleins, das Sicherheitsexperten seit vielen Jahren schon empfehlen.

Denn auch wenn eine neue Malware auftaucht, muss ihr meist der Computernutzer die Tür zu seinem Gerät öffnen. Zum Beispiel über einen Link in einer SMS: Eine der neuen Maschen, weiß Klein, besteht im Kapern von Rechenleistung zum Bitcoin-Mining. Bitcoins zu sammeln, verbraucht enorm viel Rechenleistung, und man könnte sagen, an Bitcoins werde man umso reicher, je mehr Leistung man dafür zur Verfügung hat. Deshalb ist Malware in Umlauf, die von Computern, auch von Smartphones, einen kleinen Teil der Rechenkapazität abzweigt und sie dem Betrüger zuarbeiten lässt. Der Nutzer merkt das kaum, so wenig Leistung wird gekapert.

Mit mobilem Zahlungsverkehr hat dieses Beispiel zwar nichts zu tun, verdeutlicht aber, worauf man acht geben sollte. Einfacher wird das nicht, da der Datenverkehr und die datenbezogenen Services zunehmen. Jacques Klein empfiehlt als vierte Regel, „auf die persönlichen Daten aufzupassen“. E-Mail-Adresse oder Telefonnummer allzu freizügig zu hinterlegen, kann dazu führen, dass man Mails und Messages mit riskanten Links empfängt. Doch das ist mittlerweile kaum noch zu vermeiden – wer das wollte, dürfte sich im Grunde gar nicht mehr im Internet umtun. Wie im realen Leben gilt auch im virtuellen: Beklaut werden kann man immer.

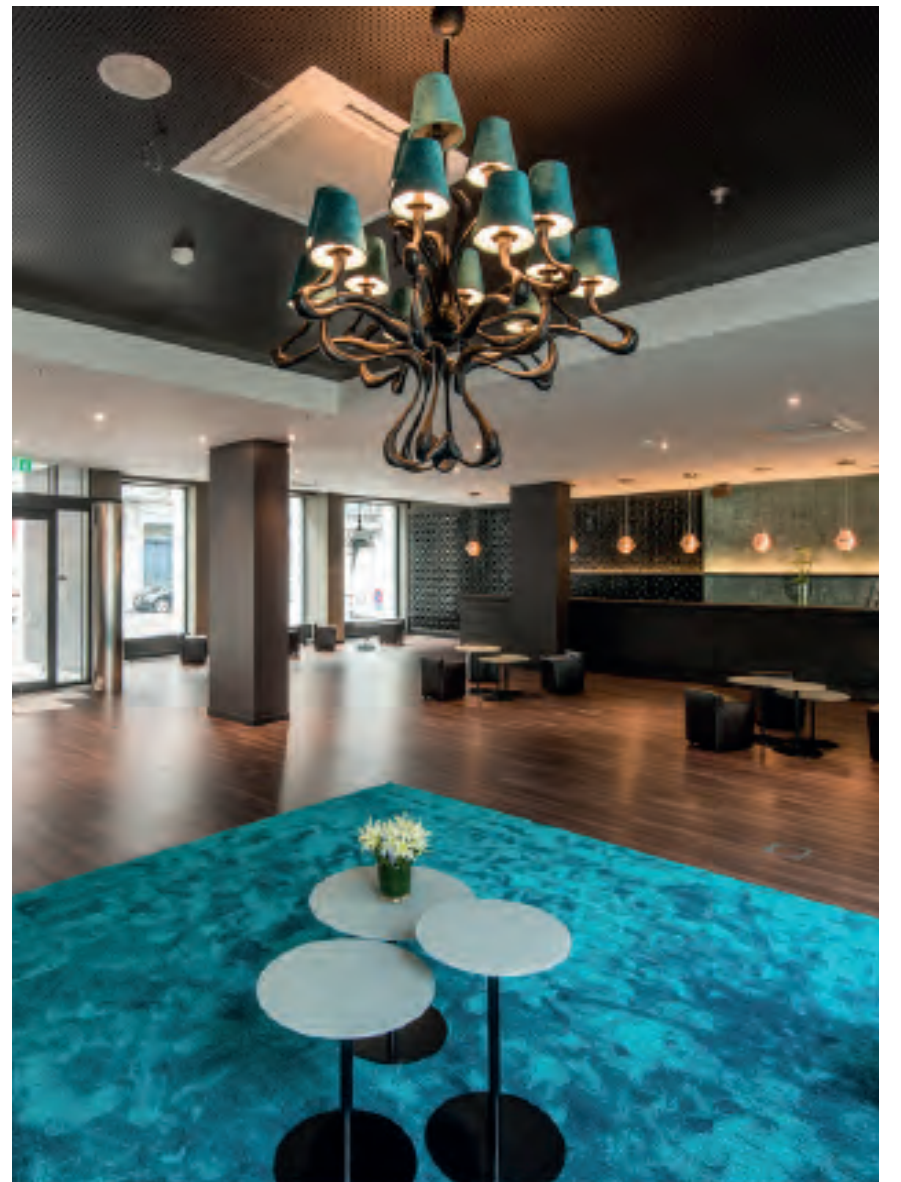
Wie das geht, lasse sich in Afrika beobachten, sagt Jacques Klein. Dort hat das mobile Bezahlen in den letzten zehn Jahren einen enormen Aufschwung genommen. Mangels Infrastrukturen – kontoführende Banken zum Beispiel – wird in Afrika nicht nur viel mobil bezahlt, auch Konten existieren oft virtuell. Das vielleicht beste Beispiel dafür ist das vom kenianischen Telekom-Betreiber Safarikom gemeinsam mit Vodafone entwickelte M-Pesa, das virtuelle Kontoführung, Transaktionen und Bezahlvorgänge erlaubt. 2014 wurde über M-Pesa mehr als eine Milliarde Euro bewegt. Doch: Mobil bezahlt wird über einen „SMS Token“, den der Kunde vom eigenen Konto abbucht und beim Bezahlen übergibt. Das sei riskant, sagt Jacques Klein, solche SMS ließen sich abfangen – vor allem, wenn der Mobiltelefonbesitzer seinen Apparat billig Second-

An und für sich ist Bezahlen per Smartphone sicher. Vorausgesetzt, der Nutzer hält ein paar Regeln ein

hand erworben hat und auf ihm ein Betriebssystem läuft, für das es schon längst keine Sicherheits-Updates mehr gibt.

In Europa sind die Sorgen andere. Auch, weil SMS Token zum Bezahlen nicht benutzt werden. Stattdessen machten schon vor fünf Jahren Meldungen von Apps die Runde, mit denen ein Betrüger per Smartphone die Daten kontaktloser Kreditkarten auslesen könne: Die Sensoren für Near Field Communication (NFC), die in Smartphones eingebaut sind, erlauben nicht nur das Smartphone als elektronisches Portemonnaie zu nutzen sowie die Kommunikation mit anderen Smartphones, sondern auch mit den RFID-Chips in kontaktlosen Karten. An Orten, wo viele Menschen zusammenkommen, etwa auf Bahnsteigen von U-Bahnhaltestellen, könne ein scheinbar unbeabsichtigtes Anrumpeln in Wirklichkeit der Versuch eines Betrügers gewesen sein, einer fremden Kreditkarte nahe genug zu kommen.

Grund zur Sorge? Eher nicht, meint Jacques Klein. „Kontaktloses Bezahlen ist ein Service, und Banken, die solche Karten anbieten, sind gegen die Folgen von Datenklau versichert.“ Entstehe einem Karteninhaber ein Schaden, werde der erstattet, „und ich zumindest habe noch nicht davon gehört, dass es Probleme mit diesen Karten gegeben hat“. Aber auch in diesem Fall gilt: Hundertprozentige Sicherheit ist nicht zu haben.



Offices



Residential



Retail & Services

UN PROMOTEUR À LA HAUTEUR DE VOS AMBITIONS

BESIX RED conçoit des projets immobiliers respectueux des besoins de ses clients tout en apportant des **solutions urbanistiques** et **architecturales innovantes** et **durables**.



www.besixred.lu
+352 29 51 29 info@besixred.lu



Henri Kox ist einer von zwei Vertretern von Déi Gréng in der Finanz- und Haushaltskommission. Seine Kollegin Viviane Loschetter, ebenfalls Mitglied der Cofibu, stellt sich im Oktober nicht mehr zur Wahl

Henri Kox (déi Gréng) über Sven Giegold und Koalitionsspielräume

Der moralische Charakter des Geldes

D'Lëtzebuurger Land: Herr Kox, ist Luxemburg ein Steuerparadies oder nicht?

Henri Kox: Ich denke nicht. Wir haben nur das ausgenutzt, was die internationale Regulierung zugelassen hat, auf eine ganz intelligente Art, wodurch jedoch der moralische Charakter des Geldes nie hinterfragt wurde. Das ist aber eine Frage, von der wir schon lange fordern, dass sie in den Vordergrund gestellt wird: Was passiert, wenn wir alle Nischen ausnutzen, die auf globaler Ebene Probleme auslösen? Das gilt nicht nur für die Finanzwelt. Es gilt für den Ressourcenverbrauch allgemein, der gerechter werden muss. Das gilt umso mehr für die Finanzwelt, weil wir ein offenes Land sind und dies umso mehr ausgenutzt wurde. Wir haben davon profitiert. Unser Reichtum ist nicht nur Luxemburg geschuldet. Das war schon bei der Stahlindustrie so ...

Sie holen sehr weit aus. Ist Luxemburg heute ein Steuerparadies?

Heute bin ich auf einer Linie mit dem Finanzminister, der in den vergangenen Jahren versucht hat, uns aus den Nischen heraus und von den schwarzen Listen runter zu führen. Er hat versucht, uns sauberer, transparenter, nachvollziehbarer und, international gesehen, korrekter aufzustellen. Das ist ihm gut gelungen. Da gab es eine seltsame Regulierung, bei der wir alles ausgenutzt haben, was möglich war und sie stand deswegen in der Kritik. Jetzt haben wir uns dem OECD-Standard angepasst. In der Diskussion in der parlamentarischen Haushalts- und Finanzkommission wollte die CSV da weiter gehen, weil wir nicht alles ausgenutzt haben, was möglich gewesen wäre.

Sie sind also der Meinung, heute ist Luxemburg sauber?

Ich glaube, wir sind dabei, sauber zu werden.

Ihr Parteifreund, der grüne Europaaabgeordnete Sven Giegold, sieht das anders. Er sagt immer wieder, mehr oder weniger explizit, Luxemburg sei ein Steuerparadies. Ihre Partei hat diesen Mann früher nach Luxemburg eingeladen, um ihr während Pressekonzferenzen bei der Oppositionsarbeit gegen die damalige Regierung zu helfen...

Wir stehen auch heute noch im Austausch. Wir haben eine gut funktionierende Europaparlamentsfraktion, in der Claude Turmes eine ganz aktive Rolle spielt. Auf der Ebene führen wir viele Diskussionen über die europäische Finanzpolitik und wie sie gestaltet werden soll. Wir sind in diesem Kontext für eine Harmonisierung der ganzen Politik. Da sind wir uns als Luxemburger Grüne in vielen Punkten mit Sven Giegold einig. In der Form und in der Umsetzung haben wir durchaus andere Wege zu gehen, was die Geschwindigkeit anbelangt, den Rahmen, das, was dahinter steckt.

Heißt das, Sie sind für die Harmonisierung der Bemessungsgrundlage und des Steuersatz für Firmen in der EU?

Was im Moment geschieht, können wir nicht zulassen. Denn es führt zu Situationen, in denen die Finanzierungsfähigkeit des Staates in Frage gestellt wird. Wir sind also für eine teilweise Harmonisierung, die natürlich auf verschiedenen Bemessungsgrundlagen geschehen sollte, weil es eine hundertprozentig einheitliche Harmonisierung nicht geben kann. Dafür müsste man die sozialen und ökologischen Standards anpassen. Deshalb wird es immer Unterschiede zwischen den europäischen Ländern geben. Aber sie dürfen sich nicht gegenseitig unterbieten, da muss es eine Untergrenze geben.

Was ist konkret unter einer teilweisen Harmonisierung zu verstehen?

Ich kann keine Zahl nennen.

Wir sagen ja nicht, dass wir kein Wachstum wollen. Wir wollen mehr Windräder und mehr Solarflächen auf den Dächern

Aber Sie sind dafür, dass der Steuersatz für die Körperschaftssteuer harmonisiert wird?

Ja, und die Bemessungsgrundlage. In Luxemburg wurde bisher gesagt, wir haben einen hohen Satz und eine kleine Bemessungsgrundlage und ich hätte gerne darüber diskutiert, dass wenn wir den Satz senken – das haben wir gerade gemacht –, wir dann schauen, was und wer besteuert wird. Das ist eine Diskussion, die wir offen und transparent führen wollen.

Sie sprechen die Steuersenkung für Unternehmen an, die die Regierung mit der Steuerreform durchgeführt hat. Aber was soll auf europäischer Ebene harmonisiert werden?

Es geht darum zu verhindern, dass den Staaten die Substanz verloren geht, weil wir die Steuern immer weiter nach unten drücken. Sie brauchen ein gewisses Steueraufkommen zum Funktionieren. Es gibt die Initiative des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der eine klarere Finanzpolitik auf europäischer Ebene definieren möchte. Wird der Brexit Realität wird, müssen verschiedene Länder mehr Geld einzahlen. Dieses Geld muss irgendwo herkommen und deswegen muss es eine Untergrenze geben. Die Breite der Bemessungsgrundlage muss diskutiert und die Blackbox-Geschichten, um die Besteuerung zu umgehen, müssen so weit wie möglich abgeschafft werden. Es gibt eine Basis zur Diskussion, die auch mit der über eine gemeinsame Ausrichtung der Wirtschaftspolitik zusammenhängt sowie den sozialen und ökologischen Standards.

Apropos ökologische Standards: Die Grünen haben in der Vergangenheit das Schlagwort aus dem Umweltbereich pollueur-payeur benutzt, um zu fordern, die Banken müssten für die von ihnen während der Finanzkrise verursachten Schäden zahlen. Sie warnten eindringlich vor der steigenden Staatsschuld und „dass wir nicht auf Kosten anderer Generationen leben dürfen“. In der Opposition plädierten Sie außerdem für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Aber auch diese Regierung unter grüner Beteiligung hat ihre Beteiligung an BGL und Bil nicht verkauft und die Schulden für diese Bankrettungen liegen immer noch beim Staat. Noch hat sie sich der Initiative zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer angeschlossen. Sind Sie weiterhin für eine solche Steuer?

Also, Regierung und Programm sind ja zwei verschiedene Paar Schuhe. Wir können die Finanztransaktionssteuer immer noch als flottes Instrument sehen. Würde sie auf europäischer Ebene diskutiert und angewandt würden und mit den Einnahmen sinnvolle Politiken finanziert, ist das durchaus eine Diskussion, die man führen könnte. Es wird immer das Level Playing Field ins Feld geführt...

... vor ein paar Jahren störte es Sie nicht, dass es ein solches auf globaler Ebene nicht geben würde. Das war immer das Argument von CSV-Finanzminister Luc Frieden gegen eine solche Steuer.

Es ist auch das Argument des CSV-Abgeordneten Laurent Mosar. Ich denke, wenn die Europäische Union als Basis für die Anwendung gilt, ist ein einsetzbares Instrument. Es kann nicht sein, dass das

Level Playing Field immer angeführt wird, um jede Initiative im Keim zu ersticken. Dass wir in dieser Regierung in einigen Bereichen nicht alles umsetzen konnten, was im grünen Wahlprogramm stand, ist klar. Da geht man Kompromisse ein.

Die Schuldenentwicklung habe ich als Haushaltsberichtersteller vor drei Jahren ab 2001 analysiert. Der Apel fir den Dusch, den der Staat damals hatte, wurde über eine Steuerreform verteilt, und das nicht nur an die Haushalte, sondern auch an die Unternehmen. Alles in allem wurden zwei Milliarden Euro ausgeteilt. 2008 sind die Schulden explodiert, weil der Staat die Banken stabilisiert hat. Dieses Geld ist aber nicht verloren. Ich bin kein Finanzexperte, der jeden Tag den Börsenkurs studiert. Aber anscheinend sind die Papiere nicht so schlecht bewertet. Diese Beteiligung muss einmal richtig valorisiert werden und dieses Geld im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung für Luxemburg investiert werden.

Der eventuelle Verkaufserlös sollte also nicht benutzt werden, um Schulden abzubauen?

Das „AAA“ von Luxemburg wurde erst kürzlich wieder bestätigt, ohne dies überbewerten zu wollen. Wir reden hier von einem Schuldenstand von 23 Prozent im Verhältnis zum BIP. Auch wir haben in der Vergangenheit immer davor gewarnt, eine Hypothek auf die Zukunft der jungen Generationen aufzunehmen, weil wir zu hohe Schulden hatten. Ich glaube aber, dieser Schuldenstand ist tragbar. Längerfristig sind andere Kriterien wichtig. Das hängt ja mit der Entwicklung Luxemburgs zusammen, damit, wie sich der Arbeitsmarkt entwickelt, ob man diesen umkrempeln muss. Unser Parteipräsident (Christian Kniotek, Anmerkung der Redaktion) hat „Fuß vom Gas“ gesagt, was die wirtschaftliche Entwicklung angeht, und es bleibt abzuwarten, an welche Kriterien das künftige nachhaltige Wachstum gebunden wird.

Die Debatte um das nachhaltige Wachstum kreiste bisher eher um Industriebetriebe. Die größte Wirtschaftsbranche ist aber der Finanzsektor. Sind Sie also der Meinung, dieser müsse in seiner Entwicklung gebremst werden? Muss auch die Finanzbranche den „Fuß vom Gas“ nehmen?

Das gilt für alles.

Wie würde man das machen?

Wir sagen ja nicht, dass wir kein Wachstum wollen. Wir wollen mehr Windräder und mehr Solarflächen auf den Dächern.

Aber in welchen Bereichen soll die Finanzbranche wachsen und in welchen nicht?

In den grünen Finanzen. In der Übergangsphase, bis zum Erreichen der Klimaziele, gibt es Möglichkeiten. Nehmen Sie das Beispiel der EIB und des Junker-Plans, bei dem 70 Prozent der Investitionen in nachhaltige Technologien fließen. Es geht dabei um die Hebelwirkung, das heißt, die öffentliche Hand hilft, das Risiko mitzutragen, und die Privatinvestoren müssen die Gelder finden, um in die Übergangsphase mit einzusteigen. An der Börse sind wir in den grünen Finanzen schon nicht schlecht aufgestellt und dies ist der Bereich, in dem wir gerne Wachstum sehen würden. Wir möchten einen attraktiven Finanzstandort, der international orientiert ist und der Finanzierungsmöglichkeiten für diese Bereiche bietet.

Wie würden sie die Weiterentwicklung der grünen Finanzen fördern? Mit welchen Instrumenten lässt sich das bewerkstelligen?

Ich bin kein Finanzexperte, der alle Details diskutieren kann. Ich weiß aber, dass wir erstens Länder und Projekte bei der Klimaanpassung identifizieren

können. Wir sind durch die Teilnahme an der Klimakonferenz in Paris auf der Landkarte angekommen, wir haben international eine gewisse Glaubwürdigkeit, auch wenn in Luxemburg nicht immer alles umsetzbar ist. Wir würden gerne zusammen mit der EIB internationale Investitionsprojekte identifizieren. Es gibt beispielsweise einen Waldfonds, um die Aufforstung voranzutreiben. Es sind diese Bereiche, die mit sozialen und ökologischen Kriterien ausgestattet werden müssen, und in denen zudem die Forschung und Entwicklung vorangetrieben werden muss.

Ist der Bereich grüne Finanzen einer, der Ihrer Meinung nach so an Bedeutung gewinnen kann, dass er die traditionellen Standbeine des Finanzplatzes ersetzen könnte?

Im Moment wird ja eine abschließende Diskussion über die Externalisierung der Wirtschaftsmodelle geführt. Das beginnt mit einer Kohlendioxidsteuer, die wenig diskutiert wird. Den erneuerbaren Energien wird immer vorgeworfen, sie seien zu teuer, im Vergleich zur Atomenergie beispielsweise oder fossilen Energien, aber die externalisierten Kosten werden in dieser Rechnung nicht berücksichtigt. Wir brauchen deshalb diese Diskussion über die Externalisierung der Kosten. Und eine, über die Lebensmittel, denn im Preis von Bio-Produkten sind die Folgekosten schon stärker integriert als bei herkömmlichen Produkten, weil ihre Produktion weniger Schäden verursacht ...

Inwiefern ist das eine Antwort auf die Frage, wie die grünen Finanzen groß werden können ...

Durch Druckausübung.

Anders gefragt. Islamische Finanzen wurden jahrelang als ethisch lupenreine Anlagen gepriesen, als Geschäftsmöglichkeit, die es zu entwickeln gelte. Daraus ist nicht viel geworden. Bei der Mikrofinanz verhält es sich ähnlich. Sie sprechen von grünen Anleihen, die an der Luxemburger Börse gelistet sind, deren Volumen im Vergleich zu den herkömmlichen Anleihen aber mikroskopisch ist. Wissenschaftler hinterfragen, inwiefern es sich bei solchen Produkten um green washing handelt. Wie realistisch ist es vor diesem Hintergrund, dass sich die grünen Finanzen zu einer ähnlich gewichtigen Sparte entwickeln, wie die Fondsbranche oder der Privatbankbereich?

Wie realistisch ist es, dass wir allgemein eine nachhaltige Entwicklung auf der Welt einleiten können? Wie realistisch ist es, dass es morgen keinen Krieg mehr gibt? Ich kann da nur mit Gegenfragen antworten, weil ich nicht aufgeben will. Wir kämpfen darum. Wir versuchen unsere Argumente einzubringen, damit wir auf eine ethischere, sozial und ökologisch gerechtere Welt hinsteuern, und da gibt es Instrumente, die wir mobilisieren müssen. Die Green-Washing-Problematik gab es anfangs auch beim grünen Strom und es gibt sie immer auch bei den Finanzen, die sich als Wirtschaftsbranche verselbstständigt haben. Aber hinter den Finanzen stehen immer soziale und ökologische Kriterien, gibt es Menschen, Welten und Tiere. Das gehört in den Vordergrund, beispielsweise wenn es um die Investitionen der Rentenreserven geht, damit keine Perversionsprojekte mitfinanziert werden. Das wird zunehmend schwierig, da beispielsweise große Unternehmen wie Nestlé, in die Biobranche einzusteigen ...

Ist „Bio für alle“ nicht das, was Sie wollen?

Doch, doch. Aber handelt es sich dabei um ein grünes Mäntelchen oder nicht? Eine Firma, die Stahl für Windräder und gleichzeitig für Kanonen und Panzer herstellt?

Welche Aktivitäten wollen Sie denn nicht mehr sehen am Luxemburger Finanzstandort?

Die Aktivitäten, die international ohnehin am Pranger stehen. Das braucht man nicht mehr sagen: Mafi-

agelder und andere Gelder, die hier versteckt werden und von dubiosen Ursprung sind – das wird unterbunden, indem alles transparenter gemacht wird. Der Austausch zwischen Steuerbehörden dient dazu, Gelder, die im Ausland verdient werden, und dann, sage ich mal, auch noch auf legalem Wege hier investiert werden, dass die nicht versteckt werden. Damit sie offengelegt sind, sie nicht an den Steuerbehörden vorbei geleitet werden, weil das die die Existenzmöglichkeit der Nachbarn untergräbt. Da sollten wir noch sauberer werden und noch transparenter auf den Austausch von Informationen pochen. In Europa wird es diesbezüglich zu einer immer größeren Anpassung kommen und wir müssen verhindern, dass auf internationaler Ebene in anderen Ländern schwarze Schafe weiter existieren. Dafür brauchen wir ein starkes Europa, das eine starke Stimme hat, und wir sollten weiterhin Vorreiter bleiben. Die grünen Finanzen; also die Börse, die hat ein Prozent an grünen Anleihen, das ist homöopathisch, das muss man klar sagen. Aber die erneuerbaren Energien waren das vor 15 Jahren auch.

Ein Prozent wovon?

Ein Prozent am gesamten Energievolumen. Heute beträgt der erneuerbare Anteil am Strom zum Teil 30 Prozent und am gesamten Energievolumen zwölf Prozent. Vor 15 Jahren hieß es noch: Das ist nicht möglich. Heute kann man also feststellen: Ein Prozent in einem Bereich ist wenig, aber wenn wir heute anfangen, zu diskutieren, Kriterien festzulegen und weiter Werbung zu machen, muss das kein Nischenprodukt bleiben, sondern kann eines der Hauptprodukte Luxemburgs werden. Deswegen muss man anfangen, dies offensiv zu verteidigen. Ich muss sagen, ich hätte mir einen Finanzminister Luc Frieden nicht vorstellen können, wie er auf einer Cop Produkte vorstellt, die mit einer Klimakonferenz vereinbar sind. Für mich ist das ein positives Signal, auch wenn dies nicht die Welt oder den Luxemburger Finanzplatz retten wird. Es ist ein Zeichen, dass wir in diese Richtung weitergehen können.

Mit Luc Frieden wäre die Vorstellung von grünen Produkten bei der Weltklimakonferenz nicht möglich gewesen?

Ich behaupte das mal so.

Es wird viel spekuliert, die nächste Regierung werde eine Koalition zwischen Ihrer Partei und der CSV. Wenn Umfragen nicht völlig falsch liegen, ist die Wahrscheinlichkeit nicht gering, dass die CSV den nächsten Finanzminister stellen könnte. Das wäre nicht Luc Frieden, aber wie sehen Sie die mögliche Zusammenarbeit mit einem CSV-Finanzminister, in diesen Bereichen?

Wir haben den Anspruch, gestärkt aus diesen Wahlen herauszugehen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten für die nächste Regierung. Das ist eine Fortführung dieser Koalition, allen Unkenrufen zum Trotz. Wir arbeiten bis zum Schluss, damit diese Koalition eine positive Bilanz ziehen kann. Wir schreiben ein Wahlprogramm. Dafür haben wir bereits einige Punkte besprochen, die auch von den aktuellen Koalitionspartnern nicht alle geteilt werden. Das ist die Basis für ein Koalitionsabkommen. Zur Fortsetzung der Dreierkoalition ist eine Option hinzugekommen, eine schwarz-grüne Option, die es vorher nicht gab.

Wieviel Spielraum haben Sie? Sie haben mit den aktuellen Koalitionspartnern einen Vertrag unterschrieben, der die Einführung fiktiver Zinsen vorsah.

Das wurde ja nicht umgesetzt.

Aber was wären Sie denn bereit, mit einer CSV zu unterschreiben?

Darauf kann Henri Kox keine Antwort geben. Unser Wahlprogramm steht noch nicht endgültig fest.

L'assurance luxembourgeoise aborde 2018 en position favorable

Gérard Klein

Sans basculer dans l'euphorie, qui n'est du reste pas le trait dominant de la personnalité des assureurs, il est permis d'avancer que l'assurance luxembourgeoise aborde l'année 2018 dans une position remarquablement favorable. Et cela tant en raison de ses performances de l'année passée que des perspectives radieuses que lui ouvre le Brexit pour le proche avenir.

Les statistiques du quatrième trimestre 2017 publiées par le Commissariat aux assurances (CAA) attestent, selon les termes du régulateur, d'une « bonne santé de l'assurance luxembourgeoise ». De fait, l'exercice 2017 présente tous les signes d'une bonne cuvée. Et si une analyse plus fine méritera sans doute d'être effectuée à la lumière du rapport annuel du CAA, attendu pour le mois de juillet 2018, il est d'ores et déjà possible de dresser quelques constats flatteurs.

En assurance-vie, dont les ventes à l'étranger représentent quelque 90 pour cent du total des encaissements, l'année 2017 enregistre des performances positives, tant sur le plan quantitatif que qualitatif.

Le montant des primes encaissées en 2017 s'est élevé à 23,5 milliards d'euros, en progression de 15,22 pour cent par rapport à l'exercice précédent. Ces chiffres permettent de relativiser le bilan en demi-teinte des années 2016 et 2015. Et de rassurer ceux qui redoutaient une panne durable de l'assurance vie luxembourgeoise, qui a connu, depuis l'ouverture en 1990 du marché unique européen aux produits d'assurance, une croissance remarquable : on est ainsi passé d'un total des encaissements vie des assureurs luxembourgeois de 115 millions d'euros en 1990 à plus de 23 milliards d'euros en 2017 ! Surtout, les bons chiffres de 2017 confirment que le secteur a bien surmonté la disparition du secret fiscal décidée en 2013. Il est clair désormais que l'assurance vie luxembourgeoise repose sur des atouts pérennes : une réglementation équilibrée qui garantit aux clients une bonne sécurité financière tout en leur offrant une grande souplesse dans l'architecture financière des contrats ; et une expérience de l'international forgée patiemment durant un quart de siècle et qui n'a d'équivalent dans aucun autre pays européen. Ces facteurs expliquent que la place de Luxembourg soit devenue incontournable en assurance-vie, notamment pour les opérations de gestion patrimoniale d'une clientèle haut de gamme, qui trouve dans les contrats à fonds dédiés proposés par les assureurs luxembourgeois l'outil idéal pour placer ses biens et en organiser la transmission après décès dans un cadre juridiquement et fiscalement favorable.

Concernant les produits, l'assurance-vie est surtout connue du grand public pour ses contrats en euros à versements et à rachats libres, adossés à des placements obligataires. Ce produit constitue l'archétype du placement de père de famille et a conquis l'ensemble des épargnants européens. Il se trouve qu'avec la baisse spectaculaire et persistante des taux d'intérêt sur les marchés, la rémunération des contrats d'assurance-vie en euros est devenue famélique. Une récente lettre-circulaire du CAA fixe à 0,50 pour cent le taux annuel maximum que les assureurs sont autorisés à garantir. Dans la réalité, les assureurs luxembourgeois ne promettent plus guère de rendement sur les contrats en euros : ils se contentent de garantir le maintien du capital versé. Et même avec ces restrictions, les assureurs restent exposés à de graves risques financiers en cas de remontée brutale des taux d'intérêt : celle-ci pourrait entraîner, en effet, des vagues de rachat obligeant les assureurs

On est passé d'un total des encaissements vie des assureurs luxembourgeois de 115 millions d'euros en 1990 à plus de 23 milliards d'euros en 2017

à vendre à perte leurs obligations en portefeuille. C'est pourquoi le CAA recommande depuis plusieurs années déjà aux assureurs de privilégier la vente de contrats d'assurance-vie en unités de compte, autrement dit de contrats exprimés en placements financiers dont les variations boursières sont répercutées à la hausse comme à la baisse sur la valeur du contrat ; et dont les risques sont ainsi supportés entièrement par le client. Or, les années 2015 et 2016 avaient, à rebours de cette recommandation, enregistré chez les assureurs vie luxembourgeois une croissance des contrats en euros par rapport aux supports en unités de compte. L'exercice 2017 a permis une correction de cette anomalie : l'assurance-vie en unités de compte y a progressé de 28 pour cent ; tandis que l'assurance vie en euros a diminué de onze pour cent et ne représente plus que vingt pour cent des encaissements en unités de compte. Il s'agit là d'une évolution vertueuse saluée par le régulateur.

En assurance non-vie, les encaissements ont connu une évolution moins spectaculaire qu'en assurance-vie. Avec un montant global de primes de 3,6 milliards d'euros collecté en 2017, la progression est de 4,43 pour cent par rapport à l'exercice précédent. Le marché domestique, qui n'est guère exposé à la concurrence internationale, a connu une croissance des primes de 3,81 pour cent, supérieure à l'inflation. Plus intéressante à noter est la part croissante prise par les activités internationales : celles-ci ont représenté en 2017 plus de 72 pour cent du total des primes non-vie. L'activité internationale des assureurs non-vie luxembourgeois recouvre principalement l'assurance maritime, l'assurance caution et, phénomène d'apparition plus récente, l'assurance dommages « grands risques » des entreprises. Cette dernière, commercialisée par voie de succursales auprès d'une clientèle internationale « corporate », s'est particulièrement développée depuis que le groupe Swiss Ré a établi à Luxembourg, en 2008, sa plate-forme européenne d'assurance destinée à servir ses clients établis dans divers pays de l'Union. C'est là une évolution favorable : les affaires internationales non-vie constituent une diversification bienvenue, puisqu'elle réduit la dépendance du secteur à l'assurance-vie internationale, par na-

ture plus exposée aux aléas de la conjoncture et donc plus instable.

Si l'on ajoute que le secteur des assurances directes a enregistré en 2017 une progression importante de ses résultats, qui atteignent le chiffre record de 492 millions d'euros (en croissance de 45 pour cent par rapport en 2016), on aurait tendance, avec le Docteur Pangloss, à considérer que tout va pour le mieux dans le meilleur des mondes. D'autant que, comme on va le voir, la sortie du Royaume Uni de l'Union européenne vient encore élargir l'horizon de l'assurance luxembourgeoise.

Des perspectives de croissance ouvertes par le Brexit

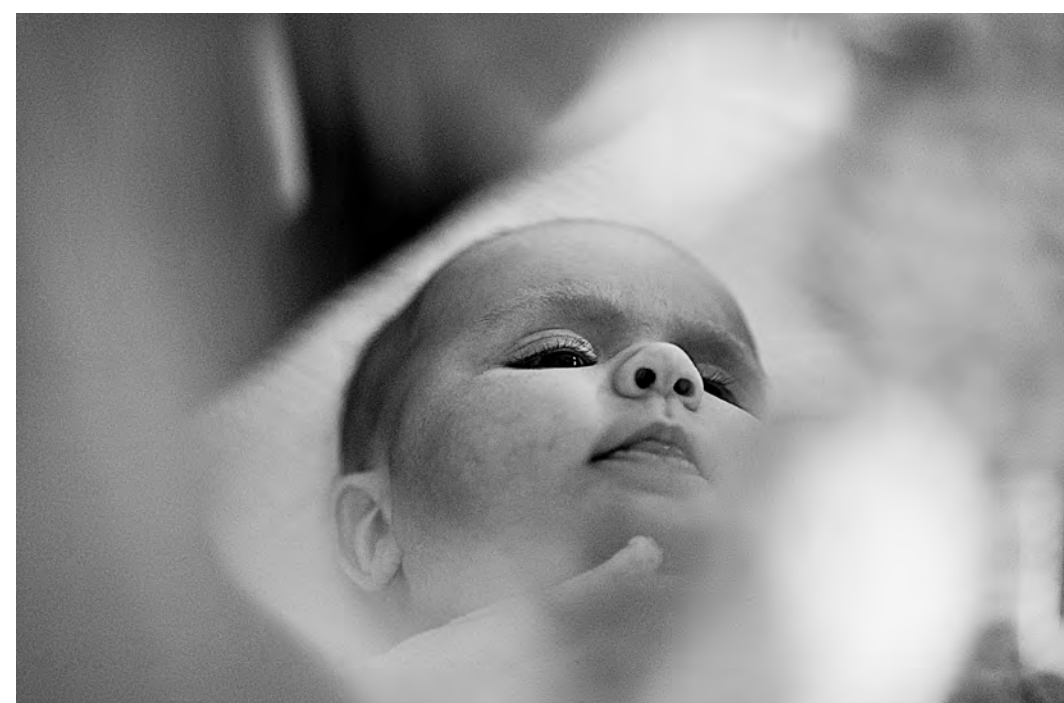
Officiellement déploré par les autorités gouvernementales, le Brexit n'en va pas moins produire des retombées positives pour l'industrie locale de l'assurance. Les entreprises opérant à l'international qui s'étaient établies à Londres se trouvent en effet contraintes de choisir une autre juridiction située au sein de l'Union européenne pour conserver les bénéfices du passeport européen. Et Luxembourg a d'ores et déjà ramassé une mise conséquente en obtenant que plusieurs compagnies, actuellement basées à Londres, viennent s'établir au Grand-Duché.

Dans une interview donnée en novembre 2017 au journal allemand *Börsenzeitung*, le directeur du CAA Claude Wirion a indiqué que trente groupes d'assurance avaient manifesté de l'intérêt pour Luxembourg et avaient engagé des discussions avec l'instance de régulation. Dix de ces entreprises se sont engagées en faveur de Luxembourg, tandis que les vingt autres ont soit choisi une autre implantation (Bruxelles, Dublin), soit n'ont pas encore pris leur décision. Les dix entreprises ayant choisi Luxembourg – et dont certaines ont déjà obtenu leur licence – vont opérer dans l'assurance non-vie. La plupart d'entre elles sont américaines (AIG, FM Global, Liberty, CNA Hardy, Hiscox). On relève également deux groupes japonais (Tokio Marine, Aioi) et le britannique RSA.

Cette situation entraîne deux questions : Comment s'explique cet engouement pour le Luxembourg ? Et que va représenter l'arrivée de ces nouveaux acteurs ?

Comme l'a indiqué Claude Wirion, l'attrait principal de Luxembourg réside dans son expérience avérée dans les différents domaines de l'assurance internationale, avec ce que cela implique comme présence locale de toutes les compétences professionnelles requises. Il ajoute, avec juste raison, que l'existence à Luxembourg d'un régulateur concentré sur l'assurance, qui s'applique à être réactif et accessible, constitue un facteur apprécié par les dirigeants des groupes d'assurance.

Quant aux résultats à attendre de ces nouvelles arrivées, le CAA estime à ce stade qu'elles vont entraîner une multiplication par trois de l'activité internationale non vie. Ce qui est considérable ; et viendra opportunément renforcer le rééquilibrage de l'assurance luxembourgeoise en faveur des branches non vie. Bref, le Brexit fait figure d'aubaine pour la place luxembourgeoise. Et conduira sans doute certains à penser que ces Luxembourgeois sont décidément fort habiles : dans les années 1990, ils ont su tirer parti de la construction du marché unique européen ; et un quart de siècle plus tard, ils tirent bénéfice de sa déconstruction provoquée par le départ du Royaume Uni.



L'assurance-vie est surtout connue du grand public pour ses contrats en euros à versements et à rachats libres, adossés à des placements obligataires. Ce produit constitue l'archétype du placement de père de famille et a conquis l'ensemble des épargnants européens

Dans la réalité, les assureurs luxembourgeois ne promettent plus guère de rendement sur les contrats en euros : ils se contentent de garantir le maintien du capital versé

Un exercice 2017 de bonne tenue

Angebot
verlängert
bis zum
30. Juni



Noch heute die Bank wechseln. Wir erstatten Ihnen die Wertpapierübertragungskosten.*

Wechseln Sie zur Keytrade Bank Luxembourg und profitieren Sie von den Vorteilen:

- Keine Verwaltungsgebühren
- Keine Depotgebühren und Kontoeröffnungskosten

Ihre Depotgebühren sind zu hoch? Übertragen Sie Ihr Portfolio bis zum 30. Juni an die Keytrade Bank Luxembourg und Ihnen werden die Wertpapierübertragungskosten von bis zu 2.500 Euro erstattet.
Also, worauf warten Sie?

► **keytradebank.lu**

Kontaktieren Sie uns telefonisch unter **+352 45 04 39**
Montag bis Freitag von 9.00 Uhr bis 17.30 Uhr

* Geschäftsbedingungen gelten und sind online verfügbar

